



Landtag von Baden-Württemberg

64. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 25. März 1999 • Haus des Landtags

Beginn: 9:36 Uhr

Schluss: 17:49 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	5037	3. Fragestunde – Drucksache 12/3863	
1. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1999 – Drucksache 12/3858		3.1 Mündliche Anfrage des Abg. Herbert Moser SPD – Investitionen für Ersatzbeschaffung von Feuerwehrfahrzeugen	5071
b) Mittelfristiger Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 1998 bis 2002	5037	Schriftliche Antwort des Innenministeriums . .	5071
Minister Stratthaus	5037, 5056	3.2 Mündliche Anfrage des Abg. Gerd Teßmer SPD – Novellierung der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung	5072
Abg. Oettinger CDU	5043	Abg. Teßmer SPD	5072, 5073
Abg. Moser SPD	5046	Ministerin Gerdi Staiblin	5072, 5073, 5074
Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen	5049	Abg. Dr. Caroli SPD	5072, 5073, 5074
Abg. Kiel FDP/DVP	5051	Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen	5073
Abg. Rapp REP	5053	Abg. Dr. Inge Gräßle CDU	5074
Beschluss	5057	Staatssekretär Mappus	5074
2. Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP mit der Antwort der Landesregierung – Wirtschaftsfaktor Umwelttechnologie in Baden-Württemberg – Drucksache 12/2787	5057	3.3 Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – Kampagne gegen Doppelstaatlichkeit und Volksverhetzungsvorwurf in Ravensburg	5074
Abg. Hofer FDP/DVP	5057	Abg. Deuschle REP	5074, 5075
Abg. Wabro CDU	5059	Minister Dr. Ulrich Goll	5074, 5075
Abg. Rudolf Hausmann SPD	5060	3.4 Mündliche Anfrage des Abg. Klaus Rapp REP – PKK-Aktivitäten kurdischer Straftäter bei Veranstaltungen zum „Newroz-Fest“	5075
Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen	5061	Abg. Rapp REP	5075
Abg. Schonath REP	5063	Minister Dr. Schäuble	5075, 5076
Abg. Dr. Glück FDP/DVP	5063	Abg. Deuschle REP	5075
Minister Dr. Döring	5064		

- 3.5 Mündliche Anfrage des Abg. Wolfram Krisch
REP – **Folgerungen aus Ermittlungsverfahren wegen Geheimnisbruchs i. S. v. § 353 b StGB durch Polizeibeamte** 5076
- Abg. Krisch REP 5076
Minister Dr. Schäuble 5076
- 3.6 Mündliche Anfrage des Abg. Rolf Wilhelm
REP – **Schusswaffenunfälle und Selbsttötungen im Polizeibereich** 5076
- Abg. Wilhelm REP 5076
Minister Dr. Schäuble 5077
- 3.7 Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle
REP – **Ausstattung der SEK-Räumkräfte beim Sturm auf griechisches Konsulat am 16. Februar 1999** 5077
- Abg. Deuschle REP 5077
Minister Dr. Schäuble 5077, 5078
Abg. Krisch REP 5078
- 3.8 Mündliche Anfrage des Abg. Rolf Wilhelm
REP – **Fürsorgepflichten des Landes nach Mord an Mannheimer Polizeibeamten** 5078
- Abg. Wilhelm REP 5078
Minister Dr. Schäuble 5078
- 3.9 Mündliche Anfrage des Abg. Wolfram Krisch
REP – **Steuerliche Privilegierung von links-extremistischen Organisationen** 5079
- Abg. Krisch REP 5079
Staatssekretär Rückert 5079, 5080
Abg. Deuschle REP 5080
- 3.10 Mündliche Anfrage des Abg. Norbert Zeller
SPD – **Schulpolitische Zerrbilder und was die Landesregierung dagegen tun will** 5080
- Abg. Zeller SPD 5080, 5081
Staatssekretär Köberle ... 5080, 5081, 5082, 5083
Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen 5082
Abg. Ursula Haußmann SPD 5082
Abg. Carla Bregenzer SPD 5082
Abg. Capezzuto SPD 5083
Abg. Rau CDU 5083
Abg. Kurz CDU 5083
4. Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – **Sprachgetrennter Unterricht an Grund- und Hauptschulen** – Drucksache 12/2895 5066
- Abg. König REP 5066, 5069
Abg. Seimetz CDU 5068
Abg. Carla Bregenzer SPD 5068
Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen .. 5068
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP 5069
Staatssekretär Köberle 5070
Abg. König REP (zur Geschäftsordnung) 5071
Beschluss 5071
5. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – **Reform der Einschulung und des Schulanfangs** – Drucksache 12/3658 5084
- Abg. Ursula Kuri CDU 5084, 5089
Abg. Carla Bregenzer SPD 5084
Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen 5085, 5089
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP 5087
Abg. König REP 5088
Ministerin Dr. Annette Schavan 5089
Beschluss 5091
6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung des Landespflegegesetzes** – Drucksache 12/3745
- Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses – Drucksache 12/3842 5091
- Anträge Drucksachen 12/3888, 12/3889 und 12/3902
- Abg. Haas CDU 5091, 5096
Abg. Dr. Walter Müller SPD 5092
Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen 5093
Abg. Dr. Noll FDP/DVP 5094
Abg. Krisch REP 5095
Minister Dr. Repnik 5097
Beschluss 5097
7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Umwandlung des Badischen Elektrizitätsverbandes** – Drucksache 12/3723
- Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 12/3840 5098
- Abg. Dr. Carmina Brenner CDU 5098
Abg. Redling SPD 5099
Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen 5099
Abg. Beate Fauser FDP/DVP 5100
Abg. Hauser REP 5100
Minister Dr. Schäuble 5100
Beschluss 5101
8. Große Anfrage der Fraktion der SPD mit der Antwort der Landesregierung – **Weiterbildung** – Drucksache 12/1297 5101
- Abg. Christine Rudolf SPD 5101, 5108
Abg. Ursula Lazarus CDU 5102
Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen 5103
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP 5105
Abg. König REP 5105
Ministerin Dr. Annette Schavan 5106
9. Große Anfrage der Fraktion der SPD mit den Antworten der Landesregierung – **Stärkung des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg und Deutschland auf einem globalen Markt** – Drucksachen 12/1347, 12/1964 abgesetzt (5108)

10. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/3851, 12/3864, 12/3865	5108
Beschluss	5108
11. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 12/3837	5108
Beschluss	5108
12. Kleine Anfragen – Drucksachen 12/3725, 12/3760, 12/3799, 12/3800	5108
13. Abgeordnetenbriefe	5108
Nächste Sitzung	5108

Protokoll

über die 64. Sitzung vom 25. März 1999

Beginn: 9:36 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 64. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Brinkmann, Mühlbeyer und Mayer-Vorfelder erteilt.

Krank gemeldet sind Frau Abg. Netzhammer und Frau Abg. Renz sowie die Herren Abg. Drexler und Lorenz.

Dienstlich verhindert ist der Herr Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1999 – Drucksache 12/3858

b) Mittelfristiger Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 1998 bis 2002

Das Präsidium hat hier Folgendes festgelegt: Zunächst erfolgt die Begründung durch die Regierung. Für die anschließende Aussprache gelten gestaffelte Redezeiten bei einer Grundredezeit von zehn Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung lege ich Ihnen heute den Nachtragshaushalt 1999 und die mittelfristige Finanzplanung für den Zeitraum 1998 bis 2002 vor. Das Umfeld für den Nachtragshaushalt 1999 ist geprägt durch viele Unsicherheiten. International sind es die Krisen in Osteuropa, in Asien und in Lateinamerika, die insbesondere das Exportland Baden-Württemberg besonders betreffen. Hinzu kommt die Politik der neuen Bundesregierung, die zum einen eine Verunsicherung der Wirtschaft bringt, zum anderen auch durch die Steuerpolitik neue Belastungen auf die Bundesländer und auf die Kommunen zukommen lässt. Schließlich haben wir es mit höchstrichterlichen Entscheidungen zu tun, insbesondere mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Familienentlastung. Auch dies wird unsere Haushalte in den nächsten Jahren beeinflussen.

Der Nachtragshaushalt des Landes Baden-Württemberg ist in dieser Situation ein Signal für Kontinuität, Solidität und

Verantwortung für die Zukunft. Mit ihm werden die Konsolidierungshaushalte, die wir in den letzten Jahren vorgelegt und beschlossen haben, fortgesetzt.

(Abg. Deuschle REP: Na, na, na! – Abg. Maurer SPD: Das glauben Sie selber nicht! – Abg. Brechtken SPD: Das ist der Baustein aus dem Computer! – Abg. Maurer SPD: Das ist Satire!)

Die Konsolidierung der Haushalte und die Begrenzung der Neuverschuldung sind eine Aufgabe aller Gebietskörperschaften. Im Konzert der Länder steht Baden-Württemberg hervorragend da.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Baden-Württemberg hatte 1997 eine Pro-Kopf-Verschuldung von rund 5 000 DM. Mit Ausnahme von Bayern ist die Verschuldung in allen anderen Ländern wesentlich höher,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aber der Dörring hat keine Pro-Kopf-Verschuldung mehr?)

und besonders hoch ist die Verschuldung in den Ländern, die eine SPD-Regierung haben.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur eine relativ gute Position, sondern wir haben diese Position auch in den letzten Jahren verbessert. Von 1991 bis 1997 ist die Verschuldung in den alten Bundesländern um 40 % gestiegen, in Baden-Württemberg lediglich um 27 %. Einzig und allein der Freistaat Bayern war mit einer Verschuldungssteigerung um 16 % noch etwas besser als wir.

Wir haben es mit großen Risiken zu tun, die uns insbesondere von Bonn her drohen.

Im Nachtrag 1999 wurden Steuereinnahmen von 42 Milliarden DM veranschlagt. Dies entspricht der Steuerschätzung vom November 1998 und bedeutet gegenüber dem Ist 1998 eine Steigerung um 1,7 %. Die Steigerung ist deswegen so gering, weil die Steuereinnahmen im Jahr 1998 stark gestiegen sind, nämlich um 8,8 %.

Für den mittelfristigen Zeitraum 1999 bis 2002 wurde ein Anstieg der Steuereinnahmen um jährlich 3 % angesetzt. Weitere Erkenntnisse werden wir Mitte Mai haben; dann liegt nämlich die neue Steuerschätzung vor, die bereits die Auswirkungen der Steuerpolitik der neuen Bundesregierung beinhalten wird.

(Minister Stratthaus)

Ein besonders hoher Risikofaktor für unseren Haushalt und insbesondere für die mittelfristige Finanzplanung ist die Konjunktur auf der einen Seite und sind die Risiken der völlig verkorksten Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen Bundesregierung auf der anderen Seite.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Zurufe)

– Ja, meine Damen und Herren. Wir haben gestern bereits darauf hingewiesen, dass die Zahl der Arbeitslosen seit Oktober um 500 000 zugenommen hat und die Investitionsneigung der Wirtschaft zurückgegangen ist.

(Abg. Nagel SPD: Auswirkungen der Hessen-Wahl!)

Der für 1999 erwartete Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um real 2 % und nominal 3,5 % ist aus heutiger Sicht mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Dies sieht Bundeswirtschaftsminister Müller genauso.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag spricht inzwischen von einem realen Wachstum von nur noch 1,5 %. Er stützt sich dabei auf die niederschmetternden Ergebnisse einer Umfrage bei deutschen Unternehmen, die er nach ihren Geschäftserwartungen gefragt hatte.

Sicher haben sich die Exporterwartungen aufgrund der weltwirtschaftlichen Lage eingetrübt; das ist keine Frage. Die Konjunktur ist weltweit in allen Ländern zurückgegangen. Dies war zu erwarten. Aber hinzugekommen ist bei uns ohne Frage einiges an Belastungen, zum Beispiel die viel zu hohen Lohnabschlüsse, die von der Bundesregierung zum Teil herbeigeredet wurden, weil man die Gewerkschaften und die Arbeitnehmerseite aufgefordert hat, nun endlich mit der Bescheidenheit aufzuhören.

(Lachen des Abg. Brechtken SPD – Zuruf von der SPD)

– Ja, wir haben die Tarifautonomie; aber der damalige Bundesfinanzminister hat sich sehr stark für eine hohe Steigerung der Löhne und Gehälter eingesetzt, für eine Steigerung, die weit über den Produktivitätszuwachs hinausgeht. Dies wird sich zum einen auf die Preise und zum anderen auf die Beschäftigung niederschlagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

Die Ausgangslage für die konjunkturelle Entwicklung war eigentlich nicht schlecht. Wir hatten im Jahre 1998 in der Bundesrepublik Deutschland ein Wirtschaftswachstum von 2,8 % – das ist das höchste Wachstum seit der Wiedervereinigung –, wobei Baden-Württemberg mit 4,1 % sogar ein wesentlich höheres Wachstum hatte; dafür gibt es sicher viele Erklärungen. Vor allen Dingen ist aber auch noch wichtig, dass die Inlandsnachfrage bereits im letzten Jahr um 3,1 % gestiegen ist. Ganz besonders wichtig ist noch, dass die Ausrüstungsinvestitionen um 10,1 % zugenommen haben.

Dies wäre eigentlich eine gute Ausgangslage gewesen. Aber ich befürchte eben, dass die einseitige und verbohrte Wirtschafts- und Finanzpolitik des damaligen Bundesfinanzministers die Situation eindeutig verschlechtert hat.

Meine Damen und Herren, bevor der Bundesfinanzminister zurückgetreten ist, bot er nur noch ein Bild des Jammers. Was blieb, war eine kraftstrotzende Hilflosigkeit.

(Abg. Haas CDU: Sehr gut!)

Es bleibt zu hoffen, meine Damen und Herren, dass die SPD die Lektion gelernt hat, dass Ideologie in einer offenen Wirtschaft und in einer weltorientierten Wirtschaft keine Chance hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Es bleibt zu hoffen, meine Damen und Herren, dass diese Politik, die gegen die Wirtschaft und damit gegen die Arbeitsplätze gerichtet war, schleunigst aufhört und wir endlich in der Modernisierung unserer Wirtschaft weiterfahren, damit wir international konkurrenzfähig bleiben. Unsere Konkurrenzfähigkeit hat in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen. Es besteht die Gefahr, dass diese Zunahme abgebaut wird.

Wir haben bis zum Jahr 2002 auch einiges an Wachstumsrisiken zu verdauen. Die Bundesregierung geht mit ihrer Politik von dem ab, was man normalerweise als Ziele einer wachstumsorientierten Politik ansetzt. Die Bundesregierung behauptet zwar, sie wolle das Finanzierungsdefizit für alle Gebietskörperschaften auf 1 % des Bruttoinlandsprodukts reduzieren. Ich kann mir das bei der Politik, die die Bundesregierung betreibt, beinahe nicht vorstellen.

Nun zur Steuerpolitik. Meine Damen und Herren, wenn man die Steuerpolitik der neuen Bundesregierung bewertet, muss man zu dem Ergebnis kommen, dass diese Politik vom Ansatz her verfehlt ist. Es kommt zu keiner echten Steigerung der Massenkaufkraft.

(Abg. Brechtken SPD: Das hatten wir gestern schon!)

– Das haben wir gestern schon gesagt. Aber das hat sich über Nacht nicht geändert, Herr Brechtken. Diese Politik ist immer noch schlecht.

(Abg. Brechtken SPD: Ich will nicht alles zweimal hören! Ein bisschen Effektivität im Parlament wäre nicht schlecht!)

– Ich hoffe, dass Sie es dann, wenn ich es mehrfach sage, kapieren.

(Abg. Brechtken SPD: Sie sind ein bisschen zu neu im Amt, als dass Sie überheblich sein könnten!)

Wie gesagt: Es kommt zu keiner echten Steigerung der Massenkaufkraft. Dafür wird die Wirtschaft erheblich mehr belastet. Der Wirtschaftsstandort Deutschland wird im internationalen Wettbewerb benachteiligt.

Die Ökosteuern erfordern „lediglich“ 500 zusätzliche Zollbeamte. Ich habe gestern schon gesagt: Das ist ein verstecktes Beschäftigungsprogramm.

Die Neuregelung der 630-DM-Jobs ist letzten Endes nur ein „Bündnis für Schwarzarbeit“.

(Minister Stratthaus)

Meine Damen und Herren, die Tatsache, dass Rot-Grün die Reformgesetze im Bundesrat noch durchgepeitscht hat, bevor das Wählervotum der Hessen-Wahl politisch wirksam werden konnte, ist schlechter Stil.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Absolut fragwürdig ist aber die Tatsache, dass sich der hessische Ministerpräsident Eichel, der inzwischen abgewählt worden ist, als künftiger Bundesfinanzminister hier noch eine Vorlage gegeben hat. Hier wird von bestimmten Seiten sehr häufig von politischer Kultur geredet. Ich glaube, diesen Vorgang müssen Sie unter dem Aspekt der politischen Kultur einmal kritisch beurteilen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Ich habe auf die Steuereinnahmen im Jahr 1998 hingewiesen. Sie waren in Baden-Württemberg äußerst erfreulich. Weniger erfreulich war die Tatsache, dass wir über den Länderfinanzausgleich die Quittung für unseren wirtschaftlichen Erfolg bekommen haben. Wir haben im Jahr 1998 1,2 Milliarden DM zusätzlich in den Länderfinanzausgleich zahlen müssen und werden über den bestehenden Ansatz hinaus in den Nachtragshaushalt 1999 zusätzlich 800 Millionen DM an Ausgleichszahlungen für die anderen Bundesländer einstellen müssen.

Die Verschuldung hat in den Neunzigerjahren in der ganzen westlichen Welt, kann man beinahe sagen – mit wenigen Ausnahmen –, zugenommen, auch in Deutschland.

(Abg. Moser SPD: In der Antarktis auch!)

– Auch in der Antarktis, je nachdem, wohin sie gehört.

Dabei steht Deutschland im internationalen Vergleich noch relativ gut da. Ich habe Ihnen vorhin die Zahlen genannt. Baden-Württemberg steht ganz besonders gut da.

(Abg. Maurer SPD: Ja!)

– Ja. Sie dürfen die Verhältnisse hier doch nicht mit solchen vergleichen, die sein könnten, sondern müssen sie mit den Verhältnissen vergleichen, die anderswo herrschen.

(Abg. Brechtken SPD: Doch, doch, doch!)

Ich habe es gestern schon einmal gesagt: Wenn bei uns die Dämme brechen, ist doch in ganz Norddeutschland „Land unter“. Wenn Sie unsere Verschuldung mit der von Schleswig-Holstein oder Niedersachsen vergleichen – von Bremen und vom Saarland wollen wir gar nicht reden –,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das war ein Plädoyer für den Hochwasserschutz!)

stellen Sie fest, dass wir die Musterknaben der Finanzpolitik sind. Ich glaube, das sollte einmal festgehalten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Meine Damen und Herren, es ist aber nichts so gut, als dass es nicht noch verbessert werden könnte.

(Beifall des Abg. Braun SPD)

Wir sind auf vielen Gebieten der Landespolitik ganz besonders gut.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Agrarpolitik!)

Aber wir haben sicher auch noch einiges vor uns. Ich werde Ihnen das gleich im Einzelnen beweisen.

Man muss auch ganz realistisch sehen, dass die Spielräume für die Finanzierung in den letzten Jahren immer kleiner geworden sind. Wir haben große Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt. Wir haben mit den Folgekosten zu rechnen. Wir haben einen Personalstand, für den wir einen Anteil von 42 % der bereinigten Haushaltsausgaben aufbringen müssen.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Auch die Verschuldung, die bei uns die niedrigste ist, ist für meine Begriffe eigentlich zu hoch. Die Zinsbelastung ist in diesem Jahr zwar erträglich, aber sie ist zum Teil auch deswegen erträglich, weil die Zinsen im Vergleich zu den Vorjahren relativ niedrig sind.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

– Das hat mit Lafontaine wirklich nichts zu tun.

Mir ist klar, dass es ein natürliches Spannungsverhältnis zwischen der Finanzpolitik und der Haushaltspolitik auf der einen Seite und den fachpolitischen Zielsetzungen auf der anderen Seite gibt. Dabei kann es aber nicht so sein, dass unter dem Diktat der leeren Kassen die Fachpolitik zum Stillstand kommt. Denn unser Land braucht die Weiterentwicklung und die stetige Erneuerung der geschaffenen Infrastruktur.

Andererseits würde es genauso in die Katastrophe führen, wenn die finanzpolitischen Notwendigkeiten verdrängt und den fachpolitischen Wunschvorstellungen einfach untergeordnet würden. Wenn wir Konsolidierungspolitik richtig betreiben, dann müssen die fachpolitische Infrastruktur und die Bemühungen zur Konsolidierung des Haushalts zu einem sinnvollen Ausgleich gebracht werden.

Ich möchte Ihnen deswegen, meine Damen und Herren, sechs haushaltspolitische Grundsätze vorstellen, denen ich mich verpflichtet fühle.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Also! – Abg. Maurer SPD: Vor allem ein etwas temperamentvollerer Vortrag!)

Erstens: Wenn neue Ausgaben finanziert werden sollen, so können hierfür keine zusätzlichen Haushaltsmittel bereitgestellt werden, sondern geplante Verbesserungen müssen durch Einsparungen an anderer Stelle aufgefangen werden.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Oh weh! Das geht gegen die Imagekampagne! – Abg. Brechtken SPD: Da müssen Sie aber Ihren eigenen Haushalt zurückziehen!)

Dieses Prinzip haben wir bereits im Nachtragshaushalt 1999 verwirklicht.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

(Minister Stratthaus)

Wir haben im Nachtragshaushalt 1999 die Nettoneuverschuldung gehalten und viele Belastungen der Vorjahre abgebaut,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: 100 Millionen DM globale Minderausgaben!)

woraus Sie entnehmen können, dass wir in der Tat neue Ausgaben dadurch finanziert haben, dass wir an anderer Stelle gespart haben.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Zweitens: Dieses Prinzip sichert aber zunächst nur den Status quo. Müssen rückläufige Einnahmen auf der Ausgabe-seite abgefangen werden, sind zusätzliche Maßnahmen notwendig. Wir müssen insbesondere weiterhin sparen.

Drittens: Dem gleichen Ziel dient die Modernisierung und Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung. Mit weniger Aufwand wollen wir mehr erreichen. Das ist das Leitbild der neuen Steuerung, die wir mit ihren Elementen dezentrale Budgetverantwortung, Kosten- und Leistungsrechnung und Controlling landesweit in Baden-Württemberg einführen wollen. Wenn Maßnahmen auf der Grundlage der neuen Steuerung zu wirtschaftlichen Erträgen führen, so kann über diese zusätzlichen Potenziale erneut politisch disponiert werden.

Viertens: Ein ganz wichtiger Bereich wird in Zukunft die Entwicklung des Förder-Controllings sein. Wir haben Programmausgaben von insgesamt rund 11 Milliarden DM. Sie sind bisher nicht hinreichend genug auf ihre Wirksamkeit hin systematisch analysiert worden.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Wir wollen das in Zukunft verstärkt machen, und wir haben eine entsprechende interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt, die diese Aufgabe vorbereitet.

Fünftens: Wir wollen auch weiterhin konsolidieren, indem wir unsere Pläne zum Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung weiterführen. Wir werden auch über das Jahr 2002 hinaus Personal abbauen können. Dies wird uns dadurch etwas erleichtert, dass die Zurrhesetzungen ab dem Jahr 2003 beträchtlich zunehmen werden. Wir werden dann Personal abbauen können und trotzdem jungen Bewerbern die Möglichkeit zur Einstellung geben können, weil sich die Altersstruktur entsprechend gestaltet.

Sechstens: Um den Personalabbau zu ermöglichen, werden wir unsere Investitionen in die Verwaltungsmodernisierung erheblich ausbauen müssen. Für rentable Investitionen müssen wir zusätzliche Finanzierungsangebote eröffnen. Solche Projektkredite können den Verwaltungen aber nur dann zur Verfügung gestellt werden, wenn aus den prognostizierten Personal- und Sachmitteleinsparungen die Tilgungen verbindlich sichergestellt werden.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, die Opposition wird die gleichen Maßstäbe der Seriosität anlegen, die wir angelegt haben. Ich hoffe, die Opposition wird nicht in jeder fachpolitischen Frage Mehrausgaben verlangen und uns dann auffordern, insgesamt weniger auszugeben; denn wer so handelt, muss irgendwann den Offenbarungseid leisten.

Das sehen Sie heute an der Bundesregierung, die zu viel versprochen hat und wenig davon einhalten kann.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Eine ganze Scheckkarte haben sie eingehalten!)

Meine Damen und Herren, mit dem Nachtragshaushalt 1999 werden Mehrausgaben und Mindereinnahmen in Höhe von insgesamt rund 1 Milliarde DM ohne Erhöhung der Nettokreditaufnahme ausgeglichen. Zusätzlich müssen wir aus den Steuerermehreinnahmen rund 1 Milliarde DM für den Länderfinanzausgleich und den kommunalen Finanzausgleich abführen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Also 800 Millionen!)

– Für den Länderfinanzausgleich und für den kommunalen Finanzausgleich. Das ist, Herr Kuhn, der Unterschied zu der Zahl, die ich vorhin genannt habe.

(Abg. Birk CDU: Zuhören! Kuhn muss zuhören!)

Sie müssen genau zuhören.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sind Sie gegen beides, oder?)

– Das bin ich nicht. Ich stelle lediglich fest, dass es so ist.

Wir haben einen zwangsläufigen Deckungsbedarf von 870 Millionen DM. Ich möchte Ihnen die größten Einzelposten vorstellen.

Wir hatten zunächst einmal für Einsparungen von Personalausgaben aufgrund von bundesgesetzlichen Maßnahmen 470 Millionen DM vorgesehen. Diese 470 Millionen DM sind nicht realisiert worden. Herr Puchta, wenn das eine Luftnummer war, dann hat Hessen eine besonders große Luftnummer gemacht. Während bei uns 470 Millionen DM eingestellt waren, waren in Hessen 500 Millionen DM eingestellt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Aber einige Jahre früher!)

Weil wir glaubten, dass Herr Eichel besonders gute Beziehungen zu den anderen Finanzministern hat, sind wir davon ausgegangen, dass diese Einsparung käme. Sie ist leider nicht gekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Eine weitere große Belastung ist die Erhöhung der Umlage an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder. Es sind 100 Millionen DM im nächsten Jahr, die wir zwangsläufig decken müssen. Dazu kommt ein Fehlbetrag aus 1997 von 300 Millionen DM. 80 Millionen DM müssen im Nachtragshaushalt 1999 gedeckt werden. Mindereinnahmen bei den Justizgebühren in Höhe von 90 Millionen DM wie auch Mindereinnahmen beim Wasserpfennig von 30 Millionen DM waren zu decken.

Meine Damen und Herren, wie erfolgt der Ausgleich? Der Ausgleich dieser zwangsläufigen Belastungen erfolgt durch folgende Maßnahmen:

Nach der Steuerschätzung vom November haben wir Mehreinnahmen von 465 Millionen DM zu erwarten. Bei

(Minister Stratthaus)

den Zinsausgaben haben wir aufgrund des historischen Tiefstands der Zinsen Einsparungen von 230 Millionen DM.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Alles Verdienst der Landesregierung! – Abg. Maurer SPD: Eine große Leistung!)

Wir haben Mehreinnahmen bei den Wettmitteln und den Lotterien in Höhe von 70 Millionen DM. Wir haben Mehreinnahmen vom Bund in Höhe von 100 Millionen DM aufgrund einer bestehenden Ausgleichsforderung als Folge der Kindergelderhöhung eingestellt.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Prinzip Hoffnung, würde ich sagen! – Abg. Dr. Puchta SPD: Die der Kohl schon nicht bezahlt hat!)

– Das ist nicht das Prinzip Hoffnung. Sämtliche Finanzminister – mit der großen Mehrheit der der SPD angehörenden Finanzminister – haben diesen Antrag einstimmig unterstützt. Ich nehme doch an, dass Herr Eichel, der diesen Antrag unterstützt hat, ihm nun auch entsprechen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Mann jetzt etwas anderes macht, als er vor acht Wochen gefordert hat. Deswegen bin ich da recht optimistisch.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wer weiß!)

Neben den zwangsläufigen Belastungen enthält der Nachtragsentwurf zusätzliche Maßnahmen in Höhe von 130 Millionen DM, Maßnahmen, die landespolitisch von besonderer Bedeutung sind. Ich möchte Ihnen diese Maßnahmen im Einzelnen aufzählen.

Da ist zunächst einmal das Technikzukunftsprogramm der Polizei. Wir wollen, weil die Landesregierung einen sicherheitspolitischen Schwerpunkt gesetzt hat, dieses Programm in den nächsten sieben Jahren mit insgesamt 600 Millionen DM ausstatten. Im Jahr 1999 wird mit einem Betrag von 30 Millionen DM eingestiegen. Ich bin davon überzeugt, dass Baden-Württemberg im Ländervergleich damit seinen Spitzenplatz bei der inneren Sicherheit weiter ausbauen wird.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ferner werden mit dem Nachtrag rund 1 000 Stellenhebungen im mittleren Dienst der Schutzpolizei vollzogen. Damit werden die ersten beiden von insgesamt vier Tranchen zum Abbau des so genannten Obermeisterbauchs umgesetzt. Bereits im Uretat 1998/99 wurden mit dem Besoldungsstrukturprogramm pro Jahr 450 Stellen des mittleren Polizeivollzugsdienstes in Stellen des gehobenen Dienstes umgewandelt.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf den Ausbau der Berufsakademien. Sie sind ein wichtiger Baustein im Hochschulsystem unseres Landes. Die Berufsakademien arbeiten nach einem Erfolgsrezept, das genau auf die Bedürfnisse unserer Betriebe und der Studierenden zugeschnitten ist. Für die Studierenden bedeutet dies eine kurze Studiendauer

in einem festen, vergüteten Ausbildungsverhältnis mit einem beinahe fest garantierten Arbeitsplatz. Für die Betriebe bedeutet es die Gewinnung eines im eigenen Betrieb eingearbeiteten, praxisgerecht und hoch qualifizierten ausgebildeten Mitarbeiters in überschaubarer Zeit und zu kalkulierbaren Kosten. Wir schaffen in dem auf drei Jahre angelegten Ausbauprogramm die Kapazität für insgesamt 18 000 Studierende. Der erste Schritt dazu wird im Nachtrag mit der Veranschlagung von Ausgaben von rund 9 Millionen DM im Jahr 1999 gemacht. Auch werden bereits 50 der insgesamt benötigten 150 neuen Stellen ausgebracht.

Meine Damen und Herren, mit einem Betrag von 4 Millionen DM setzt die Landesregierung über den Nachtrag auch einen ersten Teil der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“ um.

Diese politischen Akzente der Landesregierung werden weitestgehend durch globale Einsparauflagen im Umfang von 120 Millionen DM ausgeglichen. Das ist das, was Sie vorhin gefragt haben: Für diese Schwerpunktprogramme werden insgesamt 120 Millionen DM aus allen Haushalten eingespart.

Mit dem Nachtrag werden 2 000 Stellen in Abgang gestellt. Ich halte dies für einen außerordentlichen Sparerfolg, der erhebliche Einschnitte für die Verwaltung bedeutet. Wir sind damit auf dem richtigen Weg, aber wir müssen zur Eindämmung der Personalkosten weitere Maßnahmen ergreifen.

Mit dem Staatshaushaltsgesetz zum Nachtrag 1999 hat die Landesregierung eine Finanzierungsregelung vorgelegt, um die Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungselemente in der Landesverwaltung zu ermöglichen. Wir hoffen, dass wir damit auf mittlere Sicht viele Einsparpotenziale erschließen, die dann wieder Geld für Maßnahmen der Landespolitik frei machen.

Meine Damen und Herren, einiges zur mittelfristigen Finanzplanung: Zusammen mit dem Nachtragsentwurf liegt Ihnen die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 1998 bis 2002 vor. Nach den dazu von der Opposition in der Presse abgegebenen Kommentaren möchte ich an dieser Stelle noch einmal klarstellen: Die Konsolidierung des Landeshaushalts bleibt weiterhin das erklärte Ziel der Finanzpolitik der Landesregierung. Ich hoffe, Sie werden uns dabei helfen.

(Abg. Brechtken SPD: Das sind bloß Sprüche!)

In der aktuellen mittelfristigen Finanzplanung wird die Kreditlinie der letztjährigen Finanzplanungen in den Jahren 2000 und 2001 vorläufig übernommen. Für das Jahr 2002 weist die Finanzplanung einen Rahmen von 2,1 bis 2,9 Milliarden DM aus. In dieser Finanzplanung sind beträchtliche Verbesserungen gegenüber den letztjährigen Planungen vorgesehen. Es werden nicht nur die globalen Einsparansätze bei den Personalausgaben von 470 Millionen DM, die ich vorhin schon einmal genannt habe, gedeckt, sondern darüber hinaus auch die bestehenden Deckungslücken beträchtlich reduziert.

Wir hatten in der ursprünglichen Finanzplanung für die Jahre 2000/2001 Deckungslücken und Einsparvolumina

(Minister Stratthaus)

von 900 Millionen DM bzw. 1,1 Milliarden DM. Die neue mittelfristige Finanzplanung enthält lediglich noch Einsparvolumina von 670 Millionen DM und 800 Millionen DM für die Jahre 2000 bzw. 2001. Dies ist eine Reduzierung um 30 %. Ich glaube, das kann sich sehen lassen.

(Beifall der Abg. Göbel und Dr. Inge Gräßle CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Bebbler SPD: Wer wacht denn da auf? – Abg. Nagel SPD: Jetzt stört mal nicht die andächtige Stimmung hier!)

– Es ist gut, wenn Sie gut zuhören, Herr Nagel.

Um die verbleibenden „Deckungslücken“ um einen weiteren bedeutenden Betrag zu verringern, hat der Ministerrat beschlossen, dass von den verbleibenden Deckungslücken jeweils 250 Millionen DM auf die Ressorts umgelegt werden. Von den 670 Millionen DM und 800 Millionen DM werden also jährlich 250 Millionen DM durch Umlage auf die Ressorts eingesparrt.

Darüber hinaus erwarten wir einen Haushaltsüberschuss aus dem Jahre 1998 in Höhe von 400 Millionen DM. Das hängt davon ab, wie viel Haushaltsreste wir bilden. Dieser Überschuss wird auch verwendet werden können, um die Lücken in den Jahren 2000 und 2001 zu verkleinern.

Meine Damen und Herren, die Seriosität unserer Finanzpolitik erkennen Sie daran, dass wir diesen Betrag auf die Jahre 2000/2001 übertragen haben. Wir hätten damit natürlich auch Ausgaben im Jahr 1999 finanzieren können. Dies haben wir nicht getan, sondern ganz bewusst hier eine kleine Rücklage für die Jahre 2000 und 2001 gebildet.

Wir haben natürlich große Risiken in der mittelfristigen Finanzplanung. Die Steuerpolitik der Bundesregierung ist sicher das größte Risiko.

(Oh-Rufe von der SPD – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Beim dritten Mal hat es gezündet! – Abg. Brechtken SPD: Die brauchen immer Anlauf!)

Wir haben es mit den Konsequenzen aus dem Familienurteil des Bundesverfassungsgerichts zu tun, und ein weiteres Risiko ist die zukünftige konjunkturelle Entwicklung.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Der Nachtrag 1999 und die mittelfristige Finanzplanung sind ein Beweis für den Kurs der Landesregierung, der lautet: konsolidieren und gestalten. Insgesamt werden Mehrausgaben und Mindereinnahmen in Höhe von rund 1 Milliarde DM ohne Erhöhung der Nettoneuverschuldung ausgeglichen.

Neben dem Ausgleich des zwangsläufigen Deckungsbedarfes hat die Landesregierung auch Finanzierungsfreiräume für landespolitische Schwerpunkte geschaffen. Mit diesen Schwerpunkten, insbesondere dem Technikzukunftsprogramm der Polizei und dem Ausbau der Berufsakademien, werden die Standortbedingungen im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern verbessert. Wir werden auch in Zukunft bestehen können und in diesem Wettbewerb einen guten Rang einnehmen.

In der mittelfristigen Finanzplanung hat die Landesregierung die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, soweit sie in unserem Einflussbereich liegen, gegenüber der letztjährigen Finanzplanung deutlich verbessert. Wir werden den Weg der Konsolidierung konsequent fortsetzen. Baden-Württemberg wird, zusammen mit Bayern, auch in Zukunft ein Musterknabe der Finanzpolitik unter den Ländern sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie müssen jetzt einmal Hessen dazunehmen!)

– Sie sagen, ich solle Hessen dazunehmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Hessen hat eine wesentlich größere Verschuldung als wir. Ich habe allerdings Hoffnung, dass es in Hessen in Zukunft auch besser wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Brechtken SPD: Ihr müsst im Ministerium den Baustein für die Reden ändern!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die politisch Verantwortlichen haben dafür Sorge zu tragen, dass durch eine verantwortungsvolle und sparsame Haushaltsführung die Zukunftschancen der jungen Generation nicht beeinträchtigt werden.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Bei der Finanzpolitik ist zu beachten, dass die Schulden von heute von den Generationen von morgen bezahlt werden müssen.

(Abg. Brechtken SPD: Richtig!)

Dies ist nicht von mir, sondern diese politischen Leitsätze

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist uralt! – Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

stammen aus den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“ und sind von allen Fraktionen dieses Landtags mitgetragen worden.

(Abg. Maurer SPD: Wenn Sie sich nur daran halten würden!)

Meine Damen und Herren, im Namen der Landesregierung bitte ich Sie, diesem Nachtragsentwurf nach einer eingehenden Beratung zuzustimmen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Über was die alles klatschen können! – Abg. Nagel SPD zur CDU und zur FDP/DVP: Wie lange klatscht ihr erst bei einer guten Rede?)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

(Abg. Brechtken SPD: Das wird auch keine gute Rede!)

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen, meine Herren Kollegen! Die erste Haushaltsrede des neuen Finanzministers,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: War langweilig! – Abg. Maurer SPD: War ein Höhepunkt!)

die Momentaufnahme der Finanzen und der Perspektive für Baden-Württemberg im März des Jahres 1999, bietet Anlass, um zwischen den Fraktionen hier im Landtag von Baden-Württemberg die Schwerpunkte der Investitionen der nächsten Monate, die Einsparentwicklung für unseren Landeshaushalt und die Situation der Finanzen in Baden-Württemberg offen zu beraten.

Zunächst lohnt sich ein Rückblick. Das Haushaltsjahr 1998 mag vielleicht nicht symptomatisch für die öffentlichen Haushalte insgesamt sein. Aber der Rechnungsabschluss für das letzte Jahr ist ein großer Erfolg für die Kassenführung, für die Haushaltsführung dieser Regierungskoalition von CDU und FDP/DVP.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

So hat der Landtag in der Vorgabe für das letzte Jahr 2,3 Milliarden DM an neuen Nettoschulden eingeräumt. CDU und FDP/DVP, die Landesregierung, wir haben nur 1,67 Milliarden DM gebraucht. Im Ländervergleich ist dies zwar nicht einmalig, aber trotzdem nicht die Regel. In Baden-Württemberg wurden im letzten Jahr deutlich weniger Schulden gemacht als vorgesehen. Es gilt festzuhalten, dass sich der Spielraum für die nächsten Jahre, dass sich die Zins- und Tilgungsbelastung aus dem letzten Jahr für die Zukunft deutlich besser entwickeln, als es hier zunächst besprochen, beschlossen und vorgesehen war.

Wir danken dem Finanzministerium sowie dem alten und dem neuen Finanzminister, dass durch stringenten Sparkurs und konsequente Haushaltsführung – auch durch Sondermaßnahmen – die Verschuldung im letzten Jahr um nahezu 700 Millionen DM unter der beschlossenen Neuverschuldung geblieben ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der neue Finanzminister als Partner für CDU und FDP/DVP ist nun einige Monate im Amt.

(Abg. Maurer SPD: Jawohl!)

Ich will hier ausdrücklich würdigen, dass er durch Kompetenz und Sachbezogenheit, Souveränität in der Amtsführung, entwaffnende Offenheit, Partnerschaft gegenüber dem Landtag von Baden-Württemberg und dem Finanzausschuss in den letzten Monaten ein hohes Vertrauenspotenzial aufgebaut hat. Deswegen bieten wir seitens der CDU im Landtag von Baden-Württemberg dem Finanzminister für die Nachtragsberatungen und für die Vorbereitung des neuen Doppelhaushalts ausdrücklich unsere Unterstützung, unsere Zusammenarbeit und unser volles Vertrauen an.

Dieser Finanzminister hat auf andere Weise, aber in gleichem Maße schon jetzt erreicht, dass die Haushaltspolitik, die er verkörpert, ein Aktivposten für die Finanzen in Baden-Württemberg, für den Standort Baden-Württemberg

und für diese Regierungskoalition ist. Gerhard Stratthaus ist dem Amt des Finanzministers in vollem Umfang gewachsen und strahlt hohe Kompetenz und Vertrauenswürdigkeit aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Wenn mich einer so lobt, wäre ich vorsichtig! Da würde ich erschrecken! Da stimmt etwas nicht! – Abg. Dr. Schlierer REP: War das jetzt notwendig? – Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Drei Außenfaktoren bestimmen Haushaltsberatungen, und bei den drei Außenfaktoren haben wir nur eine eingeschränkte Entscheidungsgewalt.

Erstens: Wir setzen auf das Bundesverfassungsgericht. Im September steht die mündliche Verhandlung über die Klage zum Länderfinanzausgleich an. Wir bauen darauf, dass andere Länder Vergleichsverhandlungen aufnehmen, und wir bauen darauf, dass wir starke Argumente haben. Kurzum, wir glauben, dass ein entsprechendes Urteil von Karlsruhe oder ein entsprechender Vergleich der Länder mittelfristig eine Verringerung unserer Leistungen und damit eine Verbesserung unserer Haushaltsstruktur möglich macht. Wir unterstützen die Landesregierung ausdrücklich auf ihrem Gang nach Karlsruhe, um im September zu erreichen, dass die unsäglich hohe Belastung aus dem Länderfinanzausgleich und die daraus folgende Ungerechtigkeit eine Veränderung erfahren, die mittelfristig unsere Haushaltsstruktur verbessert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zweitens: Der entscheidende Außenfaktor für den Standort Deutschland und Baden-Württemberg ist die Entwicklung der Weltwirtschaft und die Entwicklung der Konkurrenzfähigkeit. Wer die Wirtschaft in Baden-Württemberg betrachtet, wird parteiübergreifend festhalten können: Am Ende dieses Jahrzehnts ist die Wirtschaft unseres Landes – Handwerk, Handel, Industrie, Dienstleistungsgewerbe, jeder Arbeitgeber und die Arbeitnehmer insgesamt – auf die Konkurrenz vorbereitet. Die Wirtschaft Baden-Württembergs steht im Ländervergleich und im europäischen Maßstab mit Reformbereitschaft, vollzogenen Reformen, Innovation, Kompetenz und Leistungsfähigkeit ihrer Produkte auf einem hervorragenden Platz. Der Standort Baden-Württemberg hat seine Hausaufgaben in der Wirtschaft gemacht. Ich baue darauf, dass die Wirtschaft unseres Landes ein guter Begleiter der Politik und ein stabiler Partner in Bezug auf Investitionen und Arbeitsplätze bleibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Der dritte Faktor heißt Rot-Grün. Wir haben in der Wirtschaft Deutschlands, bei Verbrauchern und Investoren eine tief greifende, breite Verunsicherung. Wenn Rezzo Schlauch sagt, wir müssten jetzt etwas für die Wirtschaft tun, wir hätten zugunsten der Unternehmen eine Gerechtigkeitslücke abzubauen, dann zeigt dies, dass hier ein schlechtes Gewissen vorhanden und in den letzten Wochen im Grunde genommen eine falsche Politik gemacht worden ist.

(Oettinger)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das hat er nicht gesagt! Freie Erfindung von Oettinger!)

Meine Damen und Herren, wenn man sich bei der Wirtschaft umhört, egal, ob bei Klein- oder Großbetrieben, und wenn man Verbraucher fragt, stellt man fest: Derzeit weiß niemand, wohin der Kurs in Deutschland geht. Derzeit werden Investitionen gekürzt und gestoppt, derzeit werden Investitionen verlagert. Deswegen ist die entscheidende Unsicherheit auch für Haushaltsberatungen im Vorfeld eines großen Doppelhaushalts, in der Frage der mittelfristigen Finanzplanung, ist die entscheidende Frage, ob die rot-grüne Koalition endlich begreift, dass die Belastbarkeit der Wirtschaft in den letzten Monaten viel zu stark erprobt wurde und die Kompetenz und die handwerkliche Geschicklichkeit bei ihren Gesetzen unsäglich waren.

Ich baue darauf, dass die Bundesregierung einsichtig ist, und ich baue darauf, dass sie mit ihrer nationalen Engstirnigkeit globale weltwirtschaftliche Fakten auf Dauer nicht verdrängen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Da haben wir wenig Hoffnung! – Weiterer Zuruf von der CDU: Hoffen kann man ja mal!)

Der Herr Finanzminister hat Schwerpunkte angesprochen, die wir uneingeschränkt unterstützen. Die Schwerpunkte dieses Nachtragshaushalts sind mit der Koalition aus CDU und FDP/DVP erarbeitet worden.

Ich führe hier sechs Stichworte an:

Erstens: das Thema Sicherheit und Polizei. Mit 30 Millionen DM im Nachtragshaushalt starten wir ein Technikzukunftsprogramm, das es in sich haben wird, das sich sehen lassen kann und dazu führen wird, dass die Polizei in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren die technisch modernste, die innovativste Polizei aller deutschen Länder werden wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das sehe ich auch so! Porsche ist überall!)

Digitaler Polizeifunk wird eingeführt, sobald der Standard national entschieden ist. Es wird eine Modernisierung der Kommunikationstechnik erfolgen, es wird ein Sonderprogramm für den Kfz-Park, für die Fahrzeuge der Polizei geben.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Porsche! Sehr gut! – Abg. Brechtken SPD: Und hoffentlich kriegen die auch das Benzin dazu!)

Wir werden moderne Instrumente einführen. Wir sorgen dafür, dass die Polizei in Baden-Württemberg, dass die 30 000 Beamtinnen und Beamten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Polizei über modernste Technik verfügen. Mit 30 Millionen DM machen wir den Anfang.

(Abg. Brechtken SPD: Zurzeit haben sie nicht einmal genug Hosen!)

und mit Verpflichtungsermächtigungen zeigen wir ein konkretes sechs bis sieben Jahre laufendes Programm auf, das im Ländervergleich Maßstäbe setzt.

(Abg. Brechtken SPD: Da macht der solche Sprüche! Das ist unglaublich!)

Meine Damen und Herren, Ende April wird das der Öffentlichkeit vorgestellt, und jetzt werden im Haushalt die Finanzgrundlagen dafür geschaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Wir sind auch zur Reform bereit. Wir schaffen die Kfz-Werkstätten bei der Polizei ab. Wenn wir moderne Kommunikationstechnik einführen, wird nicht mehr jede Angestelltenstelle notwendig sein. Wir setzen auf bessere Besoldung tariflichen Personals. Wir glauben auch, dass die Herausforderungen für die Sachbearbeiter wegen ihrer Arbeit am PC steigen werden, wir gehen aber davon aus, dass sich ein Teil der Investitionen auch durch Verlagerung und Verringerung von Stellen nach Einführung von Kommunikationstechnik refinanzieren kann. Konkrete Berechnungen dazu erwarten wir zur Beratung über unser Technikzukunftsprogramm.

Jahrelang sind wir dafür eingetreten, statt eine Ideologie bezüglich der zweigeteilten Laufbahn zu verfolgen, auf eine Veränderung der Stellenobergrenzenverordnung zu setzen. Der Bund hat im Sommer letzten Jahres die entsprechenden Entscheidungen getroffen. Wir gehen jetzt an die Hebung der Stellen im mittleren Dienst.

Wir haben derzeit noch eine zu lange Wartezeit in Besoldungsgruppe A 8 – Stichwort Obermeisterbauch –, und wir setzen in vier gleich großen Schritten – Einstieg 1999, Fortführung in den Jahren 2000, 2001 und 2002 – das Vorhaben um, einen Anteil von 50 % im höchsten Amt im mittleren Dienst zu erreichen: Hebung auf Besoldungsgruppe A 9 und Besoldungsgruppe A 9 mit Zulage. Wir verkürzen damit die Wartezeit für Obermeister in Baden-Württemberg elementar. Die Christlich Demokratische Union und die Regierungskoalition halten zu 100 % Wort.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der zweite Schwerpunkt für die CDU-Fraktion: Wir glauben, dass die Warnung des Verkehrsministers ernst zu nehmen ist. Wir müssen ein Sonderprogramm für den Straßenbau auflegen. Die derzeitigen Haushaltsansätze hierfür sind zu gering.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wieser CDU – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aber Sie haben im Nachtrag gekürzt! Im Nachtrag haben Sie gekürzt!)

– Kollege Kuhn, im Interesse der Haushaltskonsolidierung haben wir auch bei den Ansätzen für den Straßenbau Kürzungen vorgenommen. Im Gegensatz zu Ihnen, die Sie am liebsten Straßen auffressen würden und den Straßenbauetat auf null bringen würden, bekennen wir uns zum notwendigen Straßenbau.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

(Oettinger)

Ich trage hier keine Wunschliste für den Weihnachtsmann vor. Die CDU-Fraktion bekennt sich zu wenigen Schwerpunkten, die innerhalb der Fraktion abgestimmt sind. Nicht jeder Bereich kommt vergleichbar voran.

Der zweite Schwerpunkt nach dem Bereich Polizei und Sicherheit ist für uns der Straßenbau. Wir setzen auf eine Fortführung des Sonderprogramms,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aber erst einmal kürzen!)

finanziert durch die Baufinanz, und wir geben zu überlegen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ob wir nicht die globale Minderausgabe im Bereich des Straßenbaus abmildern sollten

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Kennen Sie eigentlich den Nachtrag?)

und ob insoweit die Zuordnung von globalen Minderausgaben nicht eine Veränderung erfahren müsste.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Global alles beim Einzelplan 09 machen!)

Lassen Sie mich für das nächste Haushaltsjahr einfach eine Hausnummer nennen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Global nur noch im Einzelplan 09! Das ist Ihr Konzept!)

Ich glaube, dass gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung eine zusätzliche Nettozuführung von mindestens 50 Millionen DM jährlich für den Straßenbau zur Anfinanzierung und Durchführung neuer Straßenbaumaßnahmen und zur Fortführung begonnener Straßenbaumaßnahmen eine richtige, seriöse Grundlage wäre, um dem Straßenbau in Baden-Württemberg das zu geben, was er braucht.

(Abg. Moser SPD: Wieder eine Ankündigung, die nichts wert ist!)

Wir bieten dazu Beratungen an. Wir kündigen diese Änderung in der mittelfristigen Finanzplanung heute schon an.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birk CDU: Jetzt ist Rot-Grün in Bonn auch noch am Zug!)

Der dritte Schwerpunkt – auch dazu ist Sachlichkeit angesagt –: Wir glauben, dass ein guter Standort – Baden-Württemberg ist ein guter Standort – auch für sich werben soll.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

Klappern gehört zum Handwerk. Vielleicht ist Baden-Württemberg in den letzten Jahren in der globalen Konkurrenz von Standorten in Europa und darüber hinaus im Auftreten eher zu bescheiden gewesen.

(Abg. Brechtken SPD: Das Problem ist, dass das Klappern nichts taugt!)

Deswegen ist Standortvermarktung für uns ein Faktor, der im Nachtragshaushalt begonnen, jetzt solide beraten und

mit externen Werbepartnern in den nächsten Wochen auf den Weg gebracht werden soll,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Vielleicht taugt einfach das Klappern nichts!)

allerdings nicht im Übermaß. Wir geben nicht mehr Geld aus als zum Beispiel andere Länder;

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Na ja!)

es ist aber notwendig, hier etwas zu tun. Wir bieten für den Finanzausschuss – man muss sich nach einem maßvollen Maßstab im Ländervergleich messen lassen – Mitberatung an, und wir kündigen ein Konzept an, das sich sehen lassen kann. Baden-Württemberg wird in Zukunft im europäischen Maßstab als Standort für Arbeitsplätze, für Kultur, für Lebensqualität und Investitionen

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Und für die CDU!)

noch mehr als bisher sichtbar sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birk CDU zur SPD: Was macht ihr denn in NRW? – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Seit Jahren! – Abg. Capezzuto SPD: Birk, du musst lesen, nicht schreien! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Dagegen habe ich doch nichts!)

Ferner glauben wir, dass zwei Stichworte, zwei Veränderungen in Modellversuche und in eine konkrete Beratung im Landtag eingehen sollten. Die Jugend-Enquetekommission sagt: Wir brauchen brennpunktorientiert Schulsozialarbeit. Und die Kultusministerin bereitet als Angebot an Eltern und Kinder ein Konzept für die Verlässlichkeit von Unterrichtszeiten und Betreuung mit festen Uhrzeiten vor. Wir bieten ausdrücklich an, dass wir Modellversuche mittragen und dafür im Doppelhaushalt die entsprechenden Beträge einstellen. Allerdings glauben wir, dass dies im engen Einvernehmen mit dem Schulträger, mit den Kommunen zu entscheiden ist

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und dass dafür auch unterschiedliche Modelle notwendig sind – nicht überall das gleiche Raster –, also in Stadt und Land unterschiedliche Konzepte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Für den Augenblick noch ein letzter Punkt:

(Abg. Wintruff SPD: Lauter Ankündigungen!)

Im Nachtragshaushalt sind nur 5 Millionen DM für Budgetierung, für Kosten- und Leistungsrechnung und für Investitionen in den Umbau der Haushaltsführung vorgesehen. Herr Finanzminister, Sie kommen mit 650 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen nach. Wir sind ausdrücklich dafür offen, aber wir erwarten, dass hier für die Gegenfinanzierung – was nützen denn die Investitionen in Höhe von 650 Millionen DM für Budgetierung und mo-

(Oettinger)

derne Haushaltsführung, für die Refinanzierung, die konkrete Darstellung von Steuerungselementen und die Frage, wo man wirklich 6 000 Stellen außerordentlich einsparen kann? – ergänzende Unterlagen nachgereicht werden.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Wer ist jetzt Finanzminister? Oettinger oder Stratthaus? – Abg. Moser SPD: Tägliche Befehlsausgabe?)

Deswegen stimmen wir den 5 Millionen DM zu, aber wir meinen es mit dem Zustimmungsvorbehalt für den Finanzausschuss und damit für den Landtag von Baden-Württemberg ernst.

(Abg. Moser SPD: Öffentliche Kritik am Finanzminister!)

Sie haben hier einen Vertrauensvorschuss verdient, aber die Unterlagen müssen nachgereicht werden.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt verstehen wir das Lob von vorhin besser!)

Was bisher vorliegt, ist noch etwas zu dünn, um sich voll und ganz und blindlings auf diesen Weg zu begeben. Wir erwarten, dass der Zustimmungsvorbehalt erst dann aufgehoben wird, wenn die Unterlagen umfassend und solide sind.

(Abg. Brechtken SPD: Unsolider Finanzminister!)

Alles in allem: Baden-Württemberg hält im Haushaltsjahr 1999 den Eckwert der Neuverschuldung ein. Der Doppelhaushalt 1998/99 als Finanzwerk von CDU und FDP/DVP hat im letzten Jahr 600 Millionen DM weniger Schulden als vorgesehen erbracht und wird in diesem Jahr einhalten, was beschlossen worden ist. Im Ländervergleich, Kollege Kuhn und Kollege Maurer, steht Baden-Württemberg damit gemeinsam mit Bayern weiter auf Platz 1. Ihn halten wir, und auf dieser Grundlage beraten wir den vorgelegten Nachtragshaushalt in den nächsten Wochen im Finanzausschuss. Dieser Nachtragshaushalt ist ein mehr als solides Werk.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Moser.

Abg. Moser SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die mittelfristige Finanzplanung und dieser Nachtragshaushalt sind weder Fisch noch Fleisch.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Behringer CDU: Oh jetztet!)

Ich muss es, da Sie ja jetzt genügend Probleme im landwirtschaftlichen Bereich haben, einmal so sagen: Beide Zahlenspiele, die Sie vorlegen, hinterlassen bei mir den Geruch und Geschmack von abgestandener Milch. So ist es!

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD – Abg. Döpfer CDU: So sehen Sie auch aus! – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich habe mich gefragt, welche Zukunftsschwerpunkte Sie eigentlich setzen wollen. Sie haben keine Zukunftsschwer-

punkte gesetzt. Heute Morgen waren die Wasserstandsmeldungen am Pegel Mannheim und am Nesenbach interessanter als die Rede, die der Finanzminister gehalten hat.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit des Abg. Capezuto SPD – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sie haben doch gar nicht zugehört!)

Hoch interessant waren die Nuancen der Rede von Herrn Oettinger. Zuerst lobt er den Finanzminister – ich lobe Sie jetzt einfach auch einmal –, und nachher haut er ihm eine an die Ohren. Das mache ich auch gleich. Keine Angst!

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das waren nicht die Ohren! – Zurufe von der CDU)

Welches sind denn eigentlich die Schwerpunkte in Ihrer mittelfristigen Finanzplanung? Der eigentliche Schwerpunkt – und das ist Ihr finanzpolitisches Versagen – ist, dass Sie weiter Schulden machen.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Finanzplan ist die Ankündigung zusätzlicher Schulden, und dann kommen Sie hierher und erzählen uns: „Wir machen weniger Schulden, als wir geplant haben.“ Sagen Sie doch aber bitte dazu, dass weniger Schulden als geplant am Ende des Jahres mehr Schulden als am Anfang des Jahres bedeuten. Das ist doch der entscheidende Punkt!

(Beifall bei der SPD)

Es wäre ja noch schöner, wenn Sie bei steigenden Steuereinnahmen noch zusätzlich Schulden machen müssten. Aber das würde ich Ihnen in diesem ganzen Spiel auch noch zutrauen.

(Zuruf des Abg. Birk CDU)

Ich sage Ihnen jetzt einmal die Zahlen; das sind nämlich die interessanten Zahlen. Herr Birk, hören Sie genau zu, und holen Sie einmal Ihren Taschenrechner heraus, vielleicht den, auf dem der Euro drauf ist.

(Heiterkeit)

1999 1,8 Milliarden DM netto zusätzliche Schulden, 2000 2,2 Milliarden DM, 2001 2,2 Milliarden DM, 2002 bis zu 2,9 Milliarden DM zusätzliche Schulden.

(Abg. Herrmann CDU: Und die zusätzlichen Ausgabenanträge der SPD!)

Dieser Aufbau des Schuldenbergs ist Ihr größtes finanzpolitisches Problem und auch Ihr größtes Versagen insgesamt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Ministers Dr. Repnik – Abg. Birk CDU: Möchten Sie SPD-Generalsekretär werden?)

Kollege Stratthaus hat viel vom Bund geredet. Er hat fast nicht vom Land geredet. Gewöhnen Sie sich doch einmal an, dass Sie für dieses Land verantwortlich sind und dass Sie über das Land reden sollten und nicht immer die Schuld bei anderen suchen sollten. Schuld ist bei Ihnen die SPD, schuld sind die Grünen, schuld sind die Roten, schuld sind die Krisen.

(Moser)

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP/
DVP – Oh-Rufe von der CDU)

– Ja, ja, warten Sie ab! Ich sage Ihnen noch etwas.

(Anhaltender demonstrativer Beifall bei der CDU
und der FDP/DVP)

– Jetzt sind Sie wenigstens aufgewacht. – Schuld ist auch
das Verfassungsgericht. Sie haben einen vergessen: Schuld
ist auch der Papst. In dem ganzen Spiel hat gerade noch ge-
fehlt, dass der auch noch schuld ist.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit des Abg. Capez-
zuto SPD – Abg. Birk CDU: Nehmen Sie erst mal
einen Schluck aus der Milchkanne!)

Jetzt sage ich Ihnen: Überlegen Sie sich einmal, was die
Umsetzung Ihrer Petersberger Beschlüsse gebracht hätte!
Die Petersberger Beschlüsse der CDU und von Finanzmi-
nister Waigel – das ist die einzige Bemerkung, die ich zum
Bund mache – hätten 30 Milliarden DM Steuerausfall ge-
bracht. Wissen Sie, was das für das Land bedeuten würde?
Sie könnten heute schon den Bankrott für dieses Land an-
melden, wenn Sie ein Loch von 30 Milliarden DM hätten.
Das könnten Sie heute anmelden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Birk CDU: Lafontaine
ist ja schon bankrott!)

Sie reden davon, dass Sie konsolidieren. Also, entschuldigen
Sie: Allmählich wird mit dem Begriff der Konsolidie-
rung eine Begriffsverluderung betrieben. Wer ununterbro-
chen mehr Schulden macht, konsolidiert nicht, sondern der
macht Schulden! Er konsolidiert nicht!

(Beifall bei der SPD – Abg. Birgit Kipfer SPD: So
ist es!)

Dies ist Ihr Problem.

(Abg. Birk CDU: Ist das eine Rede an die SPD-
Bundestagsfraktion?)

– Regen Sie sich doch ein bisschen ab!

Zweiter Punkt: Personalkostenquote.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Er will auch
Landesvorsitzender werden!)

Ich habe Verständnis dafür, dass Herr Kollege Mayer-Vor-
felder heute nicht hier ist. Wo er Recht hat, hat er nämlich
Recht: Die Personalkostenquote im Land ist zu hoch. Sie
predigen seit Jahren den Einsatz intelligenter Steuerungs-
instrumente in der Haushaltsbewirtschaftung. Wo sind sie
dann? Sie sind nicht da, Sie bringen da nichts fertig.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Führend unter
allen Ländern!)

Sie sprechen davon, dass eine Kosten-Leistungs-Rechnung
eingeführt werden sollte. Wissen Sie, was in einem Unter-
nehmen geschieht, wenn der Vorstand nach einem halben
Jahr noch keine Kosten-Leistungs-Rechnung bringt? Man
schickt den Vorstand in die Wüste. Sie sprechen seit zwei
Jahren von einer Kosten-Leistungs-Rechnung und haben
keine vorzuweisen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wie in allen
Bundesländern!)

Ich nenne beispielsweise auch noch

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Die gibt es in
keinem anderen Bundesland!)

das Landwirtschaftsministerium mit der Flurbereinigung.
Es wird ja nicht einmal mehr flurbereinigt, sondern nur
noch vermessen. Da werden nur noch die Bürgermeister
draußen geärgert, weil jede Garage und jeder Waldzipfel
nachgemessen wird.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Solange es
nur die Waldzipfel sind!)

Aber Sie sind nicht in der Lage, dort einmal finanzpolitisch
Ordnung zu schaffen und dafür zu sorgen, dass die Kosten
sinken. So ist es nun einmal.

Es ist sogar so, dass die CDU-Fraktion den Finanzminister,
der spendabel herumgelaufen ist, stoppen muss, wie ich in
der Zeitung gelesen habe, damit die so genannten Besol-
dungsbaüchle abgebaut werden. Da muss ich die CDU so-
gar in Schutz nehmen, weil sie wenigstens ein bisschen fi-
nanzpolitische Verantwortung gezeigt hat. In der Zeitung
steht: Bei den Neuen ist Sparen nicht mehr in. Es ist die
neue Politik in Baden-Württemberg, dass Sparen nicht
mehr in ist.

(Abg. Birk CDU: Hören Sie mal! – Weitere Zurufe
von der CDU)

Sie aber stellen sich hierhin und sagen: Wir konsolidieren.
Sie konsolidieren nicht, Sie machen Schulden.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zur Imagekampagne
machen.

(Abg. Birk CDU: Die Imagekampagne von Rot-
Grün, oder wie?)

Eine Zeitung hat gestern geschrieben: Diese Landesregie-
rung wird langsam größenwahnsinnig. Die Zeitung hat
Recht.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Sie haben – die FDP/DVP ist da mitverantwortlich; sie hält
ja auch immer das Schild „Sparsamer Umgang mit öffentli-
chen Mitteln“ hoch –

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

im Staatsministerium und in der Landesvertretung Bonn/
Berlin bei einer Regierungsumbildung, die für die Katz
war, zusätzlich 16 Stellen ausgehandelt.

(Zurufe – Unruhe)

Sie haben im Staatsministerium eine Kosmetikabteilung
mit einem Kosmetik-Staatsminister geschaffen, der jetzt ei-
ne Imagekampagne machen will, für die fast 10 Millio-
nen DM angesetzt sind, die aber gar nicht reichen sollen; es
wird schon über 30 und 40 Millionen DM gesprochen. Wir
sind der Meinung, dieses Geld ist hinausgeschmissen.

(Moser)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Birk CDU: Was sehen Sie in anderen Bundesländern?)

Ich sage Ihnen dazu noch etwas anderes. Ihr Verkehrsmi-
nister Müller lamentiert herum und schreibt Briefe an die
Bürgermeister, er könne dieses und jenes nicht mehr bauen;
es sei überhaupt kein Geld mehr da.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Bundesstraßen!)

Wenn Sie schon 10 Millionen DM haben, würde ich Ihnen
raten, damit lieber die Schlaglöcher, die in diesem Winter
entstanden sind, zuzumachen. Damit würden Sie die beste
Imagekampagne für Baden-Württemberg machen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Birk CDU: Populismus! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Die
Schlaglöcher machen wir schon zu!)

Wer heute durch Baden-Württemberg fährt, muss meinen:
Jedes Schlagloch ist das Startloch für ein neues Image in
diesem Land. So ist es nämlich.

Noch etwas kommt dazu; Sie haben ja jetzt auch die Poli-
zei entdeckt. Dazu muss ich aber doch eine Bemerkung
machen. Diese Woche lese ich nämlich in der Zeitung, dass
die Landesregierung nicht mehr in der Lage ist, den Poli-
zeibeamten Dienstthosen zu liefern.

(Abg. Capezzuto SPD: Unglaublich!)

Dann aber stellen Sie sich hierhin und sagen: Wir machen
ein neues Hightech-Programm.

(Abg. Birk CDU: Wir ziehen Ihnen bald die Hosen
herunter!)

Wissen Sie, was zurzeit läuft? Die Polizisten benutzen ihre
privaten Handys. Sie kaufen, beispielsweise bei der Kriminal-
polizei, schuss sichere Westen aus der eigenen Tasche,
weil sie sich mit dem schweren Gelumpe der baden-würt-
tembergischen Polizei nicht mehr bewegen können. Sie
bringen PCs von zu Hause mit. Sie aber sagen: Da machen
wir etwas. Die Polizei hat keine Hosen, und gleichzeitig
bekennen Sie sich zu den Straßen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Abg. Birk CDU:
Wenn Sie so weiterreden, stehen Sie mit abgesäg-
ten Hosen da! – Weitere Zurufe)

Eine weitere Verantwortung geht mit Ihnen nach Hause;

(Unruhe – Abg. Birk CDU: Der Hosen-Moser!)

darüber haben Sie nicht gesprochen. Warum kümmern Sie
sich, verehrter Herr Finanzminister, nicht verstärkt um ei-
nen der wichtigsten Teile, der für uns von der Finanzseite
her unerlässlich ist, nämlich um die Einnahme-, sprich Fi-
nanzverwaltung? Wir weisen im Bundesvergleich die
schlechteste Ausstattung mit Steuerfahndern auf.

(Abg. Birk CDU: Ich habe schon gedacht, mit Ho-
sen!)

Wir stellen uns schlechter, was die Steuerprüfung anbe-
langt. Die Finanzämter sind mit einer miserablen EDV aus-
gestattet.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Wir verzichten darauf, zusätzliche Einnahmen zu erzielen,
weil wir die Einnahmeverwaltung nicht pflegen. Wir blei-
ben dabei: Wir stehen – –

(Abg. Wieser CDU: Bei den Einnahmen seid ihr
stärker!)

– Ohne Einnahmen kommst du auch nicht aus, mein lieber
Freund. Du kannst, wenn du Lust hast, auch deine Konto-
nummer in „Titanic“ veröffentlichen.

(Abg. Wieser CDU: Ihr seid eine Einnahmepartei,
Herr Kollege!)

Wir stehen an Ihrer Seite, wenn Sie zum Beispiel fordern,
dass 50 % der Einnahmen, die auf Prüfungsergebnisse zu-
rückgehen, in der Staatskasse von Baden-Württemberg
bleiben sollen, damit auch dort einmal ein bisschen Wett-
bewerb unter den Ländern entsteht. Wir sind weit über den
Zahlen von Andersen, der in seinem Gutachten gesagt hat,
ein Betriebsprüfer erbringe Einnahmen von 400 000 DM.
Wir sind jetzt bei 2 Millionen DM pro Betriebsprüfer.
Noch heute werden die Luxemburg-Fälle abgearbeitet, und
man kann sich nicht mit den neuen Fällen befassen. Ich
muss Ihnen sagen: Was die Einnahmeverwaltung anbe-
langt, haben Sie ebenfalls versagt.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Zum Nachtrag möchte ich Ihnen nur so viel mit auf den
Weg geben: Eigentlich hätte ich erwartet, dass Sie in die-
sem Nachtragshaushalt auch eine politische Wende

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

angekündigt hätten. Sie haben nichts angekündigt. Sie ha-
ben die Luftbuchungen, die Mayer-Vorfelder vorgenom-
men hat, über steigende Steuereinnahmen und sinkende
Zinsen einigermaßen in den Griff bekommen. Aber ich sa-
ge Ihnen: Wir sind in der Gefahr, dass der Landeshaushalt,
wenn sich der Zinssatz um einen Prozentpunkt erhöht, mit-
telfristig mit 500 Millionen DM zusätzlich belastet wird.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Deswegen ist die Verschuldungslinie, die Sie eingeschla-
gen haben, unserer Ansicht nach falsch.

Wir hätten erwartet, dass Sie einsteigen in die Diskussion
um alternative Energien, um Arbeitsplätze für Handwerker,
um eine Verbesserung der Bildungsstruktur an unseren
Schulen.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten erwartet, dass Sie beim Straßenbau und beim
öffentlichen Personennahverkehr,

(Zurufe von der CDU)

bei der Stadtentwicklung und der Stadterneuerung mehr
tun. Das sind Investitionen, die Arbeitsplätze sichern und

(Moser)

dem Land zusätzliche Steuereinnahmen bringen. Aber das, was Sie geboten haben – abgesehen davon, dass Sie hier inzwischen eine Kosmetikabteilung aufgemacht haben –, können Sie dort belassen, wo es ist. Dieser Nachtrag ist kein Griff nach den Sternen,

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

sondern das ist langweilig. Deswegen werden wir den Nachtragshaushalt ablehnen

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Warum regen Sie sich so auf?)

und im Zuge der Beratungen unsere Alternativen offen legen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt bin ich aber erstaunt! – Zurufe von der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei einem Nachtrag, der im zweiten Jahr der Geltungsdauer eines Doppelhaushalts vorgelegt wird, müssen wir in der Diskussion hier zweierlei leisten: Wir müssen zum einen den im Doppelhaushalt insgesamt eingeschlagenen Kurs überprüfen und zum anderen die Details des Nachtrags besprechen. Auf beides möchte ich eingehen. Ich sage vorweg: Es gibt in diesem Nachtrag positive Details, und es gibt kritische Details. Auf beides werde ich zu sprechen kommen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist schon besser!)

Ich möchte zur Gesamtlage in den Haushaltsjahren 1998 und 1999 sagen: Dieser Doppelhaushalt war – darüber haben wir hier diskutiert – mit beträchtlichen Risiken aufgestellt. Diese Risiken sind durch die Steuereinnahmen, die 1998 außerordentlich waren und die dies nach der Steuerschätzung auch 1999 sein werden, und durch die Zinsentwicklung abgedeckt worden, sodass unter diesem Aspekt die Aufstellung eines riskanten Haushalts – man kann es ganz einfach sagen – gut ausgegangen ist.

Allerdings muss man hinzufügen, dass die Rede davon, dieser Haushalt sei ein Konsolidierungshaushalt, falsch ist, Herr Finanzminister und Herr Oettinger. Ich will Ihnen das im Detail nachweisen; da muss man etwas genauer hingucken und die Sonderfaktoren der Konjunktorentwicklung isolieren. Die darf man nicht für ein ewiges Gesetz halten.

Zwei Punkte stechen ins Auge, Herr Ministerpräsident. Der eine ist, dass, seit Sie in Baden-Württemberg an der Regierung sind, bei allem, was hier positiver als in anderen Ländern läuft – ich will mich auf dieses Spiel gar nicht einlassen –, die Investitionsquote sinkt. Die Investitionsquote sinkt kontinuierlich, seit Erwin Teufel dieses Land hier regiert. Ich will das an Eckpunkten aufzeigen:

1992 waren wir noch bei 13,4 % Investitionsquote, 1998 bei 9,4 %, und 1999 werden es 9,5 % sein. Aber es bleibt

auf diesem Level. Das heißt, mit dieser Politik Erwin Teufels ist eine gefährliche Politik

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

in die Finanzsituation und in unsere Haushalte eingekehrt.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

– Sehr gut, Herr Oettinger.

Der zweite Punkt, der mir wichtig ist: Wenn Sie, Herr Oettinger, genau hinschauen, stellen Sie fest, dass wir seit 1992 – je nach Konjunkturlage, aber in allen Haushaltsjahren – neue Schulden machen – bei guter Konjunktur 2 Milliarden DM neue Schulden und bei schlechter Konjunktur eher 3 Milliarden DM –, dass also die ganze Konsolidierungspolitik auf diesem Schuldenlevel überhaupt nichts bewirkt hat.

Ich will Ihnen das einmal an Zahlen verdeutlichen. Herr Oettinger, ein wichtiger Punkt ist: Ich rechne nicht nur mit den realen Ist-Schuldenständen oder mit den Zahlen in der MifriFi, sondern ich stelle mir auch die Frage, wie viel eigentlich in welchem Haushaltsjahr an zusätzlichen Mitteln aus Privatisierungserlösen eingeführt wurde, weil Sie ja zum Teil Aufgaben über die Privatisierung finanzieren – ich erinnere an die Handwerksförderung –, Aufgaben, die Sie, wenn Sie die Privatisierung nicht hätten, irgendwie aus dem Haushalt finanzieren müssten. Einen realen, ehrlichen Blick auf das, was haushaltsmäßig geschieht, gewinnen Sie, wenn Sie das Schulden-Ist und den Jahresanteil an Privatisierungserlösen addieren. Dann kommen Sie zu folgendem Bild: 1995 – schlechte Konjunktur – 3,04 Milliarden, 1996 2,9 Milliarden, 1997 3,93 Milliarden und 1998 2,3 Milliarden DM Nettoneuverschuldung. In diesem Jahr werden es 1,67 Milliarden sein, aber Privatisierungszuführung 0,674 Milliarden, und 1999 werden es 2,1 Milliarden DM sein.

Herr Teufel, ich fasse zusammen: Seit Sie an der Regierung sind, machen Sie, wenn ich die Konjunkturentwicklung im Mittel sehe, immer ca. 2,5 Milliarden DM Schulden jährlich. Dazu kann ich für meine Fraktion nur sagen: Mit diesen Zahlen ist Ihr Konsolidierungsbluff, mit dem Sie jahrelang hier versucht haben, sich in eine schöne Stimmung zu reden, geplatzt wie eine Seifenblase. Sie konsolidieren nicht, sondern Sie schaffen es seit 1992, dass wir trotz Sparpolitik auf diesem Schuldenniveau bleiben. Das ist das Fazit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Nun möchte ich zwei Punkte ansprechen, die damit zu tun haben.

Das Ganze funktioniert nur, weil Sie erheblich privatisieren. Hier an dieser Stelle, Herr Ministerpräsident, erwarte ich ein klares Wort zu der LEG-Privatisierung. Man muss schon sagen, dass Sie, Herr Oettinger, es sich auch ganz billig gemacht haben. Aber hier hat man gegen unsere Einwände gehandelt. Unser Einwand war, dass wir mit dieser Privatisierung und mit dem politischen Preis, den die L-Bank gezahlt hat, praktisch eine Zerschlagung des Infrastrukturelements LEG haben werden. Das war unser Vor-

(Kuhn)

halt. Dann kamen Sie und haben hier in diesem hohen Hause ein Versprechen nach dem anderen gegeben. Aber Sie haben Herrn Döring nachgegeben. Als Stichwort sage ich nur: Und ewig lockt das Geld. Das ist nicht nur in Erbschaftsfragen so,

(Heiterkeit)

sondern das ist bei diesem Wirtschaftsminister offensichtlich auch in der LEG-Frage der Fall.

Und jetzt sind tatsächlich bei der LEG die ganzen Versprechen nicht gehalten worden, das heißt, Sie haben die schnelle Mark gemacht und wesentliche Teile dieses für die Infrastruktur des Landes in der Gemeinde- und Stadtentwicklung wie im Wohnungsbau so elementaren Instruments leichtfertig kaputtgemacht. Auch diese Frage gehört in eine Diskussion: ob Sie konsolidieren oder ob Sie sich in einem Haushaltsjahr oder in zwei Haushaltsjahren kurz in besseres Wetter begeben, aber faktisch dem Land damit gar nicht nützen. Ich fordere Sie, Herr Teufel, auf, hier und heute an dieser Stelle klar zu sagen, wie Sie jetzt aus der Rückschau die Privatisierung der LEG bewerten, ob nicht wir mit unserer Warnung, dass dies so nicht geschehen darf, Recht gehabt haben. Das Gleiche können vielleicht die Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP hier darstellen.

Eine zweite Bemerkung, weil das eine aktuelle Diskussion ist, zur Imagekampagne. Ich will ganz klar und deutlich sagen: Wenn es um eine Imagekampagne für das Land Baden-Württemberg ginge, dann hätten wir nichts dagegen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Oettinger CDU:
Sehr gut! Prima!)

Aber es muss im Augenmaß sein, und ich verlange, dass Herr Palmer dann auch präzise mit Zahlen umgeht und nicht sagt, wir gäben 20 Millionen DM aus, Nordrhein-Westfalen gebe 40 Millionen DM aus, obwohl diese Zahlen einfach nicht stimmen. Man kann von einem Propagandaminister verlangen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Widerspruch
bei der CDU)

dass er in diesem niedrigen Zahlenbereich – –

(Zuruf des Abg. Birk CDU – Abg. Pfister FDP/
DVP: Die Grünen kurz vor dem Abgrund!)

– Was ist er denn sonst? Aber Freunde, jetzt mal ganz ruhig bei der CDU! Welche Kompetenzen hat er denn real?

(Abg. Oettinger CDU: Medienpolitik!)

Schaut doch mal hin! Was ist er denn sonst als einer, der das angeschlagene Image von Erwin Teufel aufpolieren soll? Darüber muss man doch nicht reden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Birk CDU)

Es gibt eine Maxime aus dem Marketingbereich, die heißt: „Tue Gutes und rede darüber!“

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Die ist gut und wird gut bleiben!)

Ich warne die Landesregierung davor, dass sie nur hergeht und sagt: Am Produkt, also an der Politik, verbessern wir nichts für das Land Baden-Württemberg, aber wir reden für teures Geld viel darüber, wie gut es sei.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Ich meine, dass man zuerst die Politik verbessern muss, und dann kann man Imagekampagnen für das Land machen, die dann auch tatsächlich einiges bewirken.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass in diesem Nachtragshaushalt auch einige positive Punkte enthalten sind. Ich will ausdrücklich hervorheben, dass Sie im Umweltbereich einige Verbesserungen machen, zum Beispiel bei der Klimaschutzagentur mit 3,7 Millionen DM plus, beim freiwilligen ökologischen Jahr mit 150 000 DM plus und bei den Mitteln für die lokalen Agendamaßnahmen der Gemeinden mit 1 Million DM plus. Dies findet den Beifall meiner Fraktion. Das will ich auch erwähnen.

(Abg. Haas CDU: Es hat kein Mensch geklatscht!)

– Die waren so überrascht, dass so etwas in einem Nachtrag in Baden-Württemberg drinsteht, weil wir das nicht gewohnt sind. Aber es ist so. Ihr könnt euch also darüber freuen.

(Zuruf des Abg. Herrmann CDU)

Ich will drei Punkte nennen, die wir kritisch sehen, Herr Finanzminister.

Das Erste: Ich finde – das geht auch an die Adresse der Frau Schavan –, dass nach dem, was wir in den letzten Monaten an Diskussion über die verlässliche Halbtagsgrundschule im Land hatten, eigentlich mit September dieses Jahres, mit dem Schuljahresbeginn ein Einstieg kommen müsste. Es kann doch nicht sein, dass Sie die Öffentlichkeit mit der Diskussion vergnügen und versprechen: „Ja, wir werden etwas tun.“ Dann beginnt das neue Schuljahr. Wir entscheiden heute über den entsprechenden Haushalt, nämlich den von 1999, aber Sie setzen überhaupt nichts für diesen Ausbau an. Da stellt sich doch die Frage, ob Sie es eigentlich ehrlich meinen oder ob es nur nach dem Mechanismus geht: Auch die Ankündigung beruhigt schon. Da sage ich Ihnen: Für Eltern, die keinen Halbtagsjob annehmen können, weil die Grundschule nicht verlässlich ist, ist die Ankündigung der Frau Kultusministerin überhaupt kein Trost, sondern da geht es um reale Verbesserungen. Deswegen werden wir im Finanzausschuss dazu einen Antrag stellen, wie man in diesem Jahr einsteigen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Gleiche gilt übrigens für das Thema Vertretungsreserve bei Krankheitsausfall an den Schulen. Da passiert mir immer etwas ganz Komisches: Wenn ich mit den Lehrern oder den Eltern rede, dann sagen die ganz konkret in Zahlen und Beispielen, wie viel Unterricht durch Krankheit ausfällt. Aber je höher es hinaufgeht, je näher es an die Kultusministerin geht, umso weniger wird von diesem Phänomen wahrgenommen. Da rate ich allen, einfach einmal an die Schulen zu gehen und genau hinzuschauen. Dann werden Sie sehen, dass wir hier mehr tun müssen.

(Kuhn)

Ein zweiter Bereich, Herr Ministerpräsident, bei dem ich Sie eindringlich bitte, etwas zu tun: Wir verlieren nach wie vor, Herr Oettinger, den Anschluss bei der Photovoltaik und bei den neuen Energien. Nordrhein-Westfalen hat 1998 903 Photovoltaikanlagen gefördert, das Land Baden-Württemberg 170. Da geht es ganz elementar um die Frage, ob wir bei der Produktion und bei den Dienstleistungen, die mit dieser Technik verbunden sind, ein wichtiges Land werden oder nicht.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Die Photovoltaik ist doch nicht wirtschaftlich!)

Wir sind dabei, diese Chance zu versäumen.

Jetzt gibt es Gott sei Dank – das halte ich für einen großen Erfolg der rot-grünen Bundesregierung – dieses 100 000-Dächer-Programm. Das ist das weltweit größte Programm in diesem Bereich, das je aufgelegt wurde. Die spannende Frage, Herr Teufel, ist aber die: Wie viele von diesen Anlagen gehen jetzt nach Baden-Württemberg? Sie müssen wissen, dass alle anderen Bundesländer Zusatzprogramme in diesem Bereich fahren, um möglichst viel von dieser Förderung an sich zu ziehen. Dann ist etwas Komisches passiert: Nachdem wir hier gefordert haben, schon 1999 ein Programm aufzulegen – das werden wir mit Anträgen im Ausschuss belegen –, ist Herr Döring aufgetreten, weil er bei so etwas immer nervös wird, und hat gesagt, er wolle ab dem Jahr 2000 für fünf Jahre 200 Millionen DM in diesem Bereich investieren.

Das ist übrigens eine typische Döring-Aktion: Es passiert nichts, wenn die Entwicklung losgeht, sondern in der ferneren Zukunft. Mit dieser Zahl will er Druck machen auf die Privatisierung im Energiebereich. Praktisch, Herr Döring, tun Sie aber Folgendes: Sie zerstören mit dieser Ankündigung die gerade entstehenden Firmen, die klein sind, die noch kaum Aufträge haben. Ich will es Ihnen erklären: Jeder, der jetzt überlegt, ob er eine solche Anlage in Baden-Württemberg im Rahmen des 100 000-Dächer-Programms bauen soll, wird wegen Döring sagen: Im Jahr 2000 gibt es einen Zuschuss. Also mache ich 1999 nichts. Wer, Herr Ministerpräsident, den Zustand der Firmen kennt, die da im Aufbau sind, der weiß, dass dieses Döring'sche Stop-and-Go, das Gehopse in diesem Bereich Investitionen bremst.

(Abg. Haas CDU: Der kann doch gar nicht hopsen! Er ist unsportlich!)

Ich finde, da haben Sie als Wirtschaftsminister versagt, Herr Döring, weil Sie die Struktur der Firmen gar nicht kennen, sondern nur darüber reden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Kluck FDP/DVP: Keine Ahnung!)

– Jetzt bitte keine Zwischenrufe von der FDP/DVP, sonst gehe ich auf das Thema Erbschaft näher ein.

(Oh-Rufe von der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das stört uns nicht! – Abg. Gerd Scheffold CDU: Ungeheuer haushaltsrelevant! – Abg. Haas CDU: Was wissen Sie dazu, Herr Kuhn?)

– Ganz ruhig. Ich tue es ja nicht.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen und dann zum Schluss kommen. Große Teile der globalen Minderausgabe sind im vorliegenden Nachtragshaushalt im Einzelplan 09 realisiert, also im Sozialhaushalt. Wir müssen im Finanzausschuss Maßnahme für Maßnahme genau durchschauen, ob dies so geht oder ob dies nicht geht. Da wird es ums Detail gehen, aber ich kann zwei Maßnahmen nennen, bei denen wir nicht mitmachen, bei denen ich mich auch wundern muss, Herr Ministerpräsident, dass Sie so etwas durchgehen lassen. Sie streichen zum Beispiel die Eingliederungshilfe für junge Aussiedler um immerhin 17 % – das entspricht einem Betrag von 250 000 DM –, obwohl Sie eigentlich wissen müssten, dass gerade in Gebieten, wo junge Aussiedler in größerer Zahl hingekommen sind, massive soziale Brennpunkte entstanden sind. Eine solche Streichung ist einfach aberwitzig. Wenn Sie genauer hinschauen würden, könnten Sie dies nicht akzeptieren.

Das Gleiche gilt für die berufliche Eingliederung Arbeitsloser. Hier kürzen Sie auch massiv, in diesem Fall immerhin um 5,4 % oder um 1,75 Millionen DM. Ich glaube, dass das kontraproduktive Realisierungen der globalen Minderausgabe sind. Deswegen wird meine Fraktion in diesen Bereichen nicht zustimmen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, selbstverständlich.

Zum Abschluss möchte ich sagen: Dieser Nachtrag zum Doppelhaushalt belegt und macht deutlich, dass Sie tatsächlich über die Jahre keinen wirklichen Konsolidierungskurs fahren. Konsolidierung heißt bei Ihnen, dass Sie auf dem Level von 2,5 Milliarden DM die Neuverschuldung sozusagen deckeln. Es gibt einige positive Bereiche im Nachtrag – die habe ich benannt –, aber es gibt auch Kritikpunkte, und ich freue mich auf eine konstruktive Diskussion mit den Kollegen im Finanzausschuss, weil wir in vielen Details noch Punkte zu besprechen haben.

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kiel.

Abg. Kiel FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie wichtig die Beratung des Nachtragshaushalts auch ist, seine Bedeutung und das, was wir heute hier tun, relativiert sich gemessen an dem, was auf dem Balkan geschieht, doch in ganz erheblichem Maße. Ich möchte meine Rede erst beginnen, wenn ich gesagt habe, dass wir hoffen, dass auf dem Balkan in absehbarer Zeit wieder menschliche Vernunft einzieht.

(Abg. Deuschle REP: Ja! – Abg. Rapp REP: Wer greift denn hier an?)

Das wollte ich persönlich sagen, aber auch namens meiner Fraktion, der FDP/DVP.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD und des Abg. Hauk CDU)

(Kiel)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der vorgelegte Nachtragshaushalt entspricht den Erwartungen und der fortgeschriebenen mittelfristigen Finanzplanung. Es ist also keine abgestandene Milch, sondern es wurde ganz konsequent das eingehalten, was man sich vorgenommen hat. Dies wurde möglich, weil neben konsequentem Sparen und weit blickenden Entscheidungen der Koalition weitere günstige Faktoren zusammenkamen. So hat zum Beispiel die CDU-FDP/DVP-Koalition bei den 1997 neu festgelegten Nettoneuverschuldungen im Rahmen der fortgeschriebenen mittelfristigen Finanzplanung nur einen jährlichen Zuwachs der Steuern von 3 % angenommen, entgegen den höher angesetzten bundesweiten Steuerschätzungen. Das war ganz bewusst eine Selbstbeschränkung, der wir uns unterworfen haben, die sich jetzt auch auszahlt.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Unser Vorschlag!)

Dadurch können Mindereinnahmen und notwendige Mehrausgaben durch Steuermehreinnahmen gegenüber der Schätzung ausgeglichen werden.

Erfreuliches ist auch vom vorläufigen Ergebnis des Haushaltsjahres 1998 zu berichten. Die Nettokreditaufnahme konnte – das ist schon gesagt worden – auf 1,67 Milliarden DM begrenzt werden. Es ist doch ganz interessant, bei dieser Gelegenheit, Herr Moser, auch einmal daran zu erinnern, dass das im Jahr 1995, als Sie mit in der Regierung waren,

(Abg. Moser SPD: Es ist nett, dass Sie an mich denken!)

2,78 Milliarden DM und 1996 2,7 Milliarden DM waren und dass die mittelfristige Finanzplanung nicht eingehalten wurde, als Sie mit in der Regierung waren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Was war? Völlig falsch! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Da ist doch die Konjunktur eingeknickt! – Abg. Moser SPD: Da hat die FDP/DVP immer geschrien: „Noch mehr Schulden!“ Erinnern Sie sich nicht mehr daran?)

Die eingeplante Kreditermächtigung wurde also um 660 Millionen DM unterschritten, und schließlich ist die Personalausgabenquote von 42 % auf 41,1 % heruntergefahren worden.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Und jetzt?)

Trotz dieser Erfolge der Konsolidierungspolitik – das sind Erfolge! – bleibt doch Vorsorge das Leitmotiv für den Haushalt 1999; das wird auch hier im Nachtrag praktiziert. Neben zwangsläufigen Korrekturen, die bereits angeführt wurden, sind in geringem Umfang auch wichtige zusätzliche Akzente möglich geworden. Diese Akzente möchte ich schon noch einmal aufzeigen, ohne sie zu zerrreden, weil wir meinen, dass sie dieses Bild des Nachtragshaushalts auch wirklich ausmachen: die Stellenhebungen im mittleren Dienst aufgrund des neuen Stellenobergrenzenrechts bei der Polizei und im Justizvollzug, das Technikprogramm für die Polizei, der Verzicht auf die Abschöpfungen aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer für die Feuerwehren, die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der En-

quetekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“, die Verbesserung der Fremdenverkehrsförderung, der Einstieg in das lange angemahnte Altbaumodernisierungsprogramm, der zusätzliche Ausbau der Berufsakademien und auch die Standortkampagne für Baden-Württemberg, von der Herr Kuhn – es hat mich gefreut, dass Sie das gesagt haben; das erwarten wir auch – gewünscht hat, dass sie dem Standort Baden-Württemberg auch wirklich helfen werde.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU)

Das alles sind Maßnahmen mit nachhaltiger Wirkung für die Qualität des Standorts Baden-Württemberg. Man muss das immer wieder sagen. Auch die Opposition – nicht nur Herr Kuhn – sollte dies begrüßen, abgesehen vielleicht von den üblichen oppositionellen Anmerkungen, die wir ja auch gerade gehört haben: „Warum nicht früher? Warum nicht mehr?“ Dieses Spiel kennen wir schließlich.

Zur Zukunftsvorsorge gehört das Halten der Balance zwischen den Erfordernissen zum Beispiel der Pflege des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts Baden-Württemberg, der inneren Sicherheit, der Bildungspolitik und der Jugendarbeit einerseits und den Anforderungen einer Strategie weiterer Haushaltskonsolidierung andererseits. Diese Balance zu halten verlangt, dass bei jedem Reformvorhaben, das mit zusätzlichen Ausgaben verbunden ist, von vornherein auch über die Finanzierung gesprochen wird.

Hier möchte ich einmal das aufnehmen, was Herr Kuhn angesprochen hat. Das ist meines Erachtens ein gutes Beispiel. Das Projekt der Würth Solar, die CIS-Dünnschichtsolartechnik in einer Pilotfertigungsanlage zur Marktreife zu entwickeln, ist mit erheblichen technologischen Entwicklungsrisiken verbunden, die eine öffentliche Förderung ohne jeden Zweifel rechtfertigen. Dieses Projekt lässt aber ganz andere Chancen für die Entwicklung der Photovoltaik erwarten als die Vorstellung der Grünen, das 100 000-Dächer-Programm des Bundes mit zusätzlichen Landesmitteln aufzufüttern.

(Abg. Brechtken SPD: Wir brauchen beides, Herr Kollege! Sie brauchen die neue Technik, und jetzt brauchen wir auch die Nachfrage!)

Deshalb ist es richtig, auch in Zeiten knapper Kassen die Entwicklung dieser neuen Technik mit 3,7 Millionen DM zu fördern. Falsch wäre es, ein Vielfaches dieser Mittel als Ergänzungsförderung des 100 000-Dächer-Programms aufzuwenden. Herr Döring will nicht die 100 000 Dächer oder Dächer überhaupt in Zukunft fördern, er will die Technik fördern. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, die nach wie vor niedrigen Kreditzinsen, die deutlich unter dem langjährigen Mittel liegen, entlasten den Haushalt im Augenblick beachtlich. Eine Erhöhung der Zinssätze um einen Prozentpunkt würde freilich eine Vergrößerung der Zinslast um mehr als eine halbe Milliarde Mark jährlich verursachen. Die jetzigen Chancen beinhalten daher längerfristig auch erhebliche Risiken. Auch das ist gesagt worden; auch wir sehen das so, und das sagen wir, weil es eben auch so ist.

(Kiel)

Dennoch, die jetzige finanzielle Situation ermöglicht es, die in der Koalitionsvereinbarung vorgesehene Förderung von Modernisierungsmaßnahmen an Wohngebäuden und Maßnahmen zur Energieeinsparung nunmehr gezielt aufzunehmen und in dieses Projekt einzusteigen. Insbesondere die Förderung von Wärmedämmmaßnahmen an älteren Wohngebäuden wird erheblich zur Einsparung von Energie führen. Dies ist uns Liberalen gerade jetzt deshalb außerordentlich wichtig, weil die Bundesregierung den Begriff CO₂-Minderung offenbar aus ihrem Wortschatz gestrichen hat. Die Forderung nach einem sofortigen Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Atomenergie unter Inkaufnahme eines gewaltigen Anstieges des CO₂-Ausstoßes durch vermehrten Einsatz von fossilen Brennstoffen bei der Stromerzeugung und Fernwärmeerzeugung, ohne jegliche Rücksicht auf die Umwelt, hat insbesondere bei den Grünen bekanntlich jedes vernünftige Maß an Realitätssinn vermissen lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Vom Erreichen der in Rio ursprünglich zugesagten Minderung des CO₂-Ausstoßes, von den Grünen damals als völlig unzureichend kritisiert, ist heute, wo sie an der Macht sind und sogar den Bundesumweltminister stellen, keine Rede mehr. Die Grünen, von der SPD in dieser Frage übrigens zu Recht platt gemacht,

(Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen – Lachen des Abg. Brechtken SPD)

suchen mit Herrn Trittin in ihrer Verzweiflung und in völliger Verkennung der politischen Gegebenheiten offenbar die CDU als Verbündeten für den von ihnen beabsichtigten Ausstieg aus der Atomenergie. Die Bundesregierung mutet den Bürgerinnen und Bürgern schon einiges zu.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist wahr!)

Für die FDP/DVP jedenfalls ist die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes nach wie vor von hoher Bedeutung.

(Abg. Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ebenfalls erfreulich ist, dass dringend notwendige Neubauvorhaben, vor allem bei den medizinischen Universitätskliniken, begonnen werden können.

Zu den vorgesehenen staatlichen Neubauten gehört auch der zweite Bauabschnitt der Musikhochschule Stuttgart und in Verbindung mit dieser der Bau des Hauses der Geschichte. Die Entscheidung für diesen Bau ist nach gründlicher Abwägung in beiden die Regierung tragenden Parteien getroffen worden. Ich begrüße ausdrücklich diese Entscheidung, nachdem feststeht, dass die Finanzierung im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung möglich ist. Wann, wenn nicht rechtzeitig zum 50-Jahr-Jubiläum unseres hart erkämpften und so bewährten Südweststaates im Jahre 2002, wäre ein besserer Zeitpunkt?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Brechtken SPD: Dezentrale Konzepte wären notwendig! Aber ihr wollt immer große Museen!)

Zum hundertjährigen Bestehen etwa? Nein, Geschichtsbewusstsein und die Möglichkeit, den nachkommenden Generationen den Weg zur Demokratie im geschichtsträchtigen Südwesten plastisch vor Augen zu führen, muss uns die überschaubaren Kosten für den Bau des Hauses der Geschichte wert sein. Wer ihn nicht will, wird immer Gründe für ein „Jetzt nicht“ finden. Die FDP/DVP steht zu dieser Entscheidung.

(Abg. Wintruff SPD zu Abg. Pfister FDP/DVP: Ernst, du auch? – Abg. Pfister FDP/DVP: Mit großer Überzeugung!)

So erfreulich der Nachtragshaushalt für 1999 auch ist, die Finanzierung der notwendigen Ausgaben in den Jahren 2000 und 2001 birgt bekanntlich noch erhebliche Risiken. Dennoch bin ich davon überzeugt, wir können es bei weiterhin großer Ausgabendisziplin schaffen, unser selbst gestecktes Ziel, nämlich die Einhaltung der mittelfristigen Finanzplanung, auch zu erreichen. Offen ist natürlich, ob die Bonn-Berliner Wirtschafts- und Finanzpolitik weiterhin so chaotisch abläuft wie bisher.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Davon kann man ausgehen!)

Die Bundespolitik wird auch für die Länder zu einem enormen Risikofaktor. Hoffen wir, dass im Bundesrat durch die anstehenden Landtagswahlen eindeutige Mehrheiten zustande kommen, die ermöglichen, zumindest zukünftig weitere grobe Fehlleistungen der Bundesregierung zu verhindern.

Zwei abschließende Anmerkungen: Der Nachtragshaushalt ist das Ergebnis guter, seriöser und sparsamer Haushaltsführung. Dafür sagen wir allen Beteiligten herzlichen Dank. In diesen Dank möchte ich den früheren Finanzminister Gerhard Mayer-Vorfelder und den jetzigen Finanzminister Gerhard Stratthaus ausdrücklich einschließen.

Ich bedanke mich, meine Damen und Herren, fürs Zuhören.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf den Internetseiten der Landesregierung stehen folgende Aussagen zur Finanzpolitik – ich möchte einige Beispiele anführen –:

An erster Stelle: Sparsamkeit bringt Reichtum.

An zweiter Stelle: Wir achten darauf, möglichst wenig Geld auf dem Kreditmarkt nachzufragen. Denn je weniger Kredite der Staat aufnimmt, umso günstiger sind die Zinsen und umso besser kann die Wirtschaft die für ihre Zukunftsaufgaben nötigen Investitionen finanzieren.

Drittens: Der Staat muss sämtliche Ausgaben auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen.

Viertens: Eine solide Haushaltspolitik ist der beste Beitrag des Landes zur Sicherung einer gesunden wirtschaftlichen Zukunft.

(Rapp)

Dieser Meinung, meine Damen und Herren, sind auch wir, allerdings mit dem Unterschied, dass wir versuchen, das in die Tat umzusetzen, was wir wollen, während Sie seit Jahren nur davon reden. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei den Republikanern)

Man kann allerdings nicht, wie es der Herr Finanzminister heute Morgen getan hat, alles auf die Linksradikalen in Bonn schieben. Nach Auffassung der CDU ist Rot-Grün an allem schuld, was Kohl in 16 Jahren mit verbockt hat. Man muss sich schon selbst manchmal an die Brust fassen und sagen:

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nicht an die Brust fassen! Pfui!)

Man hat auch eine erhebliche eigene Teilschuld. Das stimmt einfach. Schuld sind nicht immer nur Linksradikale von SPD und Grünen.

Tatsache ist, meine Damen und Herren: Die Landesregierung will im laufenden Haushaltsjahr das Land zusätzlich um 1,8 Milliarden DM neu verschulden, obwohl die Einnahmen um 1,4 Milliarden DM besser ausfallen, als bisher angenommen wurde. Man muss die Landesregierung angesichts dieser Tatsache schon fragen: Wie viel zusätzliches Geld muss denn in die Landeskasse kommen, bis das Land endlich einmal schuldenfrei ist?

Wir müssen einmal die Frage stellen, und die muss auch einmal jemand beantworten: Müssen es 5, 6 oder 7 Milliarden DM sein, oder wird Geld in blinder Erwartung immer schon vorher ausgegeben, bevor man überhaupt danach greifen kann? Die Landesregierung sollte sich über diese Frage einmal einig werden. Die jetzige Situation – immer höhere Steuern, immer größere Steuereinnahmen und immer mehr Schulden – darf auf Dauer nicht fortgeführt werden. Das ist aus unserer Sicht ausgeschlossen.

(Beifall bei den Republikanern)

Es gibt einfach keine günstigere Gelegenheit als die jetzige, um Landesschulden abzubauen.

Meine Damen und Herren, aus Bonn gibt es immer neue Steuererhöhungen: Erhöhung der Mineralölsteuer um 6 Pfennig pro Liter, geplante Mehrwertsteuererhöhung. Die Mehrwertsteuererhöhung wird mit Sicherheit kommen, die Frage ist nur, wann und in welcher Höhe sie kommen wird. Wenn dem Staat durch zusätzliche Steuern immer mehr Geld zufließt, ist natürlich davon auszugehen, dass weniger Geld zurückkommen kann, weil es den Privatleuten einfach fehlt. Die Einnahmensteigerung des Landes kann also auf Dauer nicht in bisheriger Weise anhalten. Wir sehen schon die Konsequenzen draußen am Markt. Denken Sie daran, was im letzten halben Jahr bezüglich der Arbeitsplatzentwicklung usw. geschehen ist.

Wir Republikaner haben einen Gesetzentwurf im Landtag eingebracht, der eine finanzpolitische Selbstverpflichtung zur Schuldenbegrenzung vorsieht.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Wir haben einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Landesregierung dauerhaft verpflichtet, nicht mehr auszugeben, als wir einnehmen.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich glaube, dass dies ein mutiger Gesetzentwurf war. Das ist aber notwendig, weil wir es der nachfolgenden Generation schuldig sind, ihr nicht nur Schulden zu hinterlassen, sondern auch Perspektiven zu geben. Daran denkt aber von Ihnen, meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, im Moment wirklich niemand.

(Beifall bei den Republikanern)

Sie blähen das Bedarfvolumen des Haushalts auf. Wenn man allein die Ansprüche sieht, die Sie in der mittelfristigen Finanzplanung anmelden – jährlicher weiterer Schuldenanstieg von 2 Milliarden DM bis 3 Milliarden DM –, hat man schon das Gefühl, die Frage stellen zu müssen, ob Sie überhaupt noch 1 Million von 1 Milliarde oder die Mark von der Million unterscheiden können oder ob man einfach einmal etwas einplant und sagt: Es ist doch mir egal, was alles passiert; nach mir die Sintflut. Nein, meine Damen und Herren, jede weitere Milliarde, die wir uns verschulden, kostet uns in Zukunft 2 Milliarden DM bis 3 Milliarden DM an Zinsen, bis man diese Milliarde von ganz oben von der Spitze wieder abgetragen und auf null hat. Davon sollte man einmal ausgehen.

Wir glauben auch, dass die Landesregierung bei der Ausgabenpolitik falsche Akzente setzt. Wir Republikaner sind der Meinung, dass wir zur Erhaltung der Infrastruktur in diesem Land endlich wieder mehr Geld in den Straßenbau investieren müssen.

(Beifall bei den Republikanern)

Das, was im Moment draußen an Straßen zur Verfügung steht, ist eine Zumutung für alle diejenigen, die Steuern bezahlen und ordentliche und sichere Verkehrswege wollen. Das geht so nicht weiter. Das kann auch nicht sein.

Es ist auch nicht zu verstehen, dass man heute in der Zeitung liest, Sozialhilfeempfänger aus dem Kosovo seien in der Lage, monatlich 300 DM Kriegssteuer für die UÇK zu bezahlen, während unseren Leuten das Geld aus der Tasche gezogen wird. Das kann nicht sein. Wenn die jeden Monat 300 DM bezahlen können, ist die Sozialhilfe um genau 300 DM zu hoch und muss für diesen Personenkreis entsprechend gekürzt werden.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Roland Schmid CDU)

Meine Damen und Herren, wir Republikaner haben bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts im letzten Jahr davor gewarnt, 470 Millionen DM bei den Personalkosten einzusparen. Sie wollten diese Mahnung nicht hören und sind praktisch in die eigene Falle getreten, die Sie sich hier gestellt haben. Natürlich hat der Bundesgesetzgeber im Wahljahr das entsprechende Gesetz nicht so geändert, wie Sie es sich vorgestellt haben. Deshalb stehen wir jetzt da und müssen 470 Millionen DM nachfinanzieren. Das war von vornherein, was die Ausgabenpolitik anbelangt, dem Bür-

(Rapp)

ger Sand in die Augen gestreut. Sie haben versucht, einen einigermaßen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Und was haben Sie gemacht? Sie haben praktisch von vornherein mit falschen Zahlen gespielt.

(Beifall bei den Republikanern)

Das haben wir Ihnen gesagt, und jetzt ist es auch so. Jetzt gilt es etwas zu tun. Wir haben im vergangenen Jahr die Landesregierung aufgefordert, Stellen abzubauen, den Stellenabbau ernst zu nehmen. Wir fordern, eine Verwaltungsebene herauszunehmen. Aber was passiert? Der Ministerpräsident sitzt noch heute auf seinen Regierungspräsidien wie die Glucke auf dem Ei. Er will sie nicht loslassen. Er will jeden Einzelnen weiter auf mehreren Ebenen beschäftigen.

(Beifall bei den Republikanern)

Im Staatsministerium selber – es ist schon darüber gesprochen worden – wurde der Apparat aufgebläht. Da hat man noch schnell einen Staatsminister zwischen den Ministerpräsidenten und den Staatssekretär gedrückt. Jetzt können sich morgens drei Leute streiten, wer die Post aufmachen darf. Aber für das Volk ist überhaupt nichts gekommen.

(Beifall bei den Republikanern – Lachen bei der CDU)

Das ärgert mich wahnsinnig. Das muss ich schon sagen. So etwas ärgert mich. Als Abfindungszahlung für die FDP/DVP kam dann noch ein Ministerialdirektor dazu, damit es auch passt, weil die unzufrieden war. Dadurch entstehen überall dauerhafte Kosten, die wir nicht mehr finanzieren können. Da sollte man sich schon einmal Gedanken machen, was man eigentlich dem Bürger noch zumuten kann, wenn man selbst überhaupt nicht bereit ist, Dinge im eigenen Bereich wahrzunehmen. Anstatt für Stellenabbau wird vonseiten des Staatsministeriums laufend für Mehrausgaben gesorgt, immer mehr, und kein Mensch weiß, wie man es in Zukunft bezahlen soll.

Meine Damen und Herren, man blickt mit Sicherheit jetzt schon auf das Wahljahr 2001. Da geht es ja darum, ein Image, das man nicht hat, mindestens insoweit aufzupolieren, dass man wählbar wird. Da hat man jetzt einmal vorsorglich 9 Millionen DM für eine Imagekampagne eingesetzt. Im Endeffekt sollen es ja 100 Millionen DM werden. Aber man muss sich schon die Frage stellen, ob die beste Imagekampagne im Prinzip nicht überhaupt der Standort selber ist. Wenn der Standort gesund ist, brauche ich keine Werbung für ein Land. Dann bekomme ich Investoren. Dann brauche ich nicht Millionen Mark auszugeben.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich glaube auch, Herr Ministerpräsident, die Bürger dieses Landes brauchen nicht Erwins PR-Show, sondern die brauchen anständige Voraussetzungen. Dann wird auch wieder investiert.

(Vereinzelt Beifall bei den Republikanern – Abg. Roland Schmid CDU: Ein bisschen mehr Applaus!)

Nächstes Thema – Sparen –: Landeszentrale für politische Bildung, typisches Beispiel. Wer den Landesrechnungshofbericht gelesen hat, weiß, in welcher massiver Art und Weise dort Geld verschwendet wird. Dann sollen sich das Parlament und die Bürger damit begnügen, dass dort mal 3,50 DM aus dem Haushalt genommen werden. Nein, ich denke, man kann ganz auf diese Einrichtung verzichten. Sie wird keinem Menschen fehlen.

Sie sparen, meine Damen und Herren, bei den kleinen Leuten und setzen im Kapitel Flüchtlingsaufnahme weitere 45,8 Millionen DM an. Die werden Ihnen nach dem, was sich derzeit abspielt, nicht reichen.

(Beifall bei den Republikanern)

Das heißt im Klartext, Sie wollen für 45,8 Millionen DM neue Asylanten in Deutschland haben – das wollen Sie – und gehen auf 374,66 Milliarden DM hoch.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Aufhören!)

– Das passt Ihnen nicht; das ist mir schon ganz klar. Es passt Ihnen nicht, wenn das jemand sagt.

Meine Damen und Herren, ich könnte einer Erhöhung in diesem Kapitel zustimmen, aber nur beim Posten Rückführung unberechtigt hier Lebender. Dort sollte man ein paar Millionen draufsatteln, damit endlich einmal die, deren Rückführung längst fällig ist, zurückgeführt werden.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Wir hören doch immer wieder in den vollmundigen Ankündigungen des Innenministers, dass er sagt: Ja, das Problem ist gelöst; die gehen alle, und wir brauchen immer weniger Mittel. Nein, mehr brauchen Sie jedes Jahr! Schauen Sie einmal, was vom Innenministerium geleistet wird. Da waren die Kurdenkrawalle Mitte Februar, als dieser Öcalan verhaftet wurde, und da hält man sich ein paar Hundert Mann beim Landesamt für Verfassungsschutz, und was macht der Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz? Er ist im Urlaub und ist nicht zu sprechen und kommt ein paar Tage später!

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist doch eine Schande für eine Landesregierung, wenn noch nicht einmal der Chef derjenigen Organisation greifbar ist, der im Prinzip diese Sache bearbeiten und beobachten muss. Da haben Sie sich doch eine Blöße in der Öffentlichkeit gegeben und sich von den randalierenden Kurden praktisch in die Ecke drücken lassen. Sie haben die Polizeibeamten aufgrund mangelnder politischer Führung mit der Verantwortung im Regen stehen lassen.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist das Traurige an der ganzen Geschichte: dass die Beamten das büßen müssen, was in der Politik verdummbetelt wird.

(Abg. Roland Schmid CDU: Könnten Sie nicht auch mal in den Urlaub gehen?)

(Rapp)

– In den Ferien, Herr Schmid, gehe ich in den Urlaub, und zwischendurch arbeiten wir mal ein bisschen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: „Ein bisschen“ stimmt bei Ihnen! Ja!)

Meine Damen und Herren, es wird natürlich immer wieder versucht, die letzten Einnahmen durch die Veräußerung von Landesvermögen zu erzielen. Jetzt soll die EnBW verhökert werden, und der Erlös soll wieder für einmalige Projekte eingestellt werden, die man sich so wünscht. Es gibt dann statt „Erwin 2“ „Erwin 3“ oder ein ähnliches Programm. Ich weiß nicht, wie dieses Programm heißen wird. Aber wir Republikaner warnen davor, sich von solchem Landesvermögen zu trennen und es in den laufenden Haushalt einzubringen. Dann versiegt es, und dann, wenn es verbraucht ist, wissen wir nicht mehr, was wir machen sollen. Wir Republikaner warnen davor, weil wir wissen, dass die LEG, seit diese Veräußerung herbeigeführt worden ist, praktisch nicht mehr funktionsfähig ist und nichts mehr bewegen kann. Deshalb wollen wir eine Änderung.

Meine Damen und Herren, wir Republikaner stellen abschließend fest: Die Landesregierung arbeitet in keinster Weise vorausschauend und zukunftsorientiert.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Landesregierung arbeitet aus unserer Sicht nur für den Augenblick und nur auf die nächste Wahl hin. Die Landesregierung schafft es nicht, ihren aktuellen Aufgaben in ausreichender Art und Weise nachzukommen. Die Landesregierung verzichtet bei ihrer Finanzpolitik auf jegliche Kontinuität. Die Landesregierung arbeitet aus unserer Sicht und nach vorliegenden Unterlagen nach der Devise „Nach mir die Sintflut“, und wir werden diese Art von Politik nicht mittragen.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

(Abg. Moser SPD: Herr Präsident, klingeln Sie mal, damit die CDU wiederkommt!)

Finanzminister Stratthaus: Meine Damen und Herren! Herr Moser, wenn so viele Leute den Saal verlassen haben, dann lag das vielleicht auch an der Debatte und an Ihrem Beitrag.

(Abg. Moser SPD: Da habe ich Sie wohl getroffen? Als ich geredet habe, waren alle da! Da war Stimmung!)

Ich bin ans Rednerpult gegangen, um auf Vorschläge und Anregungen, die gekommen sind, zu antworten, und ich muss Ihnen sagen: Es fällt mir nicht leicht; denn es ist sehr schwer, Vorschläge und Anregungen zu finden, die von Oppositionsseite gekommen sind.

Herr Moser, Ihre Rede hat gezeigt, dass Sie den Überblick verloren haben.

(Abg. Moser SPD: Passen Sie auf, was Sie sagen!)

Entweder war es eine verspätete Karnevalsrede oder eine verfrühte Rede zum 1. April. Eine ernsthafte Rede zum Nachtrag war es nicht.

(Beifall bei der CDU)

Es ist natürlich auch nicht leicht, den Nachtragshaushalt zu kritisieren – einfach deswegen, weil er ein solides Stück Arbeit ist. Ich verstehe, dass Sie es nicht ganz leicht hatten. Dass Sie den Überblick verloren haben, sieht man zum Beispiel daran, dass Sie den Herrn Minister Palmer ins Finanzministerium versetzt haben.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Er ist doch überall!)

– Er wird überall gebraucht; er ist nicht überall.

Herr Moser, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie die Besoldungserhöhungen bei der Polizei kritisiert. Wir sind da ganz anderer Meinung. Wir sind der Meinung, dass sie absolut notwendig waren. Wenn ich die Gehälter im mittleren öffentlichen Dienst sehe, habe ich kein Verständnis dafür, dass Sie das kritisieren.

(Beifall bei der CDU)

In einem Finanzamt waren Sie auch schon lange nicht mehr. Denn das, was Sie über die Finanzämter gesagt haben, stimmt einfach nicht. Zunächst einmal hat jeder Finanzbeamte für die Veranlagung seinen eigenen PC.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Moser zahlt wohl keine Steuer!)

Das will ich einmal feststellen; das ist überhaupt keine Frage. Weiterhin haben wir, was die Steuerfahndung und die Betriebsprüfung betrifft, die Stellen in den letzten Jahren ganz gewaltig aufgestockt, und wir werden das auch in Zukunft noch tun.

Was die Organisationsverbesserung bei den Finanzämtern betrifft, so geschieht auch da sehr viel. Wir sind zurzeit dabei, die Effektivität zu steigern, indem wir versuchen, aus der Ämterverwaltung eine echte Serviceverwaltung zu machen. Wir sprechen vom Kunden und nicht mehr vom Steuerpflichtigen. Ich bitte Sie, diese Arbeit anzuerkennen.

Herr Kuhn hat einiges sehr Differenziertes gesagt, das es wert ist, darauf zu antworten. Zunächst einmal zur Verschuldung. Ich gebe offen zu: Auch ich hätte gerne eine niedrigere Verschuldung. Nur kann man dieses Thema nicht losgelöst von der ganzen Situation sehen. Es ist einfach eine Tatsache, dass uns die Wiedervereinigung sehr, sehr viel Geld gekostet hat, und es ist eine Tatsache, dass wir Jahr für Jahr 6 Milliarden DM im bundesstaatlichen Finanzausgleich abliefern. Ich bitte, das einfach einmal zu sehen.

Was eigentlich noch viel schlimmer ist: Es sind keine Sparvorschläge gekommen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Haas CDU: So ist es!)

Es ist kein einziger Sparvorschlag gekommen.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

(Minister Stratthaus)

Das Einzige, was Herr Moser gebracht hat, war: Wir sollten die Steuern konsequenter eintreiben. Das ist kein Sparvorschlag. Es wurde gefordert, wir sollten die Steuern konsequenter eintreiben, wobei ich sagen muss: Sie wissen selbst, dass davon wieder 90 % in den Finanzausgleich gehen.

(Abg. Moser SPD: Aber Sie wissen, dass wir den Haushalt erst noch beraten; er wird ja heute nur eingebracht!)

– Natürlich. Da hoffe ich auch noch auf einiges.

Aber es sind keine Sparvorschläge gekommen, sondern lediglich Vorschläge für Mehrausgaben. So ist kritisiert worden, dass nicht mehr Lehrer eingestellt werden. Es ist kritisiert worden, dass wir zu wenig Steuerbeamte haben.

Herr Kuhn hat kritisiert, dass die Investitionen zurückgegangen sind. Wir haben darüber, was Investitionen sind, schon öfter diskutiert, Herr Kuhn. Denn ein großer Teil von dem, was wir Investitionen nennen, ist in Wirklichkeit langfristiger Konsum, kostet Geld und bringt keines.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Und umgekehrt!)

– Okay, darüber lässt sich sicher diskutieren. Aber ich kann nicht kritisieren, dass nicht gespart wird, und gleichzeitig fordern, dass mehr investiert wird.

Im Übrigen nimmt, wenn unsere Zahlungen in den Finanzausgleich steigen, die Investitionsquote ab – das muss man sich einmal überlegen –, weil die Basis breiter wird.

(Zuruf des Abg. Kiel FDP/DVP)

Es wurde gesagt, die Kosten-Leistungs-Rechnung hätte schon längst eingeführt werden müssen. Dazu ist einmal zu sagen, dass kein Land so weit ist wie Baden-Württemberg.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Hört, hört!)

Im Übrigen kostet auch das 650 Millionen DM.

Sie haben gegen die Kürzung der Beihilfen für die berufliche Eingliederung Arbeitsloser polemisiert und gefordert – ich glaube, das kam vonseiten der Republikaner –, dass mehr Geld in den Straßenbau gesteckt wird. Das bedeutet mehr Ausgaben.

(Abg. Käs REP: Wir machen entsprechende Sparvorschläge!)

Gleichzeitig kritisieren Sie mangelnden Sparwillen.

Ein Letztes noch, was mir aufgefallen ist. Ich habe sehr aufmerksam zugehört, wie Sie zu unserer Klage wegen des Finanzausgleiches stehen, und mir ist aufgefallen, dass nur Herr Oettinger diese Klage unterstützt. Alle anderen sind anscheinend nicht daran interessiert, dass wir unser Geld von den anderen Ländern zurückholen.

(Beifall bei der CDU - Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist nicht aussichtsreich!)

Was gekommen ist, war weder originell noch hilfreich, und ich hoffe, dass Ihre Form besser sein wird, wenn wir in die Beratungen im Finanzausschuss gehen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schlage vor, dass wir den Gesetzentwurf Drucksache 12/3858 und den Mittelfristigen Finanzplan an den Finanzausschuss überweisen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP mit der Antwort der Landesregierung – Wirtschaftsfaktor Umwelttechnologie in Baden-Württemberg – Drucksache 12/2787

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten und fünf Minuten für das Schlusswort der fragestellten Fraktion.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als wirtschaftspolitischer Sprecher meiner Fraktion werde ich diese vorgezogene Initiative einbringen. Mein Kollege Dr. Glück wird als umweltpolitischer Sprecher die Positionen unserer Fraktion darlegen.

Vorweg möchte ich darauf hinweisen, dass Umweltschutz für sich selbst ein eigenständiges, hochrangiges Ziel ist, dem sich jede verantwortungsvolle Politik nicht entziehen kann. Umweltschutz ist aber auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes von allergrößter Bedeutung. Das möchte ich als wirtschaftspolitischer Sprecher zum Ausdruck bringen. Ökologie und Ökonomie sind also nicht nur miteinander versöhnbar, sondern sie können sich auch weitgehend fördern.

Einige Angaben, die den Wirtschaftsfaktor des Umweltschutzes deutlich machen: Baden-Württemberg weist bei der Produktion von Umweltschutzgütern unter den Bundesländern mit rund einem Viertel einen überdurchschnittlich hohen Anteil auf. Es gibt hier auch überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten.

Die Beschäftigungseffekte durch den Umweltschutz in Deutschland betragen rund 1 Million Personen – Tendenz steigend.

Der globale Umweltschutzmarkt beläuft sich auf ein Volumen von etwa 800 Milliarden DM – Tendenz steigend für die nächsten acht Jahre. Man rechnet mit 1 200 Milliarden DM. Ich sage das nur, um einmal die Größenordnungen deutlich zu machen.

Bei den reinen Anbietern von Umweltschutzgütern dominieren die kleinen und mittleren Betriebsgrößenklassen. Bei den traditionell mittelständischen Strukturen in unse-

(Hofer)

rem Land liegt es deshalb auch nahe, dass wir gerade hier die größten Entwicklungspotenziale sehen.

Die Zuwächse in der Umwelttechnik werden übereinstimmend noch höher bewertet, als dies hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Fall ist.

Der Schwerpunkt der Forschung und Entwicklung in Baden-Württemberg liegt eindeutig auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien. Ich darf zwei Stichworte nennen: Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung (ZSW) in Stuttgart und Ulm, Fraunhofer-Institute auf dem Gebiet der Silizium- und Dünnschichttechnik in Freiburg. Hinzu kommen viele andere Institute.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle auch betonen, dass es wichtig und richtig war, die Solarfabrik der Würth-Gruppe letztlich eben nicht nach Bayern oder anderswohin abwandern zu lassen,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der CDU und des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

sondern bei Unterstützungsangeboten anderer mitzuhalten und damit den Standort Marbach zu sichern, um dort in deutscher Spitzenposition Solarmodule der neuesten Technik herzustellen.

Was können wir tun, damit Baden-Württemberg in der Umwelttechnologie weiter vorn bleibt? Vor allem wird es darum gehen – das scheint mir das Allerwichtigste zu sein –, weiterhin in Forschung und Entwicklung zu investieren. Baden-Württemberg ist nun einmal das forschungs- und entwicklungsintensivste Bundesland. Die besondere Qualität der Umweltforschung in Baden-Württemberg wird immer wieder bestätigt.

Deshalb unterstützen wir auch in vollem Umfang den Wirtschaftsminister in seinem Bestreben, dieses Technologie- und Transfersystem, um das uns viele beneiden, trotz aller Haushaltsrisiken und Haushaltsrestriktionen funktionsfähig zu halten und auszubauen, hier also gewissermaßen die Prioritäten zu setzen.

Wir begrüßen, dass aus den Privatisierungserlösen rund 100 Millionen DM für die Verbundforschung und damit auch für viele Umweltbereiche eingesetzt werden konnten. Natürlich wäre es gut, wenn man noch mehr solcher Programme zur Förderung des Umweltschutzes auflegen könnte. Dass wir das Geld dafür nicht einfach drucken können, dürfte bekannt sein. Sie wissen auch, dass es, nachdem Rot-Grün in Bonn regiert, nicht so leicht ist, Geld für sinnvolle Dinge aufzutreiben, sondern dass man Prioritäten zu setzen hat. Umso mehr haben wir den Wirtschaftsminister darin unterstützt, dass über den diesjährigen Nachtragshaushalt ein Einstieg in das Programm zur Altbausanierung erreicht werden konnte. Wir alle sind uns einig, dass die Altbausanierung hervorragende Möglichkeiten für das gesamte Bau- und Ausbaugewerbe bietet, vor allem für mittelständische Betriebe, und einen entscheidenden Anteil zur Verminderung des CO₂-Ausstoßes beiträgt.

Natürlich ist es ein Einstieg. Deshalb plädiere ich auch dafür, dass man dieses Programm bündelt, dass man nicht ein Programm für die Energiediagnose und ein anderes Programm für die Sanierung macht, sondern dass man das zu-

sammenfasst und nach Möglichkeit auch mit anderen Programmen, auch mit Bundesprogrammen, mit Schnittstellen vernetzt, damit eine gewisse Geldmenge zur Verfügung steht. Man könnte immer mehr gebrauchen, aber so kann man einen guten Einstieg erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Selbstverständlich ist die weitere Förderung der Außenwirtschaft wichtig, damit wir unseren mittelständischen Unternehmen auf dem Gebiet der Umwelttechnologie helfen, auch diesen weltweiten Markt, den ich vorhin in seiner Größenordnung beschrieben habe, zu erobern.

Vor allem gilt es, weiterhin mit aller Kraft Existenzgründer, vor allem im innovativen und technischen Bereich, besonders zu fördern. Dass auf diesem Gebiet schon außerordentlich viel erreicht worden ist, auch die Bereitstellung von Wagniskapital, wissen wir. Allein können wir das nicht schultern. Deshalb haben wir auch gestern darauf hingewiesen, wie schlecht es ist, wenn die Anstrengungen zur Existenzgründung durch die erst kürzlich eingeführte Regelung zur Begrenzung der Scheinselbstständigkeit geradezu konterkariert werden. Das ist konterkariierend. Ich kann nur sagen: Hier muss nachgebessert werden. Ich habe auch mit einigem Vergnügen zur Kenntnis genommen, dass Herr Kuhn darauf hingewiesen hat, dass man gerade in diesen Bereichen der Existenzgründungen in solchen technologisierten Bereichen wie auch dem Umweltschutz nachbessern sollte. Aber ich muss dann schon sagen – eine ganz kleine und bescheidene Fragestellung –: Es muss doch auch einmal möglich sein, ein Gesetz zu machen, bei dem nicht gleich nachgebessert werden muss, sondern das von vornherein einigermaßen stimmt. Darüber wäre ich schon froh. Eine Zukunftsentwicklung kann ja nicht darin bestehen, dass man sich ständig mit Fehlerbeseitigung und Schadensminderung herumschlägt, sondern man sollte schon einmal wirklich neue Chancen erreichen. Ich halte es für wichtig, dass man das tut.

Im Übrigen fällt auf, dass bei dem gesamten Thema Markt, Wirtschaftsfaktor und Umwelttechnologie kein Mensch von der Ökosteuer spricht. Sie wird in keiner Fachpublikation irgendwie in Verbindung mit der Umwelt gebracht. Das ist ganz eindeutig: Sie hat überhaupt nichts mit Umwelt zu tun. Einen deutlicheren Beweis gibt es gar nicht. Das ist nichts anderes als das Erzielen einer gewissen Menge Geldes unter einem etwas verbrämten Etikett.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wenig Öko, viel Steuer!)

Das ist so, wie wenn Sie sich in ein Auto ein Vorhängeleinmachen und dafür auf den Katalysator verzichten.

(Heiterkeit)

Das hat wirklich nichts mit Umweltschutz zu tun.

Deshalb: Wir werden uns anstrengen, die Rahmenbedingungen für die Umwelttechnologie in Baden-Württemberg zu verbessern. Aber ich bin auch der Meinung, dass uns dabei andere nicht in den Rücken fallen, sondern uns dabei unterstützen sollten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wabro.

(Abg. Brechtken SPD: Gustav, das ist die Jungferrede! – Heiterkeit – Abg. Brechtken SPD: In seiner Eigenschaft als Abgeordneter!)

Abg. Wabro CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP – Wirtschaftsfaktor Umwelttechnologie in Baden-Württemberg – gibt einen guten Überblick über Stand und Bedeutung und Schwerpunkte dieses Bereichs. Ich möchte deshalb zu Beginn meiner Ausführungen einen Dank an die Ministerien, insbesondere an das Wirtschaftsministerium, für die großartige Arbeit, die hier geleistet worden ist, richten. Ich weiß, wie schwierig sie war, weil Umwelttechnologie eben kein in sich abgegrenzter Bereich ist. Was hier geliefert wurde, verdient besonderen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Für die CDU-Fraktion, meine Damen und Herren, hat Umwelttechnologie, auch im Zusammenhang mit der Wirtschaft, schon immer einen besonderen Stellenwert gehabt. Wir haben deshalb bereits in der 11. Legislaturperiode zum gleichen Thema einen Antrag eingebracht. Die Aufnahme des Themas nunmehr durch unseren Koalitionspartner findet deshalb unsere volle Unterstützung. Das nennt man Kooperation in der Koalition, meine Damen und Herren, und das ist gut so.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Behringer CDU)

Bevor ich zu Baden-Württemberg komme, darf ich einen Blick auf die Bundesebene werfen. Wir haben eine OECD-Untersuchung aus dem Jahr 1996. Daraus ergibt sich, dass in Deutschland die öffentlichen und privaten Umweltschutzausgaben 1,7 % des Bruttosozialprodukts ausgemacht haben. Dies ist ein überaus hoher Anteil. Nur kleinere Länder wie die Niederlande, Österreich und die Schweiz geben etwas mehr aus.

Kurzfristig, meine Damen und Herren, mögen diese Ausgaben insbesondere für die exportorientierte Wirtschaft als Wettbewerbsnachteil erscheinen. Langfristig gesehen sind dies Investitionen, die auch unsere Wirtschaft stabilisieren. Nicht zuletzt deshalb haben wir, die Bundesrepublik Deutschland, im Welthandel, meine Damen und Herren, als Exporteure in den Neunzigerjahren den Titel Exportweltmeister in diesem Bereich erringen können.

Eine zweite Bemerkung zur Bundesebene: Wir haben Umweltschutzpatente in großer Zahl in Deutschland entwickeln können. Wir liegen insgesamt an zweiter Stelle nach den Vereinigten Staaten. Da fällt mir ein Wort unseres ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss ein.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Wo werden sie umgesetzt? Das ist die entscheidende Frage! Patente sind das eine, aber wo findet dann die Produktion statt?)

– Auch bei uns. Wir sind, Herr Kollege Puchta, Weltmeister im Export. Allein diese Tatsache zeigt, dass wir die Patente auf Bundesebene auch in Produktion umsetzen, aber

nicht nur auf Bundesebene, sondern natürlich auch bei uns in Baden-Württemberg. Darauf komme ich nachher noch zu sprechen.

Ich wollte Theodor Heuss zitieren, der einmal gesagt hat, Baden-Württemberg sei eine Menschenlandschaft.

(Abg. Brechtken SPD: Das gilt auch für Bayern, für Nordrhein-Westfalen, für das Saarland, für Hessen!)

Meine Damen und Herren, dieses Wort ist eines der besten, die wir über unsere Heimat finden. Wir haben keine Bodenschätze, wir haben keine Reichtümer, aber wir haben Menschen, die sich immer wieder etwas einfallen lassen,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Menschen, die den Wert der Ressource Umwelt kennen und die deshalb die Ressource Köpfchen überaus strapazieren. Deshalb diese Erfindungen auf Bundesebene und auch auf Landesebene.

Eine letzte Bemerkung zur Bundesebene: Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt eine Untersuchung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim zur wohl schwersten Rezession in der Nachkriegsgeschichte für die Jahre 1993 bis 1995. Aus dieser Untersuchung geht hervor, dass umweltschutzzinnovierte Unternehmen mehr Arbeitsplätze geschaffen haben als andere: normale Unternehmen 17,2 %, umweltschutzzinnovierte Unternehmen 24,8 %. Diese Zahlen wollte ich Ihnen vortragen, um zu zeigen, welche Bedeutung die Umwelttechnologie für unsere Wirtschaft hat.

Nun zu Baden-Württemberg, meine Damen und Herren. Wir konnten der Antwort entnehmen, dass 1994 bei der Produktion von Umweltschutzgütern unser Land eine führende Stellung in Deutschland hatte mit einem Anteil von 23,7 %, absolut gesehen 5,7 Milliarden DM. Dies ist letztlich auch das Ergebnis einer zielgerichteten Umwelt- und Technologiepolitik unseres Landes, der Landesregierung, unserer Fraktion, auch des Koalitionspartners. Das sind Ergebnisse, auf die wir stolz sein können.

Worin liegen denn die Wurzeln dieses Erfolges? Sie liegen einfach darin, dass wir in Forschung und Entwicklung im Bereich der Umwelttechnologie, wie in vielen anderen Bereichen, eine führende Position haben mit unseren neun Universitäten und 39 Fachhochschulen. Da sind die Universitäten Karlsruhe und Stuttgart, und allein die Fachhochschule Aalen in meiner Heimat hat in fünf Studienbereichen Umwelttechnik als Studienfach angeboten.

Ein Zweites: Es ist die große Aufgabe, Technologietransfer – das ist genau der Punkt, den Herr Puchta vorhin angesprochen hat – in dem Bereich, über den wir heute diskutieren, besonders zu fördern. Das geschieht. Das geschieht durch die Landesregierung, das geschieht durch die Landespolitik, das geschieht durch dieses Parlament. Die Existenzgründungen hat Herr Kollege Hofer bereits angesprochen.

Da ist der Schulterschluss mit der Wirtschaft. Der LVI hat beispielsweise eine Umwelttechnologieoffensive Baden-Württemberg gestartet und bietet für Unternehmen des

(Wabro)

Landes viele Kontakte in potenzielle Exportländer an, gerade im Bereich des Umweltschutzes. Ich darf die Kammern noch erwähnen. Die Kammern bieten nicht nur Informationen an, sondern auch Hilfen auf breiter Ebene. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Grundlage für das Arbeiten unserer Wissenschaft und Forschung, unserer Wirtschaft im Bereich von Umweltechnologie.

Ich möchte allerdings auch sagen, dass wir von der CDU-Fraktion, wenn es darum geht, neue Umweltstandards zu setzen, das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag sehen möchten und darauf achten, dass die Belastung für Bürger und Wirtschaft im Verhältnis zur tatsächlichen Verbesserung der Umweltsituation stimmt. Diesem Ziel dient auch die konsensorientierte Erarbeitung umweltpolitischer Lösungen im Land, wie sie unser Minister Müller in seinem Umweltdialog begonnen hat. Das ist der richtige Weg. Der Knüppel des Ordnungsrechts sollte die Ultima Ratio sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein ganz konkretes Beispiel für den Erfolg unserer Politik bringen.

(Abg. Brechtken SPD: Er war vorher Staatssekretär! Er muss sich erst umstellen in der Redezeit! Das muss man ihm verzeihen!)

– Ich bin gleich fertig, Herr Präsident.

Heute konnte ich in der Zeitung lesen, wie sich die Verlagerung der Knopfzellenproduktion der Firma Varta von Singapur nach Baden-Württemberg ausgewirkt hat. Der Herr Wirtschaftsminister und der Bund haben gefördert. Die Firma Varta hat verlagert und hat insgesamt 83 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

Was will ich damit sagen? Umweltechnologie ist Hochtechnologie. Umweltechnologie braucht eben die Köpfe, die in Forschung und Entwicklung bei uns zu finden sind. Deshalb die Verlagerung von Singapur nach Baden-Württemberg in diesem Bereich, weg von der Cadmiumbatterie, hin zur Knopfzellenbatterie. Das ist eine der größten Errungenschaften, die wir in diesem Bereich haben.

Herr Präsident, wenn ich meine Redezeit etwas überzogen habe, dann nur deshalb, weil mir das Thema am Herzen liegt. Wes das Herz voll ist . . .

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Wenn das jeder machen würde, Herr Kollege!)

Ich bedanke mich für die Großzügigkeit, Herr Präsident.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich werde sie auch in der Zukunft immer wieder nutzen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hausmann.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der gleichen Großzügigkeit darf ich natürlich auch rechnen.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Sie sind kein Ex-Staatssekretär!)

Vielleicht ein paar Eindrücke: Man reibt sich schier die Augen, wenn man die ca. 20-seitige Antwort des Wirtschaftsministeriums anschaut. Ich habe mir zwei Punkte herausgesucht, denen ich voll zustimmen werde, aber es ist interessant, was in der Deutlichkeit an Erkenntnissen herüberkommt:

Der Bereich Umweltechnologie ist in seiner offensichtlich dynamischen Entwicklung maßgeblich durch das Setzen anspruchsvoller umweltrechtlicher Anforderungen insbesondere an gewerbliche und industrielle technische Anlagen gefördert worden.

Prima, eine klare Erkenntnis, dass auch Umweltstandards eine Dynamik für die entsprechende Entwicklung in diesem Bereich bringen. Das können wir voll unterstreichen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, eine zweite Erkenntnis, der wir ebenfalls herzlich zustimmen, heißt – Herr Wabro hat am Beispiel im Prinzip schon etwas dazu gesagt; dann darf ich Ihnen das auch zitieren –:

Allgemein kann für Unternehmen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes . . . gezeigt werden, dass in vielen Fällen Standortverlagerungen mit Flexibilitäts- und Know-how-Verlusten einhergehen, die vermeintliche Verlagerungsvorteile häufig überkompensieren . . . dementsprechend gibt es eine empirisch belegbare Tendenz zur Rückverlagerung . . .

– Siehe Knopfzellenbatterie, Varta von Singapur nach Aalen. – Meine Damen und Herren, auch dies ist doch eine aus meiner Sicht sehr neue Erkenntnis in dieser Deutlichkeit, nachdem ich von Ihnen eher die Töne gehört habe, der Standort Deutschland sei gefährdet und Ähnliches. Sie belegen mit diesem Dokument exakt, dass der Standort nicht gefährdet ist,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So einfach ist es nicht mehr!)

sondern dass wir ganz im Gegenteil blendende Voraussetzungen haben. Dem können wir nur kräftig zustimmen.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Zweiter Teil: Als Nächstes fällt in dem Papier auf, dass es keine Zahlen gibt. Es gibt für Baden-Württemberg praktisch so gut wie kein Zahlenmaterial. Das ist zu großen Teilen natürlich der schwierigen Materie geschuldet. Wir haben im nachsorgenden Umweltbereich kein Problem, die Branchen auch zu beziffern. Wir haben aber im integrierten Umweltechnikbereich das Problem, dass er eben quer zu den klassischen Branchen liegt. Wer das Dreiliterauto oder die Brennstoffzelle entwickelt, der macht das eben in einer klassischen Branche. Deswegen gibt es Probleme, entsprechende Zahlen zu bekommen.

(Hausmann)

Aber wenn ich weiß, dass die Zahlen die Voraussetzungen für eine gezielte und gezieltere Förderung in diesem Bereich sind, dann müsste ich mir zumindest Lösungsmöglichkeiten überlegen. Daran mangelt es in der Antwort leider. Ich hoffe, dass wir da noch ein bisschen weiterkommen, Lösungsmöglichkeiten zum Beispiel in der Richtung zu finden, dass man fragt: Wo geht die Förderung derzeit hin, zum Beispiel auch im Umweltbereich? Da läuft ja einiges. Aber was passiert da tatsächlich? Was kommt da an Produkten heraus, was kommt da an Arbeitsplätzen heraus?

Dritter Teil: Ich will die Zahlen nicht wiederholen. Wir haben in diesem Bereich jede Menge Beschäftigte. Ich will nur die Größenordnung noch einmal nennen. Sie ist nicht genannt worden. Wir haben inzwischen so viele Beschäftigte im Umweltbereich wie derzeit im Straßenfahrzeugbau. Das ist also eine grandiose Größenordnung, steigende Tendenz. Das wurde auch schon genannt. Das kann ich so nur unterstützen.

Ich denke, es ist wichtig, genau anzuschauen, in welchem Bereich der Umwelttechnik die künftigen Entwicklungen stattfinden werden. Es gibt da verschiedene Prognosen. Sie gehen von 4 bis 12 % jährlicher Wachstumsentwicklung aus, je nach Institut. Aber sie differenzieren innerhalb der Umwelttechnik. Sie sagen, dass der überdurchschnittliche Zuwachs im Bereich der so genannten End-of-Pipe-Technologien, also der nachsorgenden Umwelttechnologien, eher abnehmen wird und im Bereich der produktionsorientierten Umwelttechnologie und vor allem im Bereich der produktintegrierten Umwelttechnologie – also in dem Bereich, in dem man auf die Ressourcenschonung aufpasst, und in dem Bereich, in dem man danach schaut, dass das Produkt selbst schon entsprechend umweltfreundlich ist – eher zunehmen wird.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das sind die Großen!)

Genau in den letzten beiden Bereichen, also bei der integrierten Umwelttechnik, wird es diese Entwicklung geben. Darauf müssen wir auch das Augenmerk legen, damit wir dort unsere Chancen nutzen, und zwar nicht nur im Binnenmarkt – aber vor allem auch da –, sondern auch im Exportbereich.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das sind aber die Großen!)

Vierter Punkt: Wissenschaft, Forschung, Unternehmen und Zusammenarbeit. Dazu will ich jetzt gar keine großen Ausführungen machen. Wir haben auch und gerade in Baden-Württemberg ein breit gefächertes Angebot. Aber es gibt zwei Schwachstellen. Eine Schwachstelle heißt: Die Förderung läuft nicht zielgerichtet genug, und wir haben immer noch Probleme, unsere Entwicklungen in der entsprechenden Geschwindigkeit marktfähig zu machen. Vielleicht ergibt sich etwas über die Mittelstandsenquête, die jetzt eingesetzt worden ist. Ich denke auf jeden Fall, dass das Instrumentarium erarbeitet werden muss, um das Geld, das ja offensichtlich knapp ist, gezielter mit den entsprechenden Effekten einzubringen.

Die zweite Schwachstelle – da, denke ich, gibt es großen Nachholbedarf – besteht darin, dass die Charaktere der Re-

gionen in Baden-Württemberg derzeit nicht genügend erkennbar sind. Der Innovationsbeirat der Landesregierung macht eine deutliche Ausführung dazu und sagt: Wir müssen in der Technologie- und Innovationsförderung natürlich auch die Umwelttechnik fördern – sie gehört ja dazu – und darauf achten, dass wir eine Clusterbildung hinbekommen. Das heißt auf Deutsch, dass jede Region ein eigenes Gesicht bekommen muss. Jeder weiß in der Zwischenzeit etwas von der Bioregion Heidelberg. Das ist jedem im Kopf. Wenn man dazu jemanden fragt: „Warum siedelst du dich als Unternehmer da an?“, dann lacht er nur dazu und sagt: „Das ist doch selbstverständlich. Dort sind beste Voraussetzungen in Deutschland, wahrscheinlich sogar in Europa.“ Ich denke, diesen Charakter müssen wir weiterentwickeln.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Es werden aber mehr sein!)

Die Landesregierung hat eine wichtige Aufgabe, dies entsprechend zu koordinieren. Da kommt zurzeit noch zu wenig, aber dafür gibt es entsprechende Anforderungen.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir haben in diesem Bereich ganz große Chancen für die Wirtschaft, große Chancen für die Arbeitsplätze, im Binnenmarkt, im Export. Ich denke, wir brauchen das Bündel der verschiedenen Maßnahmen, um auch im Bereich von Umwelttechnologien und damit Wirtschaft und Arbeitsplätze voranzukommen. Umweltauflagen und -standards gehören dazu, Öko-Audit-Förderung gehört dazu. Dazu gehört aber auch das 100 000-Dächer-Programm, meine Damen und Herren, und dazu gehört auch das Ökosteuerprogramm der Bundesregierung, das Energie teurer, Arbeit billiger macht. In diesem Sinne, denke ich, können wir miteinander in die richtige Richtung gehen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Hildebrandt.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es fällt angesichts der Ereignisse der letzten Nacht und möglicher weiterer Militärschläge gegen serbische Einrichtungen wirklich schwer, im parlamentarischen Alltag fortzufahren.

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Die Frage ist nur, ob uns mehr als Hoffnung bleibt. Ich sage das jetzt ganz persönlich. Ich habe zu denen gehört, die ein internationales Eingreifen für notwendig und dringend gehalten haben. Wenn der Militärschlag die Ultima Ratio ist, muss er doch Ratio bleiben. Das heißt, die politische Lösung, die vorher gefragt ist, wird auch hinterher gefragt sein. Diktator Milošević hat es in der Hand, die Beendigung der Militäreinsätze zu bringen. Aber es kann nicht sein, dass sich die NATO in eine Spirale begibt, bei der die Glaubwürdigkeit und das Prestige der NATO die erste Begründung für einen Einsatz ist und nicht die Lage der Bevölkerung im Kosovo.

(Dr. Hildebrandt)

(Abg. Deuschle REP: Richtig! Aber Ihr Außenminister, Herr Fischer, trägt das alles mit! Das ist das Problem!)

Ich hoffe, dass sie sich wirklich verbessert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dixi et salvavi animam meam.

Meine Damen und Herren, der Bericht der Ministerien ist wirklich sehr verdienstvoll. Er räumt nämlich mit einigen Legenden auf, zum Beispiel der, dass Deutschland ein ökologischer Musterknabe sei – mit dem Hinweis, dass verschiedene Urteile des Europäischen Gerichtshofes auch in Deutschland erst nach der zweiten Verurteilung überhaupt berücksichtigt wurden. Also ein Musterknabe sind wir in aller Regel nicht immer.

Er räumt auch damit auf, dass Umweltschutzkosten mit ihrer Intensität wirtschaftsschädigend seien.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Gott sei Dank!)

Er räumt weiter mit der weit verbreiteten Meinung auf, dass Ordnungsrecht innovationsfeindlich sei. Herr Wabro, Sie haben den Bericht doch gelesen. Und wenn Sie ihn gelesen haben, dann können Sie nicht mehr vom Knüppel des Ordnungsrechts sprechen. Die Durchführung eines fortgeschrittenen konsequenten Ordnungsrechts im Umweltschutzbereich ist die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Umwelttechnologie auf der ganzen Welt und fortschrittliche Wettbewerbsfähigkeit von Produktion, Produkten und Produktionsverfahren. Nur, dass das gemacht worden ist, hat überhaupt dazu geführt, dass die Bundesrepublik und mit ihr Baden-Württemberg auf diesem Gebiet führend ist und auch wirtschaftliche Erfolge mit Umwelttechnik erringen kann.

Wir wollen, dass mit der Umwelt Geld verdient wird. Oder anders gesagt, wir wollen, dass die, die Geld verdienen, das auch mit der Umwelt tun.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Oder noch besser, wir wollen die marktwirtschaftlichen Hebel einsetzen, um das zu erreichen, was nötig ist, nämlich diese immer noch ansteigende Kurve des Weltverbrauchs abzuflachen mit Ressourcen sparenden Produktionstechniken und Produkten.

Dazu braucht man dreierlei. Wir brauchen Verordnungen und Regeln, die die Grenzwerte festlegen, die Immissionsbeschränkungen vorschreiben, aber auch solche Regelungen wie das Kreislaufwirtschaftsgesetz, die wirklich dazu führen, dass Lösungen, die technisch vorhanden sind, eingesetzt werden oder neue innovative Techniken initiiert werden, die wirtschaftlich eingesetzt werden können. Wir brauchen zweitens Preise, die die ökologische Wahrheit sagen. Dazu gehört eine wirksame ökologische Steuerreform.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Wirksam! –
Abg. Hofer FDP/DVP: Da brauchen wir nicht zu streiten! Das ist nichts wert!)

Und, lieber Kollege Hofer, da müssen Sie sich schon entscheiden. Wenn Sie mit uns darüber streiten wollen, wie

wirksam eine ökologische Steuerreform auf ökologischem Gebiet ist, dann sage ich zu Ihnen: hervorragend! Wenn das Ihr Ziel ist: hervorragend! Wenn wir darüber einig sind: hervorragend! Aber dann dürfen Sie nicht bei jeder einzelnen Regelung, bei der es darum geht, aus ganz anderen Gesichtspunkten wieder dagegen sein.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Bin ich gar nicht!)

So kann man vielleicht in der Hausarbeit eines juristischen Proseminars argumentieren, nicht aber, wenn man eine überzeugende Politik vertreten will.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das gilt im Übrigen auch für das gegenseitige Auspielen von CO₂ ausstoßender Energieproduktion und Atomkraft, lieber Kollege Kiel. Es darf doch nicht wahr sein, dass die Diskussionen der letzten 30 Jahre über die Atomtechnik völlig an Ihnen vorbeigegangen sind. Das letzte Buch, das Sie darüber gelesen haben, war wahrscheinlich „Heller als tausend Sonnen“ von Robert Jungk.

Die Reduktion des CO₂-Ausstoßes kann doch nicht dadurch erreicht werden, dass Sie die Atomtechnik zu einer Wunderwaffe zur Ressourcen schonenden Produktion erklären. Ich möchte keine CO₂-Reduktion auf Kosten eines Haufens von Atommüll, sondern ich möchte eine Gesellschaft, die insgesamt schonender, besser und rücksichtsvoller mit dem umgeht, was unsere Erde für uns und die nachfolgenden Generationen bereitstellt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Fleischer CDU: Aber Sie haben keine brauchbaren Vorschläge!)

Wir brauchen drittens eine gezielte öffentliche Förderung neuer Technologien und die Förderung der Nachfrage nach ihnen. Deswegen gibt es ein 100 000-Dächer-Programm der Bundesregierung, deswegen gibt es ein Programm für dezentrale Energieproduktion, das den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung und von Ressourcen sparenden Energieformen vorschlägt. Deswegen gibt es unseren Vorschlag, das 100 000-Dächer-Programm der Bundesregierung im Land mit Anreizen zu ergänzen, damit ein Großteil dieser Fördermittel auch nach Baden-Württemberg kommt.

Was macht unser Wirtschaftsminister? Er stellt eine Förderung über 200 Millionen DM über fünf Jahre verteilt in Aussicht. Das ist wieder ein echter Döring: Wer dünn da steht, muss sich dick aufblasen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das kann zwar lustig sein und auch die Realsatire streifen, ist aber hier ausnehmend schädlich.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU)

Es ist deshalb schädlich, weil die unvermeidliche Reaktion auf solche Ankündigungen ein Auf und Ab sein wird und in diesem Fall eine Rücknahme jetzt schon bestehender Investitionspläne, ein Auf-die-lange-Bank-Schieben von jetzt schon anstehenden Entscheidungen für Investitionen in Solartechnologien. Das ist eine Politik, wie wir sie auch

(Dr. Hildebrandt)

schon im letzten Jahr hatten – vielleicht nicht mit ganz so umfangreichen Ankündigungen –, die im Endeffekt schädlich ist.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist nicht schlüssig, was Sie hier vortragen!)

Der Umweltschutz beschäftigt heute – das haben alle Vorredner schon gesagt – über 1 Million Menschen, mehr als in der gesamten Automobilindustrie tätig sind.

(Zuruf der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

Die Botschaft, den wirtschaftlichen Erfolg beim Umweltschutz und beim produktionsintegrierten Umweltschutz zu sehen, wie das heute von allen Vorrednern vorgetragen wurde, höre ich gerne.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Bitte!)

Ich fordere Sie auf, dann, wenn es um konkrete Fragen geht – 100 000-Dächer-Programm, Förderung der Solarenergie, Förderung der dezentralen Energie, Förderung der Altbausanierung, was Sie erwähnt haben und was ein Volumen von über 70 Milliarden DM ausmacht und die Auftragsbücher des baden-württembergischen Handwerks füllen würde –, Ihrem ökologischen Bekenntnis zu folgen und die entsprechenden Beschlüsse zu fassen. Wenn dies geschehen würde, wären wir schon einen Schritt weiter.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schonath.

Abg. Schonath REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP/DVP-Fraktion wollte mit dieser Großen Anfrage ihre Vorstellungen zur Umweltpolitik darstellen. Die Grundtendenz der Politik der FDP/DVP scheint darin zu bestehen, den Umweltschutz der Industrie zu überlassen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Quatsch!)

Diese Große Anfrage macht deutlich, wie ein liberaler Wirtschaftsminister freie Bahn für multinationale Konzerne schaffen

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ein Unsinn!)

und die ohnehin mageren Umweltstandards der so genannten Europäischen Union noch weiter aufweichen will.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Haben Sie das überhaupt gelesen? – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Dies verdeutlicht auch die Antwort auf diese Große Anfrage, die ohne jegliche Mitwirkung des Umweltministeriums erstellt wurde. In dieser Antwort des Wirtschaftsministeriums wird versucht, eine zweigleisige Regierungspolitik bezüglich der Umwelttechnik auf der einen und des Umweltschutzes auf der anderen Seite darzustellen, die in der Konsequenz in zwei total unterschiedliche Richtungen läuft. Obwohl der Grundsatz der Gemeinsamkeiten von produzierendem Gewerbe und Umweltschutz auch unseren Vor-

stellungen nahe kommt, müssen umwelttechnische Entwicklungen und Umweltschutz Hand in Hand laufen. Die Integration des Umweltschutzgedankens in die Produktion muss deshalb an erster Stelle stehen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Umweltschutz darf nicht zum Abfallprodukt einer Gewinnmaximierenden kapitalabhängigen Wirtschaftspolitik mutieren.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir Republikaner sehen ein gefährliches Unternehmen einer Regierungsfraktion, die einen Popanz aufbaut, der eine eigenständige Umweltpolitik konterkariert und die wirtschaftlichen Erfolge als allein selig machende Alternative zur nationalen Umweltpolitik darstellen will.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Antwort auf die Große Anfrage zeigt auch, dass ein globaler Umweltschutz zum Scheitern verurteilt ist und selbst eine europaweit einheitliche Politik zur Bewahrung unserer Heimat für spätere Generationen in dieser EU nicht funktionieren kann. Der von der FDP/DVP aufgezeigte Weg der totalen Abhängigkeit von der Umweltgüte führt zwangsläufig zu dieser End-of-Pipe-Technologie, die eigentlich Umweltprevention weitgehend erübrigen soll.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schonath, ich will auf das, was Sie gesagt haben, überhaupt nicht eingehen. Wenn Sie die Antwort der Regierung gelesen hätten,

(Abg. Schonath REP: Die habe ich gelesen!)

hätten Sie festgestellt, dass die End-of-Pipe-Technik natürlich nur der erste Schritt war, dass wir aber inzwischen bedeutend weiter sind und

(Abg. Scheuermann CDU: So ist es!)

dass unsere Exporterfolge genau deshalb so gut sind, weil wir auf diesem Weg weiter sind.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber, meine Damen und Herren, das wichtige Thema der Umwelttechnologie kann in fünf Minuten natürlich nur in einigen wenigen Punkten gestreift werden.

(Abg. Schonath REP: So ist es!)

Die Umwelttechnologie begann in der Tat mit Verboten, Limitierungen und Regelungen. Selbstverständlich braucht man das heute auch noch. Ich betone: auch. Aber die Methoden sind natürlich bedeutend differenzierter geworden.

Als sich die Umwelttechnik entwickelt hat, hat man Limits festgelegt. Man hat – Herr Hausmann, Sie haben das vor-

(Dr. Glück)

hin erwähnt – die Technik des End-of-Pipe angewandt. Das heißt, man baut eine Maschine oder man produziert etwas, wobei man einen Schornstein hat, aus dem Abgase herauskommen, und baut dort eine Filteranlage ein. Das ist sicherlich eine sinnvolle Lösung. Aber es liegt in der Natur der Sache, dass man hier nur an den Symptomen etwas verbessert und dass dies kein kausales Angehen des Problems ist.

(Abg. Wettstein SPD: Das ist wie in der Medizin!)

Aus diesem Grund sind wir heute in der Umwelttechnologie viel, viel weiter. Sie haben vorhin die produktionsintegrierte Umwelttechnologie erwähnt. Das heißt, auch bei der Herstellung eines Produkts ist darauf zu achten, dass möglichst wenig Abfall und Sonderabfall produziert wird. Dann ist natürlich der nächste, der beste Schritt die produktintegrierte Umwelttechnologie. Das heißt, man überlegt sich bereits in der Konstruktionsphase, also noch vor dem Bau, wie man eine Maschine oder einen Gegenstand hinterher, wenn er außer Betrieb gesetzt wird, so recyceln kann, dass die Rohstoffe wieder in den Kreislauf eingebracht werden. Genau darin liegen unsere Stärken. Bevor man nur das End-of-Pipe sieht, sollte man die Antwort auf die Große Anfrage schon etwas genauer lesen.

(Abg. Schonath REP: Die habe ich genau gelesen!)

Meine Damen und Herren, auf allen diesen drei Gebieten, die ich erwähnt habe, sind wir in Deutschland und ganz besonders auch in Baden-Württemberg in einer Spitzenposition. Das ist ein Exportschlager – das wurde vorhin schon erwähnt – mit großen Wachstumsraten. Erfreulich ist, dass wir nicht nur ins europäische Ausland exportieren, sondern dass wir auch in der Lage sind, in den USA einen großen Markt zu erschließen, letztlich auch als Beweis dafür, dass wir wirklich in der Technologie Spitze sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Nun zu den internationalen Großkonzernen, die wieder einmal als Hilfskonstruktion erhalten mussten. Schauen Sie das einmal genau an. 27 % der Umweltfirmen sind kleine Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten, und etwa zwei Drittel der Betriebe haben weniger als 100 Beschäftigte. Selbstverständlich sind in den Großbetrieben große Umweltabteilungen vorhanden, die notwendig sind, um Produkte umweltschonend herstellen zu können.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Herr Präsident, ich komme zum Ende und lasse einiges aus, aber lassen Sie mich am Schluss noch einen wesentlichen Gedanken anführen.

Umwelttechnologie ist teuer, und Umwelttechnologie ist kein Inselproblem. Aus diesem Grund müssen wir bei einer Welt darauf achten, dass auch andere Länder einen Mindeststandard an Umwelttechnologie haben. Auch solchen Ländern – Schwellenländer, Entwicklungsländer –, die sich unsere teure Technologie nicht leisten können, müssen wir eine Technologie anbieten, wenn auch auf einem niedrigeren Level. Aber von 0 auf 70 % in der Abwasserreinigung zu kommen kostet letztlich nicht mehr, als

von 95 auf 98 % zu kommen. Dann sind eben die 70 % sehr wichtig.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich fordere deshalb, dass diese Form der Technologie zum Exportschlager werden muss, dass sie bei Wirtschaftsreisen, Herr Minister, mit beworben wird und dass dieses Vorgehen vom Land gefördert wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal, Herr Kollege Wabro, besten Dank. Die Anerkennung für die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Haus bezüglich der Beantwortung dieser Großen Anfrage hat auch einmal gut getan. Danke schön dafür.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich möchte gern auf ein paar Punkte eingehen, die von Vorrednern angesprochen worden sind.

Herr Kollege Hausmann, ich möchte mit Ihnen beginnen. Die Clusterbildung, die der Innovationsbeirat vorgeschlagen hat, ist in manchen Teilen – Sie haben ja einen Bereich davon genannt – sinnvoll, richtig und auch über das Land hinaus bekannt. Stichwort Bioregion. Es gibt einen weiteren Bereich, in dem das auch gelungen ist. Das ist die Technologieregion Karlsruhe. Es gibt eine Region, die sich anschiebt, die Umwelttechnologieregion zu werden: Das ist die Region Heilbronn/Franken mit hervorragenden, beispielhaften kommunalen Bemühungen in der Stadt Neckarsulm, übrigens – was ich auch einmal für interessant halte, weil man immer nach Fördermitteln und -möglichkeiten ruft – voll aus dem heraus, was die Bürgerschaft dort selber macht, was die Kommune macht, was die Bürgerinnen und Bürger machen. Auch da gibt es Möglichkeiten, durch Eigeninitiativen Hervorragendes zu leisten. Es bildet sich also auch dort im Sinne dieser Clusterbildung eine Region heraus, die den Anspruch erhebt, im Bereich Umwelttechnologie eine Vorreiterfunktion einzunehmen.

Zweiter Punkt: Herr Kollege Hildebrandt hat angesprochen – kritisch natürlich –, wie der Döring mit diesem 100 000-Dächer-Programm umgeht. Ich will Ihnen sagen, dass ich es für grundfalsch halten würde, wenn wir auf dieses außerordentlich üppig ausgestaltete 100 000-Dächer-Programm der Bundesregierung, das einen Subventionswert von nahezu 40 % hat,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

noch anderthalb bis zwei Prozent seitens des Landes oben drauflegen würden. Was soll das denn? Was soll das denn?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir sagen vielmehr – und diese Werbung ist ja angelaufen –: Dieses Programm begrüßen wir, es ist auch in Ordnung,

(Minister Dr. Döring)

dass es kommt. Aber es sind enorme Subventionen, was der Einzelne erhält. Warum sollen wir denn da noch ein bisschen was oben draufträufeln? Das würde überhaupt keinen zusätzlichen Anreiz bringen.

Deswegen schlage ich eher vor, zu sagen: Das Wenige, was uns in diesem Bereich noch zur Verfügung steht, gießen wir doch nicht noch auf die oben drauf, die schon eine solch enorme Förderung haben, sondern wir führen mit diesen Mitteln wieder die Förderung der Demonstrationsvorhaben ein.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Beate Fauser
FDP/DVP: Sehr gut!)

Das halte ich deswegen für sinnvoll, weil wir mit den Demonstrationsvorhaben natürlich gerade die Kleinen und Mittleren unterstützen können, die von sich aus etwas auf den Weg gebracht haben, aber keine Darstellungsmöglichkeit haben, weil sie nichts mehr bekommen, nachdem wir die Ansätze aufgrund der Haushaltssituation herunterfahren mussten.

Deswegen kann ich nur sagen, Herr Hildebrandt: Es ist doch sinnvoller, wenn wir sagen: Gut, für das 100 000-Dächer-Programm werden viele Mittel zur Verfügung gestellt. Das freut mich, das hätte ich selber auch gern. Das machen die jetzt, das ist in Ordnung. Aber wir tun nicht noch etwas oben drauf, sondern gehen in den Bereich hinein, der für die Firmen – und es ist ja unser Ziel, die Firmen zu unterstützen – eine Demonstrationsmöglichkeit gibt, damit sich daraus das, was Sie ja immer haben wollen, nämlich die Chance, sich am Markt zu zeigen und am Markt dann durchzusetzen, ergibt. Deswegen keine Umschichtung des Wenigen da drauf, sondern eine Nutzung der Mittel zur Wiederaufnahme des Demonstrationsvorhabens.

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen:
Den Antrag haben wir auch schon gestellt!)

– Dann ist es recht, wenn wir den Antrag auch haben. Also, wir machen es schon, ohne dass euer Antrag kommt.

Der nächste Bereich, den wir haben. Das bitte ich auch mit zu sehen. Ich bin froh darüber, dass wir eine Diskussion hatten, wenn auch eine kontroverse Diskussion mit einer Reihe von ordnungspolitisch nachvollziehbaren Gründen, was die Würth-Solar-Demonstrationsfabrik angeht. Aber dass wir in diesem Zusammenhang etwas – in Deutschland und, wie ich meine, auch darüber hinaus – absolut Spitzentechnologisches auf den Weg bringen, das muss man auch einmal herausstellen dürfen und sagen können: Dies geschieht in Baden-Württemberg. Dies geschieht nicht zufällig, sondern es geschieht deswegen, weil dort 16 Millionen DM Forschungsfördermittel im ZSW drin sind. Es wäre doch wirklich hirnrissig gewesen, zu sagen: Die Forschung fördern wir, und die Realisierung geben wir in andere Bundesländer ab.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/
DVP: So ist es!)

Da hätte ich gerne einmal diejenigen gehört, die das jetzt kritisieren und sagen: Also, der kann ja nun wirklich nicht arg geschickt sein. Die würden dann sagen: Jetzt wird das

mit Landesmitteln gefördert – ein ziemlich beträchtlicher Betrag; ich habe ihn genannt –, und wenn es um die Realisierung geht und damit auch um die Sicherung von Arbeitsplätzen in eine Innovation hinein, in eine zukunftsgerichtete Investition, dann lässt er das davonlaufen. Deswegen waren wir für die Unterstützung dieser Firma in unserem Lande, auch wenn es sich bei ihr zugegebenermaßen nicht mehr ganz um einen klassischen Mittelständler handelt.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

– Sie haben ja Recht, Herr Deuschle.

Ein weiterer Punkt kommt hinzu, den ich auch zur Kenntnis zu nehmen bitte. Am Montagabend hat das Kabinett, die Landesregierung, nach Vortrag und auf Vorschlag des Wirtschaftsministeriums eine außerordentlich große Förderung beschlossen. Es geht darum, das ISE, das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme in Freiburg, mit einem Landesanteil von 35 Millionen DM zu unterstützen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg.
Hans-Michael Bender CDU: Hört, hört!)

Das ist doch ein ganz gewaltiger Brocken. Sie aber sagen, man müsste mit dem Demo-Programm mehr machen, man müsste überall etwas mit der Gießkanne herumträufeln und würde damit diese oder jene Effekte erzielen. Ich aber sage: Wenn wir jetzt das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme in Freiburg errichten können – die Hälfte zahlt der Bund, die Hälfte das Land –, wird das Land Baden-Württemberg in der gesamten Umwelttechnologie und auch in der Solartechnik und der Solarenergieforschung im Vergleich der Bundesländer absolut an der Spitze bleiben. Das war eine hervorragende Entscheidung.

Die Entscheidung, in der jetzigen Situation 35 Millionen DM in die Hand zu nehmen, zeigt doch, dass das Wirtschaftsministerium und die anderen Ministerien, also die gesamte Landesregierung, erkennen: Wir müssen im Bereich der Umwelttechnologie und der Solarenergieforschung mehr machen und legen deswegen einen gewaltigen Betrag auf den Tisch, um da einzusteigen. Ich halte die Entscheidung für hervorragend. Sie muss auch anerkannt und deutlich gemacht werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Uns macht man immer wieder einmal, speziell im Zusammenhang mit der Würth Solar – da sind ja ganz abstruse Zusammenhänge hergestellt worden –, den Vorwurf, dass da ausgerechnet ein Großer unterstützt werde. Ich darf – das wissen Sie – die Summe nicht nennen; aber Sunrise in Konstanz ist bei Gott keine große Firma. Wir haben nur gesagt: Im Zusammenhang mit einer Existenzgründung in einem innovativen Bereich gehen wir über eine Beteiligung mit hinein und zeigen damit, dass wir bei einem Kleineren die Existenzgründung unterstützen. Es geht um einen Millionenbetrag; den genauen Betrag kennen Sie vielleicht aus dem Ausschuss.

Auch das zeigt wiederum, dass es falsch ist, wenn man der Landesregierung vorwirft, wir würden im Umwelttechnolo-

(Minister Dr. Döring)

giebereich nachhinken, nicht genügend tun und nur einseitig vorgehen. Sunrise ist ein Beispiel dafür, wie kleinere Unternehmen unterstützt werden, um eine Existenzgründung vornehmen und dann auch in den Markt eintreten zu können. Ich halte die Unterstützung für richtig und bin froh, dass wir sie gemacht haben.

Ein weiterer Punkt, den Sie zur Kenntnis nehmen sollten, betrifft die Verbundprojekte. Dankenswerterweise hat Herr Kollege Hofer das Verbundforschungsprogramm angesprochen. Ich will Ihnen dazu einmal Zahlen nennen. Wir haben in den zurückliegenden Jahren aus Privatisierungserlösen 37 Verbundprojekte mit über 250 Firmenbeteiligungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes gefördert. Das Gesamtvolumen belief sich dabei auf eine Größenordnung von 20 Millionen DM, zu denen die Unternehmen Eigenleistungen in Höhe von näherungsweise 30 Millionen DM erbracht haben.

Wir haben das Verbundforschungsprogramm bewusst in den Bereich der Umweltforschung und der Umwelttechnologien gelegt, weil wir uns davon positive Effekte für die Firmen versprechen, um ihnen eine Chance hier auf dem Markt zu geben und um auch in diesem Bereich Arbeitsplätze zu erhalten.

Themenbereiche waren zum Beispiel Recyclingtechniken, neue Beschichtungssysteme für Holz, neue Schmiersysteme bei der Metallbearbeitung und lösemittelfreie Verfahren bei Reinigungsprozessen – alles Arbeitsfelder, die unmittelbar dem Schutz der Umwelt zugute kommen. Wir werden auf diesem Weg fortfahren.

Was sollte denn vorhin der Vorwurf vom Finanzstaatssekretär in spe a. D. Kuhn an mich, ich würde etwas ankündigen und dann vielleicht irgendwann damit kommen? Ihr 100 000-Dächer-Programm haben Sie zwei Jahre lang in einem Bundestagswahlkampf angekündigt. Ist jemand auf die Idee gekommen, Ihnen jetzt vorzuwerfen, dass Sie damit die Technik außer Landes getrieben haben?

(Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist doch sinnvoll, notwendig und seriöser, Herr Hildebrandt, als das, was Sie in der letzten Woche gemacht haben. Sie haben mit einem Antrag munter ein paar Millionen gefordert, obwohl jeder weiß, dass im Nachtragshaushalt für 1999 überhaupt keine Chance der Realisierung besteht. Sie haben nur Hoffnungen geweckt, die nicht erfüllt werden können. Das halte ich für noch viel schlechter, als zu sagen: Wir wollen ein konkretes Programm auf den Weg bringen, das auch auf einer verlässlichen Grundlage steht, und mit diesem Programm dafür Sorge tragen, dass die Umwelttechnologie in Baden-Württemberg Spitze bleibt und wir im Vergleich der Bundesländer die Nummer 1 bleiben können.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Die Behandlung der Großen Anfrage ist durch die Aussprache im Plenum abgeschlossen. Punkt 2 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Sprachgetrennter Unterricht an Grund- und Hauptschulen – Drucksache 12/2895

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir halten den hohen Anteil ausländischer Kinder in manchen Klassen für ein immer größeres Problem. „Wenn Lehrer an Schulen deshalb den Unterrichtsstoff vier- oder fünfmal wiederholen müssen, bis es auch der Letzte verstanden hat, dann sinkt das Niveau des Unterrichts.“

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Dies, meine Damen und Herren, ist ein Zitat der Vorsitzenden der Sprach- und Hausaufgabenhilfelehrer – –

(Abg. Dr. Caroli SPD: Falsches Manuskript!)

– Nein, ich will nur den Namen der Initiative nicht falsch nennen, der Frau Heiderose Heussler-Wolf vorsteht. Sie ist Vorsitzende des Bundes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter baden-württembergischer Initiativgruppen in der Ausländerarbeit, abgekürzt BIA. Ich kann nur sagen: Frau Heussler-Wolf hat absolut Recht.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Vor diesem Hintergrund ist der Antrag, den wir heute beraten und der eine Forderung enthält, aktueller denn je.

Zum Antrag selbst. Wir haben ihn im Mai 1998 eingebracht. Er sollte damals für dringlich erklärt werden. Dies ist nicht geschehen. Er steht heute auf der Tagesordnung, weil wir wieder vor einem neuen Schuljahr, nämlich dem Schuljahr 1999/2000, stehen. Deshalb muss die im Antragstext aufgeführte Jahreszahl „1998/99“ durch „1999/2000“ ersetzt werden. Die Forderung kann nämlich frühestens zum Schuljahr 1999/2000 umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, ich weiß sehr wohl, dass wir in Baden-Württemberg sehr viel für die Sprachförderung von Kindern, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, tun. Das ist in Ordnung. Es gibt Förderklassen, es gibt Förderkurse, es gibt Vorbereitungsklassen. Das ist alles in Ordnung und sehr gut gemeint.

Doch das, meine Damen und Herren, was unter dem Strich herauskommt, hat die Dame, die ich vorhin zitiert habe, sehr deutlich erkannt. Nicht nur sie, sondern auch namhafte Schulpolitiker und Lehrer haben dies erkannt.

Vor diesem Hintergrund muss man doch nach besseren Lösungen, als sie derzeit bestehen, suchen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

(König)

Wir sehen in unserem Antrag eine wesentlich bessere Lösung, eine Lösung, die im Hinblick auf den Einsatz von Personal und finanziellen Mitteln viel effektiver ist.

Meine Damen und Herren, was bringt es uns, Kinder, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, möglichst schnell, sozusagen im Crashverfahren, in Regelklassen zu überführen, wenn sie ein paar Brocken Deutsch können, sage ich einmal salopp, in den Regelklassen aber über ihre gesamte weitere Schullaufbahn einem Fachunterricht nicht folgen können?

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Noch ein Punkt, den man langsam, aber sicher berücksichtigen muss, ist, dass dort, wo viele Kinder, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, in einer Klasse sitzen, die Deutsch sprechenden Kinder anfangen, auch gebrochen Deutsch zu sprechen.

(Unruhe – Abg. Seimetz CDU: Ach was! – Weitere Zurufe von der CDU – Abg. Deuschle REP: Lassen Sie ihn doch ausreden! – Abg. Dr. Caroli SPD: Rede nix gut!)

Meine Damen und Herren, nicht nur auf dem Schulhof, sondern auch in den Klassenzimmern hat in einzelnen Klassen mit wirklich überhöhtem Anteil von Ausländer- und Aussiedlerkindern, also Kindern, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, inzwischen der Kauderwelsch die deutsche Unterrichtssprache bereits ersetzt.

(Beifall bei den Republikanern – Zurufe der Abg. Dr. Caroli SPD und Walter Bündnis 90/Die Grünen)

So ist es, meine Damen und Herren.

(Anhaltende Unruhe – Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, könnten Sie einmal für Ruhe sorgen! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Meine Damen und Herren, wenn die Lehrer,

(Anhaltende große Unruhe – Abg. Deuschle REP: Die reden alle mit!)

weil eben viele Schüler nicht mehr folgen können, das Tempo drosseln müssen, können sie ihren Bildungsauftrag im Endeffekt nicht mehr erfüllen.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist in einzelnen Klassen – –

(Abg. Seimetz CDU: Das stimmt doch nicht!)

– Herr Kollege Seimetz, es ist doch unbestritten, dass sowohl die Betriebe als auch die Berufsschulen, als auch die Universitäten und Hochschulen über die mangelnden Deutschkenntnisse der Schulabgänger klagen.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Das ist doch so. Es ist doch niemandem gedient, wenn in jeder Klasse der Langsamste das Tempo bestimmt.

(Abg. Seimetz CDU: Darüber klagen die Universitäten, und da stimmt es mit Sicherheit nicht! – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

– Herr Kollege Seimetz, die Bildungschancen eines jeden, nämlich des Deutsch sprechenden Schülers, aber auch des Schülers, der die deutsche Sprache nicht richtig beherrscht, werden dadurch doch geschmälert. Letztlich werden dadurch auch die Zukunftschancen geschmälert.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich halte es für das wesentlich bessere Konzept, zu sagen: Wir fassen diese Schüler in Klassen zusammen, die schwerpunktmäßig über sechs, sieben, acht Jahre bis zum Schulabschluss Deutsch haben,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wer zahlt denn das eigentlich?)

auch in den Fachstunden. Die lernen dann Deutsch und können auch am Ende 100-prozentig Deutsch. Sie sind dann integrationsfähig, aber so sind sie es eben nicht.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Seimetz CDU: Es gibt genug Förderklassen!)

Wenn einer nicht Deutsch kann, kann er nicht integriert werden, weil er sich ewig abseits stehend fühlt.

(Abg. Seimetz CDU: Es gibt ausreichend Fördermaßnahmen!)

– Es gibt ausreichend Fördermaßnahmen, die unter dem Strich aber kein Ergebnis, sondern nur Kauderwelsch bringen.

(Abg. Schmiedel SPD: Was für Welsch? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich verstehe Sie gar nicht!)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie – ich habe hinreichend begründet, warum –, einer solcher Regelung zuzustimmen, nämlich nicht unter der Prämisse, möglichst rasch deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben, um dann nach einem halben Jahr, einem Dreivierteljahr oder spätestens nach einem Jahr in die Regelklasse überzuwechseln, für kurze Zeit Förderklassen zu bilden, sondern diese kontinuierlich über längere Zeit als so genannte Sprachregelklassen durchzuführen.

Ich sage es noch einmal: Es bringt beiden etwas. Es ist keine Diskriminierung ausländischer Schüler, sondern es bringt beiden sehr viel mehr.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Schmiedel SPD: Es langt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Unerträglich!)

Unter diesem Gesichtspunkt sollten Sie einmal darüber nachdenken, ob dieser Weg nicht ein besseres Ergebnis zum Ziel hat.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Danke.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Schmiedel SPD: Mit Sicherheit nicht!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Seimetz.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Wir könnten eigentlich jetzt schon abstimmen!)

Abg. Seimetz CDU: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Das Thema dieses Antrags lohnt kaum den Weg zum Rednerpult.

(Beifall bei der CDU, der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP/DVP – Sehr gut! bei der CDU – Widerspruch bei den Republikanern)

Würde dieser Punkt heute nicht behandelt, entstünde eine Lücke, die ihn völlig ersetzen würde.

(Abg. Deuschle REP: Ach, Herr Seimetz!)

Lieber Herr Kollege König, dieser Antrag offenbart Motive, die uns hinlänglich bekannt sind. Man merkt die Absicht und ist verstimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wilhelm REP)

Zur Sache nur so viel: Wir wollen in unseren Schulen keine Separierung und keine Gettoisierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir wollen Integration, wir wollen ein friedliches Miteinander aller. Dazu leisten unsere Kolleginnen und Kollegen unglaublich viel.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Auch die über 50!)

Wir sollten die Arbeit der Kollegien und der Schulen nicht durch solche Anträge in Misskredit bringen. Aus, Ende, Amen, Punkt.

(Beifall bei der CDU, der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP/DVP – Zurufe)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bregenzer.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Seimetz, es kommt ja nicht sehr oft vor, dass sich Oppositionspolitiker einer Regierungsfraktion anschließen können. Ich kann das hier nahtlos ohne irgendein Wenn und Aber.

(Abg. Pfisterer CDU: Das begrüßen wir und danken dafür! – Weitere Zurufe)

Was Herr König da geboten hat, war ein Ausdruck von mangelnder Qualität seiner eigenen Bildung. Diese kann er nun wirklich keinem einzigen Ausländer unterschieben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Bravo!)

Es war und ist beschämend, was Herr König hier gesagt hat, und wir können eigentlich alle das nur weit von uns weisen.

(Abg. Rapp REP: Ihre Rede ist beschämend!)

Ich will auch noch einmal, weil mir das wichtig ist, die großartige Leistung der Lehrerinnen und Lehrer hervorheben, die für die Integration von Aussiedlern und ausländischen Kindern in den Schulen erbracht wird.

(Beifall der Abg. Ursula Kuri CDU)

Es gilt, die Arbeit, die diese Lehrerinnen und Lehrer leisten, zu unterstützen, ausländische Kinder in unsere Mitte zu nehmen. Das, was wir alle gemeinsam wollen, ist Integration. Das, was die Republikaner wollen, ist zusammenfassen und abschieben, und das lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Ursula Haußmann SPD: Bravo!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

(Abg. Käs REP: Raus mit uns Deutschen!)

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann mich nahtlos den Ausführungen meines Vorredners, Herrn Seimetz, und meiner Vorrednerin, Frau Bregenzer, anschließen.

Die Kultusministerin hat auf die penetrant immer wieder vorgebrachten Anträge der Republikaner, separate Klassen für ausländische Kinder zu bilden, die einzig richtige Antwort gegeben:

(Abg. Rapp REP: Haben Sie etwas gegen ausländische Kinder?)

Sie verweist auf die rechtlichen Grundlagen, dass grundsätzlich gemischte Klassen mit ausländischen Kindern gebildet werden, dass eine sprachliche Förderung stattfindet, und sie hat auch das Ziel hervorgehoben, dass durch interkulturelle Erziehung und Bildung an den Schulen unseres Landes

(Abg. Käs REP: Kulturmischmasch!)

von allen Kindern das friedliche Zusammenleben eingeübt und erlernt wird.

(Abg. Deuschle REP: Was ist mit der Leistung, Frau Kollegin?)

Es zieht sich doch, Herr Kollege König, wie ein roter Faden durch alle Ihre schulpolitischen Anträge in diesem Haus,

(Abg. Rapp REP: Nicht alles, was über Ihrem Niveau ist, ist schlecht!)

dass Sie die soziale Integration von ausländischen Kindern um jeden Preis verhindern wollen. Mit Ihrem heutigen Antrag haben Sie deutlich bewiesen, dass Sie sich mit Ihrem Ziel, ausländische Kinder auszugrenzen, außerhalb des

(Renate Rastätter)

Konsenses der demokratischen Parteien in diesem Haus stellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Deuschle REP: Sie kriegen doch eine schlaflose Nacht von Ihrer Rede!)

Ich sage ganz deutlich, Herr König: Mit Ihrer scheinheiligen Begründung, es gehe Ihnen darum, sowohl deutschsprachige Kinder als auch ausländische Kinder besser zu fördern, zeigen Sie nur, dass Sie ein taktisches Manöver vollziehen und dass Sie hier als Wolf im Schafspelz auftreten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Rapp REP: Sie sind ein Schaf im Wolfspelz!)

Die Schule ist in unserem Land der einzige Ort, an dem Kinder unterschiedlicher Herkunft, aus unterschiedlichen Kulturen, aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen, mit unterschiedlichen Religionen für längere Zeit als Lernende zusammenkommen,

(Abg. Eigenthaler REP: Müssen!)

ihre Verschiedenheit erfahren können und dabei lernen können, friedlich und achtungsvoll miteinander umzugehen. Deshalb dürfen Kinder gerade an den Schulen nicht voneinander getrennt werden.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir haben mit dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht in der Bundesrepublik die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir mehr Integration anbieten können. Jetzt ist es an uns, durch eine bessere sprachliche Förderung von deutschen und ausländischen Kindern dafür zu sorgen, dass alle Kinder hier in unserem Land eine gute Perspektive und Zukunft haben.

Ich bedanke mich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich lohnt es sich wirklich nicht, hier ans Pult zu kommen. Da hat Herr Kollege Seimetz Recht. Aber, Herr Abg. König, dieser Antrag ist Symptom einer rezidivierenden, das heißt immer wieder aufbrechenden Krankheit Ihrer Fraktion.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. König REP: Und wie heißt die Diagnose?)

Ihr Beitrag hat ferner gezeigt, dass auch Menschen mit deutscher Muttersprache dieser offensichtlich nicht immer gewachsen sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Schüler Defizite in der deutschen Sprache haben, ist das in der Tat ein Problem im Unterricht.

(Abg. Deuschle REP: Sie lesen bloß vor! Sie können nicht einmal frei reden!)

Die von Ihnen vorgeschlagene Lösung ist allerdings in höchstem Maße kontraproduktiv. Das heißt, sie dient nicht der Erreichung des Ziels, das man haben sollte.

Für die notwendige Integration sind andere Vorgehensweisen notwendig. Diese werden in unseren Schulen nach Bedarf eingesetzt.

(Abg. Deuschle REP: Welche?)

An der Weiterentwicklung arbeiten wir – da wo es nötig ist – zusammen mit dem Kultusministerium. Ihre Nachhilfe haben wir dafür nicht nötig.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. König.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Abg. König REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! An der Aufgeregtheit der Redner der einzelnen Fraktionen erkenne ich, dass wir in der Tat wieder ein Tabuthema aufgegriffen haben,

(Beifall bei den Republikanern – Oh-Rufe von der SPD)

das hier unisono von den so genannten demokratischen Fraktionen unter den Teppich gekehrt werden soll.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, ich frage Sie schlicht und einfach: Worauf führen Sie zurück, dass immer mehr Eltern in so genannten Brennpunktschulbezirken versuchen, den Schulbezirk zu wechseln

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

und ihre Kinder auf Schulen in etwas unbelasteteren Gebieten oder auf Privatschulen zu schicken?

(Abg. Rapp REP: Genau das ist der Punkt!)

Das sind nicht nur die Eltern von Kindern deutscher Herkunft, sondern das sind auch Eltern von Kindern ausländischer Herkunft, die sehr gut deutsch sprechen

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Schmiedel SPD: Aufhören!)

und die, weil in vielen Klassen zu viele Kinder sitzen, die der deutschen Sprache nicht voll mächtig sind, eine Benachteiligung ihrer Kinder sehen.

(Abg. Seimetz CDU: Das hat andere Gründe!)

Das ist so. Das kann man nicht wegdiskutieren.

(Beifall bei den Republikanern)

(König)

Es muss doch erlaubt sein, sich Gedanken zu machen, wie man diesem Übel abhelfen kann,

(Abg. Capezzuto SPD: „Übel“!)

wie man die Situation verbessern kann.

(Abg. Capezzuto SPD: Herr Seimetz hat es doch gesagt! Es gibt doch Fördermaßnahmen! Vorbereitungsklassen und Fördermaßnahmen gibt es! Was soll man denn noch machen? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Präsident, das ist unerträglich! – Abg. Wieser CDU: Dann sagen Sie doch einmal, wie Sie es machen wollen, Herr Kollege!)

– Ich habe es doch gerade gesagt.

Wir sollten alle Förderklassen und Vorbereitungsklassen, die wir haben, zu Regelsprachklassen ausweiten, in denen die Kinder drei, vier, fünf Jahre sind, bis sie Deutsch können. Damit meine ich, dass sie nicht nur ein paar Worte deutsch sprechen können müssen. Sie müssen deutsch schreiben können, und sie müssen auch Deutsch verstehen. Das ist doch der Punkt.

(Zurufe von der SPD – Abg. Walter Bündnis 90/
Die Grünen: Deutschnational ist das Wichtigste!)

Deswegen muss ich sogar weiter gehen und sagen: Beim Überwechseln von der so genannten Regelsprachklasse in eine Regelklasse muss eine Sprachprüfung erfolgen, damit es ein einigermaßen gleichmäßiges Niveau gibt, um das vergleichen zu können.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Caroli SPD: Eine Schande für das Parlament ist Ihre Rede!)

Meine Damen und Herren, noch ein letzter Punkt: Wer gibt denn den Unterricht in den Vorbereitungs- und Förderklassen? Wer macht denn das? Das macht ein Lehrer, der irgendwo abgeschoben worden ist, oder es macht ein Hilfslehrer, der von außen geholt worden ist.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

So sieht es doch aus. Kein Lehrer wird sich an seiner Qualifikation etwas anhängen lassen, wenn er zwei Jahre braucht, bis ein Schüler Deutsch kann. Er schickt ihn so schnell wie möglich, nämlich nach sechs Monaten, in die Regelklasse, um besser dazustehen. Das behaupte ich hier. Wenn Herr Kollege Oettinger hier behaupten kann, dass Lehrer über 50 „faule Hunde“ seien, dann behaupte ich, dass kein Lehrer einen Förderschüler länger behält, als er muss.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Schmiedel SPD: Was verstehen Sie unter Deutschkenntnis?)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Köberle.

Staatssekretär Köberle: Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Angesichts dieser fraktionsübergreifenden Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Republikaner genügen drei Anmerkungen namens der Landesregierung.

Erste Anmerkung: Die Schule von heute hat nicht nur einen Auftrag, nämlich den Auftrag der Wissensvermittlung,

(Abg. Deuschle REP: Aha! – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Haben Sie das noch nicht gewusst? Das sagt aber alles da hinten! – Abg. Wieser CDU: Er spricht uns aus der Seele, der Staatssekretär!)

sondern mehr denn je sind neben Fachkompetenz auch Handlungskompetenz und vor allem soziale Kompetenz gefordert. Soziale Kompetenz fördern wir aber nicht durch Aussonderung und nicht durch Trennung, sondern durch eine möglichst frühe Integration.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Zeller SPD)

Zweite Anmerkung: Es ist absolut richtig, dass die Kenntnis der deutschen Sprache ein Schlüssel zur Integration ist.

(Abg. König REP: Ja also!)

Deshalb gehen wir, denke ich, einen ausgewogenen Weg. Wir finden die richtige Balance zwischen einer effektiven Sprachförderung und einer raschen Integration in den Regelunterricht. Es wird ja überall anerkannt, was in Vorbereitungskursen und was in der Hausaufgabenhilfe getan wird. Das ist die eine Seite: eine effektive sprachliche Förderung. Auf der anderen Seite steht aber eine schnelle Integration in den Regelunterricht.

Meine Damen, meine Herren, wir – zumindest die Seite, die hier im Parlament beginnt und bis hier herüber reicht –

(Abg. König REP: Soll ich mich dort hinüber setzen? – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Na, na, na!)

wollen ein Miteinander, und zwar ein friedliches Miteinander, das von gegenseitiger Achtung geprägt ist, ein friedliches Miteinander von ausländischer und einheimischer Bevölkerung.

(Beifall bei der CDU, der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der FDP/DVP – Abg. Deuschle REP meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Abg. Dr. Caroli SPD: Der Deuschle will auch etwas fragen! – Glocke des Präsidenten)

Dazu werden in der Schule ganz wichtige – –

Präsident Straub: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Deuschle? – Bitte schön, Herr Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Staatssekretär, ich gehe doch davon aus, dass Ihnen die TIMSS-Studie bekannt ist, nach der hier massiv Kritik geübt worden ist und nach der die deutschen Schüler nur noch im internationalen Mittelfeld liegen.

(Abg. Haas CDU: Hör auf! – Abg. Schmiedel SPD: Was ist denn das für eine Frage? Ich würde einmal eine Frage formulieren!)

Halten Sie es nicht für notwendig, dass eine Hochtechnologie

(Deuschle)

(Abg. Capezzuto SPD: Sind jetzt die Ausländer schuld? So ein Schmarrn!)

eine hervorragende Schulbildung ermöglichen muss?

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Capezzuto SPD: Daran sind doch nicht die Ausländer schuld! So könnte es jeder sagen! Das ist ja unglaublich! Da hört es ja jetzt auf!)

– Nein, natürlich nicht! Das sagt doch auch niemand.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dumpfe Demagogie! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Staatssekretär Köberle: Jetzt einmal langsam.

(Anhaltende Unruhe)

Ich glaube, es lohnt sich gar nicht, sich da so aufzuregen. Ich denke, alle, die hier sitzen, kennen die TIMSS-Studie. Sie wissen, worum es dabei geht.

Aber nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, dass viele ausländische Schüler oder andere Schüler, die sprachliche Schwierigkeiten haben, gerade auf den Feldern, um die es in der TIMSS-Studie unter anderem auch geht, Leistungsträger sind. Aber Sie machen ja eine ganz andere Sortierung. Es geht Ihnen nicht um Schüler, die Nachhilfebedürfnis haben, und solche, die sprachlich begabt sind, sondern Sie sortieren immer in Inländer und Ausländer. Das halte ich für ein großes Problem.

(Beifall bei der CDU, der SPD, beim Bündnis 90/ Die Grünen und bei der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Genau das ist die Schablone! Sehr gut, Herr Staatssekretär! Der ist gut, der Staatssekretär!)

Ich wollte vorhin eigentlich einen letzten Satz sagen: Meine Damen und Herren, die Schulen leisten einen ganz wertvollen Beitrag zur Integration in unsere Gesellschaft. Deshalb kann man den Antrag der Fraktion Die Republikaner nur ablehnen – so, wie es hier alle tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD, beim Bündnis 90/ Die Grünen und bei der FDP/DVP – Abg. Deuschle REP: Sie müssen den Antrag lesen!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich gehe davon aus, dass der Antrag an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport überwiesen werden soll.

(Abg. König REP: Nein, abstimmen, Herr Präsident! Es geht um einen Beschlussantrag! Ich beantrage, hier jetzt abzustimmen! – Abg. Schmiedel SPD: Nein, den lehnen wir gleich ab! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Gleich ablehnen, auf der Stelle! – Unruhe)

– Bitte schön.

Abg. König REP: Herr Präsident, es geht um einen Beschlussantrag. Ich beantrage, jetzt hier abzustimmen und den Antrag nicht zu überweisen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und zwar namentlich! – Gegenruf des Abg. Deuschle REP: Wir können auch wieder namentlich abstimmen! Das können wir wieder mal testen! – Abg. Wieser CDU: Doch, das muss in den Ausschuss!)

Präsident Straub: Gut. Abstimmung ist gewünscht. Wer dem Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/2895, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Heiterkeit)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 14:10 Uhr fortgesetzt. Die konstituierende Sitzung der Enquetekommission findet um 13:40 Uhr im Friedrich-Ebert-Saal statt.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:39 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:13 Uhr)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen und die Türen zu schließen. Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe den **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 12/3863

Die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 1 entfällt, weil sich der Fragesteller mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt hat.

*

Mündliche Anfrage des Abg. Herbert Moser SPD – Investitionen für Ersatzbeschaffung von Feuerwehrfahrzeugen

Mit welchen Investitionszuschüssen können die Gemeinden Fridingen, Mühlheim, Immendingen, Emmingen ob Eck und Gosheim sowie die Stadt Trossingen im Landkreis Tuttlingen zur Ersatzbeschaffung von Feuerwehrfahrzeugen im Jahr 1999 rechnen?

Schriftliche Antwort des Innenministeriums

Entgegen einem jahrelangen Trend beim Aufkommen der Feuerschutzsteuer ist erstmals im Haushaltsjahr 1997 eine negative Entwicklung eingetreten, die sich auch 1998 verstärkt fortgesetzt hat. Auch für 1999 ist mit einem negativen Trend zu rechnen.

Nach Schätzungen des Finanzministeriums vom Januar 1999 wird das Feuerschutzsteueraufkommen im Jahr 1999 ca. 80 Millionen DM betragen. Das sind 40 Millionen DM weniger, als bei der Aufstellung des Haushalts 1998/99 erwartet worden ist.

Aufgrund der Entwicklung sowie des vorhandenen Fehl Betrags aus den Vorjahren kann nach heutigem Stand im

(Schriftliche Antwort des Innenministeriums)

Haushaltsjahr 1999 eine Ersatzbeschaffung von Feuerwehrfahrzeugen nicht gefördert werden.

Die Landesregierung ist zuversichtlich, in den kommenden Jahren wieder Mittel für die Projektförderung zur Verfügung stellen zu können.

Daneben plant die Landesregierung mit dem Ziel initiativ zu werden, die strukturellen Ursachen für den Einbruch des Feuerschutzsteueraufkommens zu beseitigen.

*

Stellv. Präsident Weiser: Wir kommen damit zur Mündlichen Anfrage unter Ziffer 2:

Mündliche Anfrage des Abg. Gerd Teßmer SPD – Novellierung der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung

Herr Abg. Teßmer, Sie haben zur Verlesung Ihrer Anfrage das Wort.

Abg. Teßmer SPD: Herr Präsident, Frau Ministerin! Ich frage die Landesregierung:

- a) Trifft es zu, dass nach internen Berechnungen des Ministeriums Ländlicher Raum ein 60-Hektar-Hof auf dem Härtsfeld bei Aalen nach den Plänen der Landesregierung künftig mit 7 688 DM im Jahr weniger auskommen muss und ein 114-Hektar-Hof im Kraichgau, der fast vollständig außerhalb der Wasserschutzgebiete liegt, mit mehr als 20 000 DM zusätzlich im Jahr rechnen kann?
- b) Wann legt die Landesregierung die novellierte Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung dem Landtag zur Beratung vor, und wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass der Entwurf zunächst nur mit einer Fraktion auf einer Fraktionssitzung diskutiert wurde?

(Abg. Deuschle REP: Das kommt bei uns immer vor! Das ist das Grundübel an diesem Landtag!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage erteile ich Frau Ministerin Staiblin.

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage von Herrn Abg. Teßmer wie folgt:

(Zuruf von den Republikanern: Jetzt sind wir gespannt!)

Die Verordnung des Ministeriums für Umwelt und Verkehr über Schutzbestimmungen in Wasserschutz- und Quellenschutzgebieten und die Gewährung von Ausgleichsleistungen vom 8. August 1991 befindet sich derzeit in der Novellierung. Zugleich befindet sich das Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleichsprogramm in der Fortschreibung. Die verschiedenen Entwürfe wurden von den zuständigen Fachreferaten hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der Verordnung bzw. des Programmes auf unterschiedliche landwirtschaftliche Betriebe beispielhaft überprüft. Zwischenzeitliche Änderungen in den Ver-

ordnungs- bzw. Programmentwürfen sowie die derzeit noch anhaltende Diskussion über deren Inhalte lassen zurzeit keine exakten Berechnungen der eventuellen finanziellen Auswirkungen der SchALVO-Novellierung zu.

Herr Teßmer, ich gehe davon aus, dass Ihre Zahlen einem früher veröffentlichten Pressebericht entstammen. Ich weise darauf hin, dass die Zahlen nicht miteinander verglichen werden können. Meines Erachtens müssen künftig betriebswirtschaftliche Daten zugrunde gelegt werden. Die Ermittlung exakter Zahlen ist auch deshalb nicht möglich, da im Rahmen eines Freiwilligkeitsleistungsprogramms wie dem MEKA von staatlicher Seite nicht berechnet werden kann, ob und in welchem Umfang sich Betriebe daran beteiligen. Ich gehe davon aus, dass auch nach der Fortschreibung des MEKA weiterhin eine hohe Akzeptanz bestehen wird und die landwirtschaftlichen Betriebe die neu aufgenommenen Programmpunkte nachfragen. Die einzelnen Betriebe werden zu gegebener Zeit Anträge stellen. Genauere Angaben sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich.

Zu Frage b kann ich antworten: Die Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung basiert auf § 110 a des Wassergesetzes und wird im Einvernehmen mit dem Ministerium Ländlicher Raum durch die oberste Wasserbehörde, das Ministerium für Umwelt und Verkehr, erlassen. Eine förmliche Beteiligung des Landtags beim Erlass von Rechtsverordnungen ist verfassungsrechtlich nicht vorgesehen.

(Abg. Scheuermann CDU: Das ist meistens so!)

Selbstverständlich ist die Landesregierung bereit, entsprechend bisheriger Übung bei Verordnungsvorhaben von wesentlicher politischer Bedeutung den Landtag hierüber zu informieren.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort zu einer Zusatzfrage hat Herr Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Frau Ministerin, gibt es einen definitiven Anmeldezeitpunkt für Maßnahmen nach dem MEKA in Brüssel, und gilt dabei das Windhundverfahren? Oder werden Anträge gesammelt?

(Zuruf des Abg. Deuschle REP – Abg. List CDU: Pinscher! Schießhundverfahren! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Frau Ministerin, Sie haben zur Beantwortung der Frage das Wort.

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Die letzte Frage kann ich mit Ja beantworten. Mit Sicherheit werden die Anträge nach dem Windhundverfahren beschieden. Die zuerst eingehenden Anträge werden auch zuerst bearbeitet werden. Nach diesem Windhundverfahren werden auch die Zustimmungen erteilt werden. Wenn Anträge mit einem größeren Volumen eingehen, als Fördermittel zur Verfügung stehen, werden natürlich nur die zuerst eingehenden Anträge berücksichtigt werden können.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Teßmer hat das Wort zu einer Zusatzfrage.

Abg. Teßmer SPD: Ich darf Sie zum ersten Bereich etwas fragen, damit im ländlichen Raum wieder etwas Ruhe entstehen kann: Können Sie denn ausschließen, dass tatsächliche Verluste in Höhe von fast 8 000 DM entstehen? Wenn Sie dies bejahen, haben wir es wahrscheinlich alle etwas leichter.

Sie haben gesagt, es handle sich um eine Kann-Bestimmung. Nach Herausnahme der dritten Zone würde es sich beim ersten Punkt aber um eine Muss-Bestimmung handeln. Können wir in dieser Beziehung die Landwirte wieder beruhigen? Oder ist da noch Angst geboten?

(Abg. Hauk CDU: Sie beruhigen ja wohl keinen Landwirt!)

– Sie, Herr Hauk, zweimal nicht. Vor Ihnen haben die Landwirte doch Angst. Lassen Sie das also einmal weg.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Teßmer, Sie haben die Frau Ministerin etwas gefragt. Ich möchte Sie höflich bitten, die Ministerin auch antworten zu lassen.

(Abg. Teßmer SPD: Entschuldigung, ich höre gerne zu, Herr Präsident! Selbstverständlich! – Unruhe)

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Bei jeder Veränderung wird es Gewinner und Verlierer geben.

(Abg. Teßmer SPD: Natürlich!)

Sie wissen auch, dass wir zwischenzeitlich eine Düngeverordnung haben. Diese Düngeverordnung und die damit verbundene gute fachliche Praxis reichen nach unseren Berechnungen und denen des Ministeriums für Umwelt und Verkehr aus, um in vielen jetzt ausgewiesenen Wasserschutzgebieten das Grundwasser zu schützen. Künftig soll die SchALVO-Novelle sehr viel differenzierter ausgestaltet werden, nämlich dahin gehend, dass die Nitratwerte im Grundwasser die Grundlage für den Ausgleich bilden.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Frau Ministerin, wann legen Sie die Zahlen für die Abgrenzung der Wasserschutzgebiete vor, damit die bisherige Diskussion nachvollziehbar ist und die Geisterdiskussion beendet werden kann?

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Wenn Sie erlauben, werde ich diese Frage an das zuständige Ministerium weitergeben. Ich darf das Wort an Herrn Staatssekretär Mappus weitergeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zahlen für die Flächen, bitte.

(Unruhe)

Stellv. Präsident Weiser: Moment, Frau Ministerin, Herr Buchter hat noch eine Frage an Sie. Sie sind jetzt noch am Rednerpult. Anschließend kommt der Herr Staatssekretär. – Herr Abg. Buchter, bitte.

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Frau Ministerin, ist davon auszugehen, dass in Bezug auf die Wasserschutzzone III die bisherigen Auflagen, die Positivliste, weiterhin existieren, dort aber der monetäre Ausgleich nicht mehr im bisherigen Umfang gewährt werden soll? Das zum einen.

Zum Zweiten: Wie will die Landesregierung die Vorsorge für den Grundwasserschutz in Wasserschutzzone III dann organisieren?

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Wenn ich bei der letzten Frage anknüpfen darf: Die Vorsorge soll künftig dahin gehend praktiziert werden, dass wir über den Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich einen großflächigeren Grundwasserschutz praktizieren. Das können wir deswegen tun, weil wir über Punktevergaben insbesondere Begrünung und Grünland honorieren werden und dadurch ein großflächigerer Grundwasserschutz praktikierbar ist.

Würden Sie bitte die erste Frage wiederholen?

(Zuruf von den Republikanern: Sie weiß diese schon nicht mehr!)

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Ob die Positivliste weiterhin gilt, zum Beispiel für die Wasserschutzzone III.

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Ich habe vorhin geantwortet, dass nach den jetzigen Entwürfen in Zusammenarbeit mit dem dafür zuständigen Ministerium, dem Umwelt- und Verkehrsministerium, künftig Flächen aus der jetzigen Wasserschutzzone III herausfallen werden, da die gute fachliche Praxis für die Bewirtschaftung und den Schutz des Grundwassers ausreicht und die Düngeverordnung die gesetzliche Grundlage bildet.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Buchter.

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Entschuldigung, Frau Ministerin, ich habe noch eine Frage, die Sie jetzt selber provoziert haben, und zwar insofern, als Sie beim MEKA auf die Freiwilligkeit hingewiesen haben. Die SchALVO hat aber keine Freiwilligkeit. Insofern möchte ich die Frage mit dem Vorsorgecharakter noch einmal stellen, weil Sie ja den Landwirten dann anheim stellen, ob sie den Grundwasserschutz beherzigen wollen oder nicht.

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Als die SchALVO gesetzlich verankert wurde, hatten wir noch keine gesetzliche Grundlage in Form der Düngeverordnung. Die gesetzliche Vorgabe der Düngeverordnung und die damit verbundene Maßnahme nach dem Wert des Nitratgehalts im Grundwasser bilden künftig den Weg für die neue Verordnung.

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort zu einer Zusatzfrage hat Frau Abg. Dr. Gräßle.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ich hätte jetzt gerne einmal die Antwort auf meine Frage!)

– Bitte?

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ich hätte gerne irgendwann die Antwort auf meine Frage!)

– Herr Caroli, es ist alter Brauch: Der eine bestimmt seine Frage, und der andere bestimmt die Antwort.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das Wort hat Frau Abg. Dr. Gräßle.

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Frau Ministerin, wenn die Düngeverordnung ausreicht, um hinlänglichen Grundwasserschutz in der Wasserschutzzone III zu gewährleisten, wie muss man dann aus der Sicht auch der Landwirtschaft und des Landwirtschaftsministeriums die Tatsache bewerten, dass die SchALVO-Auflagen in der Zone III, die ja erheblich über den Maßnahmen der Düngeverordnung liegen, bisher in der Landwirtschaft mit Bußgeldbescheiden durchgesetzt werden?

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Auch das hat das Ministerium für Umwelt und Verkehr zu beantworten. Wir hatten lediglich die Aufgabe, die Bodennitratwerteuntersuchung vorzunehmen, und wir hatten die Aufgabe, die pauschalierte Ausgleichsleistung von 310 DM zu vollziehen und die Einzelanträge zu bearbeiten.

(Abg. Teßmer SPD: Jetzt kann ja der Staatssekretär antworten!)

Stellv. Präsident Weiser: Frau Ministerin, Frau Abg. Dr. Gräßle hat noch eine Frage.

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Entschuldigung, das Rechtsverfahren war mir schon bekannt. Mir geht es aber um die politische Bewertung.

(Abg. Teßmer SPD: So ist es!)

Denn angesichts der Veränderung kommt das, was das Land bisher in diesem Punkt geleistet hat, in der bäuerlichen Gemeinschaft als reine Schikane und Willkür an.

Stellv. Präsident Weiser: Jetzt kommt Herr Staatssekretär Mappus zur Beantwortung der Frage, wann die SchALVO kommt.

(Abg. Zeller SPD: Wollen Sie nicht gleich Herrn Hauk antworten lassen? Der weiß es besser! – Abg. Dr. Caroli SPD: Er hat es ihm ja mittlerweile gesagt!)

– Herr Abg. Zeller, auch hier gilt: Die Regierung bestimmt, wer antwortet.

(Abg. Zeller SPD: Danke schön, Herr Präsident, für die Belehrung!)

Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Mappus: Herr Dr. Caroli, da ich zugegebenermaßen in dem Moment, in dem Sie die Frage gestellt haben, nicht exakt zugehört habe, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie sie noch einmal kurz stellen könnten.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Staatssekretär, ich habe gefragt, wann die Zahlen für die Abgrenzung der Wasserschutzgebiete vorgelegt werden, damit man die bisherigen Überlegungen, die man der Presse entnehmen konnte, nachvollziehen kann und die Geisterdiskussion beendet ist.

Staatssekretär Mappus: Herr Dr. Caroli, Sie wissen, dass wir demnächst in die Anhörungsphase gehen. Gehen Sie deshalb davon aus, dass wir auch das entsprechende Zahlenmaterial mit entsprechenden Beispielrechnungen in Bälde vorlegen werden.

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Damit ist die Beantwortung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 2 erledigt.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – Kampagne gegen Doppelstaatlichkeit und Volksverhetzungsvorwurf in Ravensburg

Herr Abg. Deuschle, Sie haben das Wort.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

a) Inwieweit sind Medienberichte zutreffend, wonach eine Vorfeldorganisation der CDU in Ravensburg Flugblätter mit gegen die Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit gerichtetem, volksverhetzendem Inhalt zur Verteilung gebracht haben soll?

(Abg. Zeller SPD: Das fragen gerade die Reps!)

– Das ist vielleicht auch für Sie interessant. Vielleicht gibt das für Sie eine Steilvorlage, wenn Sie intelligent sind.

b) Zu welchen Folgerungen ist die durch Strafanzeige gegen die Verantwortlichen der Flugblattverteilung bemühte Staatsanwaltschaft Ravensburg bei Überprüfung der inhaltlichen Aussagen der betreffenden Druckzeugnisse gekommen?

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort zur Beantwortung erhält Herr Justizminister Dr. Goll.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu den Buchstaben a und b: Der Stadtverband der Senioren-Union der CDU in Ravensburg sprach sich Ende Januar dieses Jahres in Flugblättern gegen die Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit aus. Nach der rechtlichen Überprüfung durch die Staatsanwaltschaft Ravensburg, deren Ergebnis auch von der Generalstaatsanwaltschaft in Stuttgart geteilt wird, erfüllen die Flugblätter nicht den Tatbestand der Volksverhetzung. Die Staatsanwaltschaft hat deshalb den wegen der Flugblätter erstatteten Strafanzeigen keine Folge gegeben und von der Einleitung von Ermittlungsverfahren abgesehen.

Stellv. Präsident Weiser: Bitte, Herr Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Justizminister, kann ich Ihre Aussage so deuten, dass die im Flugblatt der Senioren-Union gemachten Aussagen nicht unter den Tatbestand der Volksverhetzung fallen und somit – vielleicht auch in Flugblättern – auch von anderen unbedenklich verwendet werden können?

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Diese dort gemachten Äußerungen erfüllen nach der Einschätzung der Staatsanwaltschaft Ravensburg und der Generalstaatsanwaltschaft Stutt-

(Minister Dr. Ulrich Goll)

gart die Voraussetzungen des Tatbestandes der Volksverhetzung nicht. Das ist übrigens auch eine Meinung, der ich mich persönlich mit meinem bescheidenen juristischen Verstand anschließen würde. Aber ich habe das nicht zu beurteilen, und ich habe schon gar nicht Ratschläge zu erteilen, was man in Flugblättern schreiben sollte und was nicht.

(Abg. Krisch REP: Keine Antwort!)

Stellv. Präsident Weiser: Bitte.

Abg. Deuschle REP: Herr Justizminister, können wir davon ausgehen, dass Aussagen in dieser oder in ähnlicher Form auch nicht vom Landesamt für Verfassungsschutz verwendet werden, um anderen Organisationen verfassungsfeindliche Aussagen zu unterlegen?

(Abg. Zeller SPD: Wollt ihr einen Freibrief haben?)

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Ich hoffe, Ihre Frage richtig verstanden zu haben. Es ist auch nicht in meiner Zuständigkeit, zu beurteilen, was das Landesamt für Verfassungsschutz macht; das wissen Sie auch.

(Abg. Deuschle REP: Ich frage die Landesregierung!)

Es geht in Ihrer Frage – so haben Sie sie gestellt – darum, ob der Inhalt des Flugblattes noch vom Recht der freien Meinungsäußerung, das bekanntlich gerade im politischen Raum verfassungsrechtlich relativ weit abgesteckt ist, gedeckt ist oder nicht. Diese Frage habe ich beantwortet.

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank. Keine weiteren Fragen. Damit ist diese Anfrage erledigt.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Klaus Rapp REP – PKK-Aktivitäten kurdischer Straftäter bei Veranstaltungen zum „Newroz-Fest“

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) In wie vielen Fällen seit 1993 haben Anhänger und Sympathisanten der linksextremistischen PKK bei Veranstaltungen zum „Newroz-Fest“ welche Straftaten begangen?
- b) In wie vielen Fällen zu a) wurden Strafverfahren eingeleitet, mit welcher gerichtlichen Entscheidung abgeschlossen, und wie oft ist es nach Entscheidungen der Strafgerichte zu Abschiebungen kurdischer PKK-Aktivistinnen gekommen?

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort zur Beantwortung erhält der Herr Innenminister.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zur ersten Frage: In der Zeit von 1993 bis 1998 handelte es sich um insgesamt 17 Ermittlungsverfahren, die sich auf

die verschiedenen Jahre aufteilen. Bei den Verstößen gegen das Vereinsgesetz handelt es sich um das Nichteinhalten des Betätigungsverbot.

Bekanntlich waren auch in diesem Jahr wieder vereinzelte Verstöße bei den kurdischen Neujahrsfeiern am 20. und 21. März, also vor wenigen Tagen, zu verzeichnen. Genauere Daten hierzu liegen aber – wir haben ja heute den 25. März – noch nicht vor.

Zur zweiten Frage: In den genannten Verfahren wurden in sieben Fällen insgesamt zehn Tatverdächtige ermittelt. Über den Ausgang der Verfahren und mögliche ausländerrechtliche Konsequenzen konnte der Sachstand in der Kürze der Zeit nicht erhoben werden.

(Abg. Deuschle REP: Zusatzfrage!)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Rapp, bitte.

Abg. Rapp REP: Herr Minister, können Sie erklären, wie es möglich war, dass am letzten Samstag, dem 19. März 1999, eine von der PKK gesteuerte Versammlung auf dem Stuttgarter Schlossplatz trotz gerichtlichen Verbots unter demonstrativer Herausstellung von Kennzeichen und Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen im Sinne der §§ 86 und 86 a des Strafgesetzbuches stattfinden konnte?

Innenminister Dr. Schäuble: Wenn ich es, Herr Landtagsabgeordneter, richtig im Kopf habe, war es so, dass die Demonstration in Stuttgart verboten war,

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

sich trotzdem PKK-Angehörige und -Sympathisanten eingefunden haben. So etwas wird oft der Fall sein. Wenn Demonstrationen verboten sind, macht die Polizei, glaube ich, dreimal darauf aufmerksam, dass es sich um eine verbotene Demonstration handle und man sich entfernen müsse. Das ist auch in Stuttgart erfolgt.

Wenn ich es ferner richtig weiß, hat man dann auch, so weit möglich, diejenigen, die zum Beispiel in strafbarer Weise Embleme der PKK oder Bilder von Öcalan gezeigt haben, erfasst. Aber die Verfahren müssen jetzt noch aufgearbeitet werden. Meines Erachtens hat die Polizei alles getan, was getan werden konnte.

Es wird immer wieder so sein, dass Demonstrationen verboten sind und diejenigen, die die Demonstration durchführen wollten, dennoch kommen. In diesem Fall macht die Polizei dreimal darauf aufmerksam, dass die Demonstration verboten ist. Bei demjenigen, der der Aufforderung der Polizei nach dem dreimaligen Aufruf nicht Folge leistet, setzt auch die entsprechende strafrechtliche Verantwortung ein.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Minister, können Sie erklären, warum bei der verbotenen Versammlung am 20. März 1999 bereitgestellte Einsatzkräfte der Polizei – nach unseren Informationen über 500 Beamte – daran gehindert wurden, die über zweieinhalbstündige Versammlung, wie es rechtmäßig gewesen wäre, aufzulösen? Wer trägt für diese Entscheidung, nicht einzugreifen, die politische Verantwortung hier im Land?

Innenminister Dr. Schäuble: Mir ist der Sachverhalt nicht im Detail bekannt. Wenn ich es richtig sehe, bin ich nicht der Polizeipräsident von Stuttgart, sondern für das ganze Land zuständig.

Nach meinen Informationen war die Situation in Stuttgart am vergangenen Samstag zwar nicht einfach, aber auch in keiner Weise problematisch. Die Polizei hat – ich sagte es bereits – die Teilnehmer an der verbotenen Demonstration auf das Verbot aufmerksam gemacht. Daraufhin hat sich die Demonstration nach einer gewissen Zeit auch aufgelöst. Dafür sind wir dankbar. Alles andere wäre gerade auch für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wesentlich unangenehmer gewesen.

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank. Damit ist diese Anfrage beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 5 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Wolfram Krisch REP – Folgerungen aus Ermittlungsverfahren wegen Geheimnisbruchs i. S. v. § 353 b StGB durch Polizeibeamte

Herr Abg. Krisch, Sie haben das Wort.

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Thema „Folgerungen aus Ermittlungsverfahren wegen Geheimnisbruchs i. S. v. § 353 b des Strafgesetzbuchs durch Polizeibeamte“ frage ich:

- a) Zu wie vielen Ermittlungsverfahren wegen Verletzung eines Dienstgeheimnisses i. S. v. § 353 b StGB durch Polizeibeamte ist es seit 1. Januar 1996 in Baden-Württemberg gekommen?
- b) Mit welchen Ergebnissen sind die Verfahren nach Buchstabe a jeweils abgeschlossen, und zu welchen disziplinarischen Veranlassungen haben die justiziellen Entscheidungen bislang geführt?

Stellv. Präsident Weiser: Wem darf ich das Wort zur Beantwortung erteilen? – Herr Innenminister, bitte.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich diese Anfrage wie folgt:

Zu Buchstabe a: Herr Kollege, es besteht das Problem, dass in der polizeilichen Kriminalstatistik keine Ermittlungsverfahren, sondern lediglich Fall- und Tatverdächtigenzahlen erfasst werden. Das bedeutet: Die Verletzung von Dienstgeheimnissen gemäß § 353 b des Strafgesetzbuchs durch Polizeibeamte wird in dieser Polizeikriminalstatistik nicht gesondert erfasst. Wir können also nur hilfswise auf das zurückgreifen, was in der Personenauskunftsdatei enthalten ist.

Danach ist gemäß dem Ergebnis einer vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg durchgeführten Sonderauswertung festzuhalten, dass im Jahr 1996 zwei Beamte sowie 1997 und 1998 jeweils vier Beamte der Landespolizei wegen Verletzung eines Dienstgeheimnisses im Sinne dieser Bestimmung des Strafgesetzbuchs erfasst worden sind.

Aber noch einmal der Hinweis: Da dies nur auf die Personenauskunftsdatei und nicht auf die polizeiliche Kriminalstatistik zurückgeht, müssen wir davon ausgehen, dass die Zahl der Fälle sicherlich erheblich größer ist.

Damit ist auch Ihre Frage unter Buchstabe b nur eingeschränkt beantwortbar. Wir könnten entsprechende Feststellungen nur durch eine umfangreiche Einzelaktenauswertung der polizeilichen und justiziellen Verfahrensakten treffen. Dies ist in der Kürze der Zeit, seitdem die Fragen eingingen, beim besten Willen gar nicht denkbar.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Gibt es einen Hinweis, in welcher Form die Verletzungen von Dienstgeheimnissen erfolgen, zum Beispiel durch den Missbrauch von polizeieigenen Anlagen, durch Weitergabe von Akten oder vertraulichen Informationen?

Stellv. Präsident Weiser: Bitte, Herr Innenminister.

Innenminister Dr. Schäuble: Ich war in meiner Zeit als Innenminister mit Einzelfällen – sprich: Verletzung von Dienstgeheimnissen – noch nie persönlich befasst, wäre aber gerne bereit, dem nachzugehen, damit man sagen kann, wie die bekannten Verstöße erfolgt sind. Aber ich selber kann dazu nichts Näheres sagen.

Stellv. Präsident Weiser: Damit ist diese Mündliche Anfrage beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 6 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Rolf Wilhelm REP – Schusswaffenunfälle und Selbsttötungen im Polizeibereich

Herr Abgeordneter, Sie haben zur Verlesung Ihrer Anfrage das Wort.

Abg. Wilhelm REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Zu welchen Folgen für Gesundheit und Leben von Bürgern und Polizeibeamten ist es bei wie vielen Unfällen im Umgang mit dienstlichen Schusswaffen bei der Polizei des Landes seit 1990 gekommen?
- b) Zu wie vielen vorsätzlichen Selbsttötungen einschließlich deren Versuche, insbesondere unter Verwendung dienstlicher Schusswaffen, ist es seit 1990 bei der Polizei gekommen?

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort zur Beantwortung hat der Herr Innenminister.

(Abg. Capezzuto SPD: Man kann doch die Fragen von der Regierungsbank aus beantworten! Der Innenminister muss schon das dritte Mal ans Rednerpult! Er ist auch schon über 50! – Heiterkeit)

– Herr Abgeordneter, dafür gibt es eine Geschäftsordnung, die einstimmig verabschiedet wurde.

(Abg. Capezzuto SPD: Wir respektieren das!)

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Aus unserer Statistik ergeben sich folgende Zahlen:

Die Polizeibeamten in Baden-Württemberg haben im Zeitraum von 1990 bis 1998 insgesamt 85 Mal ihre Schusswaffen gegen Personen eingesetzt. In diesem Zeitraum wurden zehn Personen getötet und 58 verletzt. Bei zwei dieser Verletzten handelt es sich um unbeteiligte Dritte.

Eine darüber hinausgehende Statistik über Unfälle im Umgang mit dienstlichen Schusswaffen und die Zahl der dabei verletzten Polizeibeamten wird beim Innenministerium nicht geführt. Insgesamt erlitten jedoch 13 912 Polizeibeamte in diesem Berichtszeitraum von 1990 bis 1998 Verletzungen im Zusammenhang mit Dienstunfällen, von denen acht einen tödlichen Ausgang hatten. In wie vielen dieser Fälle ein Unfall im Umgang mit der dienstlichen Schusswaffe als Ursache zugrunde liegt, können wir im Augenblick nicht sagen. Es wäre ein unverhältnismäßig großer Aufwand, dies zu ermitteln.

Zur zweiten Frage: Auch hierzu die Statistik, und zwar für den Zeitraum von 1990 bis 1996. In diesem Zeitraum haben sich in Baden-Württemberg insgesamt 27 Polizeibeamte das Leben genommen. Dabei handelt es sich ausschließlich um männliche Beamte. In wie vielen Fällen bei diesen Selbstmorden die dienstliche Schusswaffe verwendet wurde, wissen wir nicht. Wir gehen aber anhand von bundesweiten Erhebungen davon aus, dass in etwa 65 % oder rund zwei Dritteln der Fälle Schusswaffen verwendet wurden. Zahlen für die Jahre 1997 und 1998 liegen noch nicht vor.

Stellv. Präsident Weiser: Keine weiteren Fragen. Damit ist diese Anfrage erledigt.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 7 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – Ausstattung der SEK-Räumkräfte beim Sturm auf griechisches Konsulat am 16. Februar 1999

Herr Abgeordneter, Sie haben zur Verlesung Ihrer Anfrage das Wort.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

- a) Inwieweit sind bei der Bereitschaftspolizei gemachte Aussagen zutreffend, wonach sich Beamte des Sonderinsatzkommandos bei den Kurden-Krawallen für den Sturm des griechischen Konsulats in Stuttgart erst Brandschutzkleidung von der Feuerwehr ausleihen mussten?
- b) Seit wann ist bei der Landesregierung bekannt, dass Besetzung von Gebäuden und Inbrandsetzung von Personen und Sachen zu den bevorzugten Tat- und Nötigungshandlungen kurdischer Gewalttäter gehören, und zu welchen Konsequenzen für eine einsatzadäquate Ausstattung der Polizei hat diese Kenntnis seither geführt?

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Innenminister.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zur ersten Frage: Das stimmt. Das ist auch in Ordnung so. Die Situation war ja die, dass 20 bis 30 militante Türken kurdischer Volkszugehörigkeit – so heißt es hier so schön –, also Anhänger der PKK, das Generalkonsulat besetzt gehalten hatten. Die Beamten der örtlich zuständigen LPD Stuttgart II, die zuvor versucht hatten, die Besetzung des griechischen Generalkonsulats zu verhindern, waren dabei tödlich angegriffen und mit Pulverlöschern bespritzt worden. Die Besetzer drohten nun mehrfach mit Selbstverbrennung für den Fall, dass das Gebäude durch die Polizei gestürmt werden sollte. Einige der Besetzer zeigten am Fenster Flaschen, die angeblich mit Benzin gefüllt waren. Zur Bekräftigung ihrer Aussage wurden im Eingangsbereich des Generalkonsulats eine Flüssigkeit auf den Boden geleert und brennende Feuerzeuge hochgehalten. Das war eine sehr gefährliche Situation für alle Beteiligten.

Die Feuerwehr war hinzugezogen. Das SEK musste in dieser Situation im Falle einer Erstürmung des Gebäudes von einer Brandlegung mit einem hohen Gefährdungspotenzial für die Gesundheit der einzelnen Beamten ausgehen. Aus diesem Grund bat der Führer des SEK den Einsatzleiter der Feuerwehr – wie gesagt, die Feuerwehr war ja dabei – um Überlassung von flammfester, flüssigkeitsundurchlässiger Bekleidung für die Einsatzkräfte des SEK.

Zur zweiten Frage: Derartige Brandanschläge durch Angehörige der PKK wurden bei uns erstmals 1987 in Stuttgart und Ulm registriert. Schon im Jahr 1985 wurden in Stuttgart und Mannheim das schwedische Konsulat, das Landtagsbüro der Grünen und der Süddeutsche Rundfunk durch linksextremistische Gruppierungen, allerdings unter Beteiligung der PKK, besetzt. Es erfolgten seinerzeit aber keine gewalttätigen Aktionen, wenn man davon absieht, dass auch das Besetzen wohl nicht Gewaltfreiheit in Reinkultur ist, um es milde auszudrücken.

Nachdem der Bundesminister des Innern die Tätigkeit der PKK 1993 verboten hatte, richtete sich das Vorgehen der PKK-Angehörigen in der Folge auch gegen deutsche Einrichtungen. In Baden-Württemberg kam es 1994 an der Bundesautobahn-Anschlussstelle Offenburg/Lahr, der Anschlussstelle auf der Gemarkung Sandhausen und der Anschlussstelle auf der Bundesautobahn 8 bei Heimsheim zu Autobahnblockaden mit zum Teil gewaltsamen Ausschreitungen. An der Anschlussstelle Heimsheim waren auch polizeiliche Einsatzkräfte und Einsatzmittel Angriffsziel von PKK-Angehörigen. Damals – das ist ja, glaube ich, noch allen in Erinnerung – wurden Polizeibeamte mit Benzin bespritzt, und es wurde versucht, sie anzuzünden.

Uns liegen jetzt keine Erkenntnisse darüber vor, dass das Besetzen von Gebäuden und Inbrandsetzen von Personen und Sachen zu den bevorzugten Tat- und Nötigungshandlungen kurdischer Gewalttäter gehört. Allerdings haben wir auch vor wenigen Wochen in Baden-Württemberg – Stichwort Stuttgart –, aber vor allem in Berlin und Hamburg ge-

(Minister Dr. Schäuble)

sehen, dass die PKK bei ihren gewalttätigen Aktionen dies auf jeden Fall nicht nur nicht ausschließt, sondern auch vorgenommen hat.

Dem Brandschutz von eingesetzten Polizeibeamten – darüber habe ich schon in der letzten Plenarsitzung in der Fragestunde berichtet – wird dadurch Rechnung getragen, dass der Einsatzanzug feuerhemmend ausgeführt ist. Allerdings gibt es bei der Polizei kein Oberbekleidungsstück, das einen speziellen Brandschutz bietet. Deshalb hat man in früheren Jahren schon einmal über die Einführung einer Einsatzjacke des Typs „Firefighter“ beraten. Sie wird zum Beispiel auch von der Feuerwehr getragen.

Diese Jacke hat aber für die Polizei den großen Nachteil, dass sie die Beweglichkeit und die Flexibilität der polizeilichen Einsatzkräfte stark einschränkt. Gerade diese Aspekte sind aus nahe liegenden Gründen aus einsatztaktischer Sicht speziell bei Einsätzen wie etwa der Räumung des griechischen Generalkonsulats unabdingbare Voraussetzungen für eine erfolgreiche Aufgabenerfüllung. Deshalb haben wir von der Einführung einer solchen Einsatzjacke bisher abgesehen.

Um dem Brandschutz von eingesetzten Polizeibeamten dennoch Rechnung zu tragen, sind in den geschlossenen Einheiten bis auf Zugebene Feuerlöschtrupps vorhanden. Dabei handelt es sich um an der Landesfeuerweherschule speziell ausgebildete Polizeibeamte, die im Einsatz mit Feuerlöschgeräten ausgerüstet sind. Sie haben auch den Auftrag, die Einsatzkräfte vor Brandgefahren zu sichern. Derzeit befasst sich eine bundesweite Arbeitsgruppe mit der Konzeption einer speziellen feuerfesten Schutzkleidung für Feuerlöschkräfte der Polizei.

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank. – Zusatzfrage, Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Herr Minister, wurden jene Täter bestraft, die nach Ihrer Schilderung versuchten, Polizeibeamte in Brand zu setzen? Wenn ja, in welcher Form?

Innenminister Dr. Schäuble: Meinen Sie die Vorfälle auf der Autobahn, insbesondere bei Heimsheim?

(Abg. Krisch REP: Ja!)

Das war im Jahr 1994. Ich habe es jetzt aus der Lamäng nicht im Kopf. Ich erinnere mich an Folgendes: Es ergingen Verurteilungen, die zum Teil Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr, vielleicht sogar darüber hinaus, umfasst haben. Urteile des Landgerichts Heilbronn sind mir in Ansätzen noch in Erinnerung; ich war ja damals Justizminister.

Es gab aber damals auch die Problematik, dass in etlichen Fällen die Täterfeststellung nicht gelungen war, weil dies in solchen Situationen immer ein Problem allererster Ordnung ist. Aber es erfolgten Verurteilungen mit einem nicht unerheblichen Strafmaß, soweit wir die Täter dingfest machen konnten.

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank. – Keine weiteren Zusatzfragen. Die Anfrage ist damit beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 8 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Rolf Wilhelm REP – Fürsorgepflichten des Landes nach Mord an Mannheimer Polizeibeamten

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Wilhelm REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) In welchem Umfang kommt das Land seiner Fürsorgepflicht nach, um die Familie des in Dienstausbildung ermordeten Mannheimer Polizeiobermeisters Paul vor einer sozialen Notlage zu bewahren?
- b) Inwieweit sind Anfragen und Befürchtungen berechtigt, dass für die Familie des ermordeten Polizeibeamten gesammeltes Spendenaufkommen, darunter auch innerhalb der Polizei aufgebrauchte Gelder, einer Besteuerung durch baden-württembergische Finanzbehörden unterfällt?

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort zur Beantwortung hat der Herr Innenminister.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Für die Hinterbliebenen des ermordeten, getöteten Polizeiobermeisters Markus Paul liegen die Voraussetzungen für die Gewährung von Unfall- und Hinterbliebenenversorgung nach den einschlägigen Vorschriften des Beamtenversorgungsgesetzes – das ist ein Bundesgesetz – selbstverständlich vor, genauso auch für die einmalige Unfallentschädigung.

Das Regierungspräsidium hat den Unfall – „Unfall“ ist milde ausgedrückt – am 15. Januar dieses Jahres selbstverständlich als Dienstatfall im Sinne des Beamtenversorgungsgesetzes anerkannt. Daraufhin hat die Witwe Anfang Februar im Rahmen der vorläufigen Dienstatfallversorgung eine Abschlagszahlung auf die künftigen Hinterbliebenenversorgungsbezüge sowie auf das Sterbegeld erhalten.

Am 9. Februar dieses Jahres hat das Innenministerium zusätzlich entschieden, dass ein so genannter „qualifizierter Dienstatfall“ im Sinne des Beamtenversorgungsgesetzes vorliegt. Diese Entscheidung führt dazu, dass auch eine einmalige Unfallentschädigung in Höhe von 50 000 DM und rückwirkend ab Januar 1999 eine erhöhte Unfallhinterbliebenenversorgung gewährt werden kann. Das ist natürlich selbstverständlich, hebt aber die Versorgungsbezüge der Witwe und der Waisen entsprechend an, was ja auch nicht mehr als recht und billig ist.

Im vorliegenden Fall setzt sich die Unfallhinterbliebenenversorgung aus dem Witwengeld und dem Waisengeld zusammen. Das Witwengeld beträgt 60 % des erhöhten Unfallruhegehalts. Der Beamte war in der Besoldungsgruppe A 8. Wenn das erhöhte Unfallruhegehalt anerkannt wird,

(Minister Dr. Schäuble)

wird er bewertet, als wäre er in der Endstufe der Besoldungsgruppe A 10. Das Witwengeld beträgt 60 % des Ruhegehalts. Zusätzlich wird ein Waisengeld in Höhe von 30 % gewährt, selbstverständlich auch wieder von dem erhöhten Unfallruhegehalt. Dieses bemisst sich – ich wiederhole mich – nach der Endstufe der Besoldungsgruppe A 10. Dieser Sprung ist in dem Augenblick möglich, in dem der qualifizierte Dienstoff anerkannt wird.

Zur Frage b: Das Steuerrecht ist bekanntlich ein Fall für sich. Wenn man aber davon ausgeht, dass es sich bei den Zuwendungen an die Witwe um freiwillige Einmalbeträge handelt, die von der Motivation getragen sind – das kann man ja wohl bei all diesen Spenden unterstellen –, Frau Paul – das ist ja ihr Name, wie wir wissen – in einer akuten Notlage zu unterstützen, dann führt ihr Empfang nicht zu einkommensteuerpflichtigen Einkünften.

Hinweisen muss ich darauf, dass Einzelspenden bis zu 10 000 DM auch nicht der Schenkungsteuer unterliegen. Umkehrschluss: Ab diesem Betrag wäre dann die Schenkungsteuer zu prüfen.

Wichtig ist auch: Derartige Zuwendungen können bei den Spendern dann nicht steuermindernd abgezogen werden, wenn die Spender ihre Spende mit der Auflage leisten, dass die Spende an eine bestimmte natürliche Person weitergeleitet werden soll. Dann kann der Spender sie seinerseits nicht als Sonderausgabe von seinen einkommensteuerpflichtigen Einkünften abziehen.

Stellv. Präsident Weiser: Schön. Die Frage ist damit beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 9 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Wolfgang Krisch REP – Steuerliche Privilegierung von linksextremistischen Organisationen

(Abg. Brechtken SPD: Oh Gott, oh Gott!)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie vielen vom Verfassungsschutz des Landes als linksextremistisch eingestuften Personenzusammenschlüssen war bis zum 1. Januar 1999 der steuerrechtlich wirksame Gemeinnützigkeitsstatus von den Finanzbehörden des Landes zuerkannt worden?
- b) Worauf ist es zurückzuführen, dass die jahrzehntlang in VS-Berichten von Bund und Ländern, letztmals 1998, als linksextremistisch und prokommunistisch eingestufte Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, abgekürzt VVN-BdA, trotz weiterer Aktivitäten den Gemeinnützigkeitsstatus gemäß § 52 AO nicht aberkannt bekommen hat?

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort zur Beantwortung hat der Herr Staatssekretär im Finanzministerium.

(Abg. Brechtken SPD: Aber jetzt mit Temperament, Herr Kollege! Nicht wie heute Morgen!)

Staatssekretär Rückert: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abg. Krisch wie folgt:

Zu a: Organisationen, die sich nicht im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung halten, können nach den gesetzlichen Vorschriften nicht als gemeinnützig anerkannt werden. Die Finanzämter sind angewiesen, bei Anträgen der im Verfassungsschutzbericht genannten Organisationen auf Anerkennung der steuerlichen Gemeinnützigkeit jeweils der zuständigen Oberfinanzdirektion zu berichten.

Soweit in derartigen Fällen die Gemeinnützigkeit anerkannt werden soll, ist eine weitere Prüfung durch das Finanzministerium vorgesehen. Voraussetzung für die Anerkennung als gemeinnützig ist unter anderem, dass die Körperschaft ausschließlich gemeinnützige Zwecke fördert und sich, wie bereits erwähnt, im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung hält.

Wird der Organisation die Gemeinnützigkeit nicht zuerkannt, kann diese hiergegen Klage beim Finanzgericht erheben.

Durch dieses Verfahren ist sichergestellt, dass die Zahl der Personenzusammenschlüsse, die vom Verfassungsschutz des Landes als linksextremistisch eingestuft sind und trotzdem als steuerbegünstigte gemeinnützige Körperschaften anerkannt sind, äußerst gering ist. Dem Finanzministerium ist bisher lediglich ein Fall bekannt, wo einer beim Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuften Organisation aufgrund einer Entscheidung des Finanzgerichts Baden-Württemberg eine zuvor widerrufenen Gemeinnützigkeit wieder zuerkannt wurde.

Zu b: Aufgrund des Steuergeheimnisses – ich verweise auf § 30 der Abgabenordnung – kann ich hierzu keine Stellungnahme geben. Die steuerlichen Verhältnisse der VVN-BdA unterliegen dem Steuergeheimnis und dürften nur mit ausdrücklicher Zustimmung dieser Organisation offenbart werden. Zu den vom Steuergeheimnis geschützten steuerlichen Verhältnissen gehört auch die Frage der Zuerkennung oder Aberkennung der steuerlichen Gemeinnützigkeit.

Stellv. Präsident Weiser: Bitte, Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Ich entnehme also Ihrer Antwort, Herr Staatssekretär, dass dem Land, dem Verfassungsschutz und den Finanzbehörden zwar bekannt ist, dass diese VVN-BdA linksextremistisch und verfassungsfeindlich arbeitet, und trotzdem keine Schritte unternommen werden, um die Gemeinnützigkeit abzuerkennen.

Stellv. Präsident Weiser: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Rückert: Herr Abgeordneter, ich habe deutlich gemacht, dass mir durch das Steuergeheimnis – § 30 der Abgabenordnung – verwehrt ist, auf Einzelfälle einzugehen.

(Abg. Zeller SPD: Aus! Fertig!)

Stellv. Präsident Weiser: Bitte, Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Staatssekretär, können Sie uns mitteilen, warum es hier offensichtlich gegenüber 1998 zu einer geänderten Beurteilung des Landes Baden-Württemberg und der zuständigen Behörden gekommen ist? Denn 1998 war die Situation ja anders. Und das ist ja der Sinn der Frage von Herrn Kollegen Krisch.

Staatssekretär Rückert: Ich erkenne nicht, dass die Situation 1998 anders gewesen wäre. Ich kann zu diesem Einzelfall nur dann Stellung nehmen, wenn uns Gelegenheit gegeben ist, die Organisation zu befragen, und wenn sie uns dann einräumt, dass wir vom Steuergeheimnis befreit sind.

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 10 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Norbert Zeller SPD – Schulpolitische Zerrbilder und was die Landesregierung dagegen tun will

Herr Abg. Zeller, Sie haben zur Verlesung Ihrer Anfrage das Wort.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

a) Wie steht die Landesregierung zu bildungspolitischen Auffassungen, die 50-jährige Lehrer als „faule Hunde“ einstufen

(Abg. Rapp REP: Wie alt sind Sie?)

und dem derzeitigen Schulsystem bescheinigen, eine „Weichspülergeneration“ hervorzubringen, und hält die Landesregierung derartige Auffassungen für geeignet, bei Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Schülerinnen und Schülern das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unserer Schulen zu stärken und deren Motivation, an notwendigen Bildungsreformen mitzuwirken, zu fördern?

(Abg. Hauk CDU: Das ist aber eine lange Frage!)

b) Was gedenkt die Landesregierung zu unternehmen, um dem Zerrbild, das die in Frage a geschilderten Auffassungen von der Wirklichkeit zeichnen, öffentlich entgegenzuwirken?

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage hat der Herr Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport.

Staatssekretär Köberle: Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Zeller wie folgt:

Bei der Veranstaltung, zu der Sie, Herr Zeller, Fragen stellen, waren Sie nicht dabei, war ich nicht dabei und war kein Mitglied der Landesregierung dabei. Sie haben Ihre Anfrage aufgrund von Zeitungsmeldungen gestellt. Inzwischen hat der Veranstalter, der Wirtschaftsrat, eine ausführliche Presseerklärung vorgelegt, die die Zusammenhänge darstellt, in denen die diskutierten Äußerungen gefallen sind. Sie haben gewiss Verständnis dafür, dass ich die von

der Presse zugespitzte und damit verzerrte Sicht und Darstellungsweise nicht zu der der Landesregierung mache.

(Abg. Brechtken SPD: Die Presse ist wieder einmal schuld!)

– Es gibt eine Presseerklärung von denen, die anwesend waren. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen und zur Ausgangslage dieser Diskussion machen.

(Abg. Capezzuto SPD: Die Presse ist schuld!)

Der Eingangsstempel auf Ihrer Anfrage ist auch nicht von heute – das gestehe ich zu –, sondern vom 18. März.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident, die Landesregierung und zuletzt am Wochenende Frau Kultusministerin Dr. Schavan haben immer wieder klargestellt, dass die Lehrerinnen und Lehrer dieses Landes eine anspruchsvolle, geschätzte und sehr gute Bildungsarbeit an unseren Schulen leisten. Genauso haben wir immer wieder verdeutlicht, dass die Leistungen der jungen Generation angesichts der Herausforderungen, die an sie gestellt werden, nicht hoch genug zu bewerten seien und dass jede Generation von neuem ihre eigenen Schwierigkeiten zu bewältigen habe. Ich glaube, dieser Sichtweise ist nicht mehr viel hinzuzufügen.

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sind sich ihrer bildungspolitischen Verantwortung für die heranwachsende Generation stets bewusst, und die Landesregierung kann sich genauso wie die sie tragenden Fraktionen an den Taten messen lassen. Fakt ist – und dies ist das Ergebnis langjähriger erfolgreicher Bildungspolitik in Baden-Württemberg –,

(Lachen des Abg. Brechtken SPD)

dass unser Bildungs- und Schulsystem im Bundesvergleich einen herausragenden Rang einnimmt. Das ist nicht nur die Folge großer finanzieller Anstrengungen des Landes, sondern vor allem auch einer konsequenten pädagogischen Weiterentwicklung an unseren Schulen

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Was hat das mit der Mündlichen Anfrage zu tun?)

und auch der Bereitschaft der Lehrerschaft, der Elternschaft und der Schülerschaft, diesen Weg konsequent mitzugehen.

Wir wissen aber auch, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dass die Hochschulen und die Wirtschaft neue Anforderungen an junge Menschen stellen. Wir dürfen uns deshalb auch angesichts von Ergebnissen internationaler Schulleistungsvergleiche nicht mit dem Erreichten zufrieden geben. Junge Menschen können von uns erwarten, dass wir im Blick auf ihre Zukunft auch Weichenstellungen vornehmen, die möglichen Fehlentwicklungen vorbeugen.

(Abg. Brechtken SPD: Der liest wirklich alles vor, was die ihm aufgeschrieben haben!)

Ich meine, dass Politiker das Recht haben, auf mögliche Fehlentwicklungen hinzuweisen. Es ist erfreulich, dass die Debatte über Standards, über Leistungen und über Abschlüsse mittlerweile bundesweit geführt wird.

(Staatssekretär Köberle)

Noch ein Wort zum Thema „Lehrerschelte“: Die Einschätzung der Landesregierung zur Leistung der Lehrerinnen und Lehrer habe ich bereits dargestellt. Wie in jeder anderen Berufsgruppe dieser Gesellschaft gibt es aber auch in der Lehrerschaft neben vielen Engagierten auch solche, die weniger einsatzbereit sind. Auch darüber muss man bei uns offen reden können.

Sie, Herr Zeller, sprechen ja selbst hier im Landtag und draußen sowie in schriftlichen Darstellungen immer wieder von einer Überalterung unserer Lehrerschaft. Sie säen damit Misstrauen, unsere Lehrerinnen und Lehrer könnten ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD – Abg. Brechtken SPD: Der Zeller ist schuld, dass der Oettinger so einen Scheiß schwätzt! – Abg. Capezuto SPD: Jetzt wissen wir es: Nicht Oettinger, der Zeller ist schuld!)

– Das ist nicht die Diktion der Landesregierung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir – die Landesregierung – schätzen die Lehrerinnen und Lehrer ebenso wie die Eltern als Partner mit eigener Verantwortung.

(Abg. Döpper CDU: Endlich einmal die Wahrheit!)

Wir übertragen der Lehrerschaft deshalb mehr und mehr Eigenverantwortung, und wir wissen, dass die Lehrerschaft auch bereit ist, diese Verantwortung zu übernehmen.

Herr Zeller, es wird Ihnen auch heute mit dieser Mündlichen Anfrage, die eigentlich überholt und veraltet ist, nicht gelingen, einen Keil zwischen Lehrerschaft und Regierung oder zwischen Regierung und CDU-Fraktion zu treiben.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort zu einer Zusatzfrage hat Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Staatssekretär, würden Sie erstens zur Kenntnis nehmen, dass ich in meiner Anfrage keine Namen genannt habe, mir aber auf Befragen des zuständigen Journalisten, der diesen Artikel verfasst hat, bestätigt wurde, dass die in diesem Artikel gemachten Äußerungen genau so gefallen sind, und dass alles, was heute hier an Versuchen unternommen wird, die schlimmen Äußerungen verniedlichen soll? Diese Äußerungen von Herrn Oettinger wurden so gemacht. Würden Sie dies zur Kenntnis nehmen?

Zweitens: Sind Sie, nachdem die Statistik, die ja von Ihnen vorgelegt wird, zeigt, dass wir inzwischen einen Altersdurchschnitt von über 50 Jahren bei den Lehrern haben, bereit, durch entsprechende Maßnahmen verstärkt jüngere Lehrerinnen und Lehrer in den Schuldienst einzustellen, Maßnahmen wie zum Beispiel die Einstellung auf der Basis von Zweidritteldeputaten oder die Einführung von Altersteilzeit? Sind Sie dazu bereit, solche Schritte zu unternehmen?

(Unruhe)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf um mehr Ruhe bitten.

Staatssekretär Köberle: Herr Zeller, gleich drei Fragen auf einmal.

Zur ersten Frage: Es gibt unbestritten eine Presseberichterstattung über diese bestimmte Veranstaltung. Das ist das eine.

(Abg. Zeller SPD: Diese Aussagen sind so getroffen worden! – Gegenruf der Abg. Ursula Lazarus CDU: Waren Sie dabei? – Abg. Zeller SPD: Ich habe den Journalisten gefragt, weil ich geahnt habe, dass hier wieder alles abgewimmelt wird! – Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Rau CDU: Der Veranstalter hat eine Erklärung abgegeben! Ignorant!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, den Herrn Staatssekretär die Beantwortung vornehmen zu lassen.

(Abg. Zeller SPD: Eine Entschuldigung wäre eigentlich angebracht gewesen! – Unruhe und Zurufe)

– Die wäre schon oft angebracht gewesen.

Staatssekretär Köberle: Wir sind doch in der Fragestunde, Herr Zeller. Das Parlament hat verschiedene Formen, bestimmte strittige Themen zu diskutieren. Dann müssen Sie eine andere Form wählen, um zu zeigen, was Sie wollen.

(Bravo! und Beifall bei der CDU)

Ich stelle noch einmal fest: Es liegt auf dem Tisch erstens eine Presseberichterstattung über die Veranstaltung und zweitens eine ausführliche Erklärung des Wirtschaftsrats, des Veranstalters, eine Presseerklärung, die nach meiner Übersicht nicht in der Presse erschienen ist, die aber den Vorteil hat, dass sie die diskutierten Äußerungen in einen größeren Zusammenhang stellt. Das ist die Ausgangslage, über die wir diskutieren können.

Der zweite Punkt, der zweite Teil der Frage lautete, ob ich zur Kenntnis nehme, dass unsere Lehrerschaft 50 Jahre oder älter ist. Sie ist im Durchschnitt nicht 50 Jahre alt.

Da bin ich gleich bei der dritten Frage. Das wissen Sie genauso wie ich: Das ist eine rhetorische Frage. Wir tun in Baden-Württemberg alles Mögliche und finanziell Machbare, um so viel wie möglich junge Menschen in den Schuldienst unseres Landes einzustellen.

(Abg. Zeller SPD: Ich habe zwei konkrete Beispiele genannt! Verstehen Sie das nicht?)

Das ist völlig unumstritten. Ich brauche da nicht auf gemeinsame Anstrengungen von 1992 bis 1996 zu verweisen, die fortgeführt werden.

(Abg. Zeller SPD: Zwei konkrete Beispiele!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen noch fünf Wortmeldungen zu Zusatzfragen vor. Die Zeit für die Fragestunde ist an sich vorbei. Ich möchte die Fragen aber zu Ende führen, bitte jedoch die Fragesteller, keine Korreferate zu halten.

Frau Abg. Rastätter, Sie haben das Wort.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Staatssekretär, sind Sie bereit, Äußerungen wie die, Lehrer und Lehrerinnen in Baden-Württemberg, die über 50 Jahre alt sind, seien faule Hunde, in aller Schärfe als Beleidigung und auch als Verletzung der Würde von Menschen, die, wie Sie sagen, in der überwiegenden Mehrheit in ihrem Beruf zum Wohl der Kinder in Baden-Württemberg arbeiten, zu rügen und zurückzuweisen? Sind Sie bereit, dies schärfstens zu rügen und zurückzuweisen?

Stellv. Präsident Weiser: Frau Abgeordnete, der Herr Staatssekretär hat die Frage verstanden.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Erste Frage.

Zweite Frage: Sind Sie bereit, die Äußerung zur Überalterung der Lehrerschaft als eine Äußerung zu bewerten, die sich rein auf demographische Angaben bezieht und somit wertneutral ist, die sich darauf bezieht, dass wir in Baden-Württemberg einen ungünstigen Aufbau in der Alterspyramide der Lehrerschaft haben und dass es sinnvoller wäre, wenn wir eine Alterspyramide hätten, in der die junge Generation der Lehrkräfte stärker vertreten ist?

Stellv. Präsident Weiser: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Köberle: Liebe Kollegin Rastätter, der zweite Teil Ihrer Frage lässt sich leicht zustimmend beantworten. Ich habe vorhin schon gesagt – ich wiederhole mich jetzt –, dass wir alles tun, was möglich ist, um dieses Ziel, welches Sie gerade formulieren, zu erreichen.

Zum ersten Teil der Frage habe ich mich sehr deutlich geäußert, was die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen zur Schule und zu den engagierten Lehrerinnen und Lehrern sagen. Das brauche ich nicht zu wiederholen. Es ist aber schon eigenartig, wenn Sie von mir erwarten, dass die Landesregierung Äußerungen von Abgeordneten des Parlaments kommentiert. Normalerweise ist doch die Spielregel anders herum, dass der Landtag dazu da ist, das, was die Landesregierung tut, zu kommentieren.

(Zurufe der Abg. Schöffler und Schmiedel SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, das Wort hat Frau Abg. Haußmann.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Staatssekretär, trifft es zu, dass der Leistungsgedanke bei Lehrerinnen und Lehrern in den Hintergrund geraten ist, und welche Konsequenzen zieht die Landesregierung daraus?

Noch eine zweite Frage: Ist die Landesregierung bereit, dem Fortbildungsbereich mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Qualität der schulischen Arbeit zu verbessern?

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf Sie aber jetzt, nachdem die Zeit für die Fragestunde abgelaufen ist, bitten, sich wirklich an das Thema, das hier gefragt war, zu halten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das gehört dazu, Herr Präsident!)

– Nein, das, was Sie gefragt haben, hat damit nichts zu tun.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oh doch!)

– Herr Staatssekretär, trotzdem.

Staatssekretär Köberle: Die Fragen sind schon gut verteilt, Herr Zeller und Frau Haußmann. Zum ersten Teil der Frage: Geben Sie mir bitte nochmals ein Stichwort.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Leistungsbereitschaft und was das für Konsequenzen hat!)

– Also, sagen Sie doch einmal offen, auf welchen Punkt Sie hinauswollen. Ich kann hier noch eine halbe Stunde stehen und auf das verweisen, was Ministerpräsident, Landesregierung, Kultusministerin und Fraktionen immer wieder zum Thema Leistung in den Schulen sagen. Es vergeht hier keine bildungspolitische Debatte, in der nicht die Leistungen der Lehrerschaft positiv gewürdigt werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber uns fehlen die Taten!)

Sie möchten jetzt irgendetwas anderes hören, aber die Antwort brauche ich Ihnen nicht zu geben.

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich weise darauf hin: Wir befinden uns hier nicht in einer allgemeinen bildungspolitischen Debatte,

(Abg. Wacker CDU: So ist es!)

sondern in der Fragestunde zur Beantwortung einer konkret gestellten Frage.

(Abg. Wacker CDU: Sehr gut!)

Frau Bregenzer, bitte.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Staatssekretär, wenn Sie sagen, Herr Oettinger habe diese – Sie haben das ja sehr blumig umschrieben – Äußerung nicht gemacht, was hatte dann Frau Ministerin Schavan für einen Anlass, diese Äußerung zurückzuweisen, und welchen Anlass hat Herr Oettinger, sich für diese Äußerung entschuldigen zu wollen? Das ist meine erste Frage.

Meine zweite Frage ist: Wenn Herr Oettinger diese Äußerung in dieser oder ähnlicher Form gemacht hat und Sie das verteidigen, wird es dann in Zukunft auch möglich und werden Sie das dann ebenso verteidigen, dass man Abgeordnete, bei denen es auch mehr oder minder fleißige gibt, die 50 Jahre und älter sind, als „faule Hunde“ bezeichnet?

Staatssekretär Köberle: Wir drehen uns hier im Kreis.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Ich habe zwei Fragen gestellt!)

Ich habe mich bezogen auf den Zustand, den wir haben.

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich möchte Sie jetzt bitten, Herr Staatssekretär – die Zeit für die Fragestunde ist abgelaufen –, die erste Frage zu beantworten. Die zweite, die Vorwürfe gegenüber Abgeordneten betrifft, hat mit der Fragestunde nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Republikaner)

Staatssekretär Köberle: So ist es. – Frau Kollegin Brengener, Sie nehmen den Informationsstand der letzten Woche als Ausgangspunkt. Wir wissen jetzt mehr, weil sich die direkt Beteiligten geäußert haben, wie der Ablauf der Veranstaltung war.

(Abg. Zeller SPD: Der Journalist war direkt beteiligt!)

Das war die Ausgangslage für mich, aufgrund der ich eine Bewertung vorgenommen habe.

(Abg. Zeller SPD: Der Journalist war direkt beteiligt!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort zur zweitletzten Frage hat Herr Abg. Capezzuto.

Abg. Capezzuto SPD: Herr Staatssekretär, Sie stimmen mir mit Sicherheit zu, dass der Kollege selber die zitierte Äußerung nicht dementiert hat.

(Abg. Hauk CDU: Stellen Sie jetzt eine Frage an die Landesregierung oder an ein Mitglied des Landtags?)

– Ja, mache ich doch gerade! Halten Sie sich doch zurück! Sie können sich doch melden.

(Abg. Hauk CDU: Fragen Sie ihn doch selber! – Gegenruf: Er ist doch nicht da!)

Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, dass in einem Radiointerview der Kollege äußerte?: „Da spricht man einmal die Sprache, die die Leute verstehen, und dann ist es auch nicht recht!“ Ist Ihnen diese Aussage auch bekannt?

(Heiterkeit)

Staatssekretär Köberle: Diese Aussage ist mir nicht bekannt.

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, wir haben hier Fragen an die Landesregierung. Wer den Abgeordneten Oettinger fragen will, kann dies tun. Der Herr Staatssekretär hat hier nicht Abgeordnete zu vertreten; er vertritt die Landesregierung. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir uns an die Geschäftsordnung halten sollten.

Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Köberle: Die Antwort auf die Frage von Herrn Capezzuto ist gegeben.

Stellv. Präsident Weiser: Gut. – Das Wort hat Herr Abg. Rau.

Abg. Rau CDU: Herr Staatssekretär, teilen Sie meine Beurteilung, dass es von ziemlicher Ignoranz zeugt, wenn

man die Erklärung eines Veranstalters zum Verlauf einer Veranstaltung nicht zur Kenntnis nehmen will, wie das hier offensichtlich bei einigen Fragestellern der Fall war?

(Zurufe von der SPD)

Zweitens: Würden Sie bitte in Ihre Informationen mit aufnehmen, dass der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Günther Oettinger, gestern mit sämtlichen Lehrerverbänden über den Ablauf der Veranstaltung gesprochen hat

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Deshalb ist er heute nicht da!)

und dass die Lehrerverbände seine Erklärung zu der Veranstaltung

(Abg. Capezzuto SPD: Entschuldigung, keine Erklärung!)

als in der Sache ausreichend empfunden haben.

Staatssekretär Köberle: Ich teile diese Ansicht. Sie ist richtig.

(Abg. Zeller SPD: Sagen Sie jetzt, der Journalist hat gelogen?)

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank. – Herr Abg. Kurz.

Abg. Kurz CDU: Herr Staatssekretär, sind Sie mit mir der Auffassung, dass die Fragestunde mit den zusätzlichen Fragen völlig missbraucht wurde,

(Beifall des Abg. List CDU – Lachen bei der SPD)

und stimmen Sie mir darin zu, dass solche Fragen eher an den Landtagspräsidenten zu richten wären?

Staatssekretär Köberle: Ich stimme Ihnen zu, will aber einen Satz hinzufügen. Herr Zeller, Sie haben heute das Problem, dass Sie, ausgehend von Presseberichten, eine Strategie entwickelt haben, die eigentlich nicht durchhaltbar ist.

(Abg. Zeller SPD: Ich habe mich bei dem Journalisten erkundigt, und er hat alles bestätigt!)

Dadurch kommen Sie jetzt in größte Schwierigkeiten, nehmen aber nicht zur Kenntnis, dass es auch andere Darstellungen der Veranstaltung gibt. Das ignorieren Sie.

(Abg. Zeller SPD: Sie versuchen, alles weichzuspülen!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich schließe hiermit die Fragestunde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben schon zehn Minuten überzogen. Wir führen hier keine kulturpolitische Debatte. Wer noch eine Antwort wünscht, kann sie schriftlich beantragen und erhält sie dann schriftlich. Ich praktiziere hier nur die Geschäftsordnung.

(Abg. Haas CDU: Sehr gut, Herr Präsident!)

Die Fragestunde ist beendet.

(Stellv. Präsident Weiser)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Reform der Einschulung und des Schulanfangs – Drucksache 12/3658

Wem darf ich das Wort erteilen? – Das Wort hat Frau Kuri.

Abg. Ursula Kuri CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Schulanfang auf neuen Wegen“ ist ein Projekt für das nächste Jahrtausend. Eine kindgerechtere Einschulung, die den individuellen Voraussetzungen des Kindes gerecht wird, und ein sorgsamer Umgang mit der Lebenszeit der Kinder in den Schulen sind Ziel des Projektes „Schulanfang auf neuen Wegen“, das in Baden-Württemberg jetzt gestartet wurde.

Beim Start dieses Projektes im Schuljahr 1997/98 beteiligten sich bereits 169 unserer Grundschulen; heute sind es 313. Nachdem das Projekt auf den Weg gebracht worden ist, ist die Zahl der Zurückstellungen in hohem Maße zurückgegangen, und die Möglichkeit der vorzeitigen Einschulung ist von sehr vielen Eltern wahrgenommen worden.

Schon im Dezember 1997 wurde der Einschulungstichtag flexibilisiert. Diese Erleichterung gilt seit dem Schuljahr 1998/99. Dies ist für Baden-Württemberg ganz besonders wichtig, weil bei uns das Schuljahr durch die langen und spät beginnenden Ferien erst sehr spät, im September, anfängt.

Die Kinder, die zwischen dem 1. Juli und dem 30. September geboren sind, hatten nach dem alten Einschulungstermin keine Möglichkeit, vorzeitig in die Schule zu kommen. Der ursprüngliche Termin, der auch heute noch gültig ist, aber erweitert wurde, ist der 30. Juni.

Etwa ein Drittel der Eltern, deren Kinder zwischen dem 1. Juli und dem 30. September geboren sind, haben bereits von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Kinder vorzeitig in die Schule zu schicken, und dies, obwohl für die in diesem Zeitraum geborenen Kinder keine Schulpflicht besteht. Die Kinder werden angemeldet und dadurch schulpflichtig.

Eine kleine Anmerkung am Rande: Für die Einschulung der Kinder, die in den Monaten Juli, August und September geboren sind, ist es auch nicht mehr notwendig, die Untersuchung beim Gesundheitsamt wahrzunehmen. Dies ist wohl in einigen Bereichen noch nicht bekannt. Die Untersuchung kann von den Kindern bzw. deren Eltern nicht mehr gefordert werden. Ich wäre sehr dankbar, wenn verbreitet werden könnte, dass dem so ist.

Darüber hinaus ist die Antragstellung auf vorzeitige Einschulung ab dem 1. Oktober weiter erleichtert worden.

Neben der neuen Stichtagsregelung ist für die Weiterentwicklung unserer Grundschule auch die unterschiedlich lange Verweildauer der Kinder in der Eingangsstufe ein ganz wichtiges Kriterium. Dies hat auch Einfluss auf den Anfangsunterricht, der vor diesem Hintergrund weiterentwickelt und den individuellen Situationen der Kinder gerecht werden muss. Dies gilt für die Pädagogik, die Methodik und die Didaktik.

Jahrgangsübergreifendes Lernen, freies Arbeiten, selbstständige Arbeit, wie sie die Reformpädagogik seit langem kennt, Teamarbeit, die Großen helfen den Kleinen: Das sind wichtige Aspekte beim Projekt „Schulanfang auf neuen Wegen“.

Gestatten Sie mir eine kleine Randbemerkung: Wenn wir wissen, dass bei Kindern der beste Zeitpunkt zum Erlernen einer Fremdsprache das Alter zwischen fünf und sechs Jahren ist, müssen wir den Kindern die Möglichkeit dazu bieten. Das Projekt „Schulanfang auf neuen Wegen“ beschreibt diesen Weg intensiv. Baden-Württemberg steht mit diesem Projekt an der Spitze der Bewegung in den Bundesländern. Das muss auch so bleiben.

Ich möchte die wichtigsten Punkte zusammenfassen. Diese Modelle – es gibt drei mit Unterteilungen, über die wir 1999 einen Zwischenbericht und 2001 eine Dokumentation erwarten – werden in realistischen, alltäglichen Situationen im Schulalltag erprobt. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet. Nützen wir die Möglichkeit der rechtzeitigen Einschulung. Eine verspätete Einschulung kann sehr schaden, da die Phasen der Lernfreude und der besonderen Neugierde auch verpasst werden können.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Eine andauernde Überforderung ist ebenso schädlich wie eine andauernde Unterforderung. Die Kinder haben ein Recht darauf, ihrer Begabung entsprechend gefördert und gefordert zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Geben wir den Kindern eine Chance, zum richtigen Zeitpunkt in den Schulalltag einzusteigen und nur so lange in der Eingangsstufe zu verweilen, wie es nötig ist.

Ich wünsche dem „Schulanfang auf neuen Wegen“ breiten Erfolg, eine positive Zusammenarbeit zwischen Eltern, Lehrern und Schülern und auch im Verbund mit der neu gestalteten familiengerechten Grundschule weiter viel Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Bregenzer.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schön, Frau Schavan, dass Sie da sind. Ich nehme an, Sie sind mit dem Entschuldigungsschreiben fertig, das Sie an Ihren Kollegen Oettinger geschrieben haben, nachdem der Herr Staatssekretär soeben dargestellt hat, dass Herr Oettinger das, weswegen Sie ihn so angegriffen haben, gar nicht gesagt hat.

Wir haben es hier mit der Ausführung eines Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom Oktober 1997 zu tun. Es ging darum, die Lebenssituation der Kinder und die Entwicklung der Kinder in die Schule aufzunehmen und nicht die Kinder an die Schule anzupassen. Wissenschaftliche Studien und der Alltag in Kindergarten und Schule zeigen, dass Kinder zunehmend Sprachprobleme haben,

(Abg. König REP: Heute Morgen habt ihr das noch bestritten!)

(Carla Bregenzer)

dass sie Entwicklungs-, Sozial- und Sprachentwicklungsauffälligkeiten haben und die Schule darauf reagieren muss. Ziel dieses Beschlusses der Kultusministerkonferenz ist, eine Weiterentwicklung über Modelle zu ermöglichen. Andere Bundesländer haben dazu übersichtliche und klar unterscheidbare Modelle mit klaren Hypothesen und klaren Zielfragen

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

über die grundsätzliche Neustrukturierung der Grundschule und damit Themen wie sechsjährige Grundschule und Orientierungsstufe verbunden.

Der Beschluss der Kultusministerkonferenz ist gut durchdacht. Dass wir in Baden-Württemberg dazu trotzdem in kritischer Distanz stehen, hängt mit der hier in Baden-Württemberg geführten Diskussion, unter anderem untermalt mit der Aussage „Weichspülergeneration“, und auch mit den hiesigen Problemen zusammen.

Erster Punkt: Diese Modelle erhalten vier zusätzliche Stunden. Das ist im Prinzip richtig, wichtig und gut. Aber sie gehen in vielen Bereichen zulasten anderer Aufgaben oder bleiben Theorie, wie im Schulamtsbezirk Karlsruhe, wo 40 Stunden für 30 Modelle vorgegeben sind.

Zweitens: Den Lehrerinnen und Lehrern wird ein drastisch erhöhter Aufwand abgefordert, für Absprachen, für Teamunterricht, für Kooperation zwischen Schule und Kindergarten, Schule und Förderschule, für Hospitationen, für Förderpläne, für Elternarbeit. Sie erhalten dafür keinerlei Ermäßigung. Sie sind dafür in der Regel auch nicht ausgebildet. Aber sie tun das mit großem Engagement und mit großer Freude. Aber gleichzeitig werden sie vom CDU-Fraktionsvorsitzenden – ich will es nicht noch einmal wiederholen – abgedeckt.

(Abg. Seimetz CDU: Scheinheiliges, dummes Zeug! – Abg. Ingrid Blank CDU: Das passt doch gar nicht zu Ihrem Niveau! Lieber Gott!)

Weil das aber offensichtlich zu seinem und Ihrem Niveau passt, wiederhole ich die beleidigende Aussage über die „faulen Hunde“, die keine Motivation haben.

(Unruhe und Zurufe von der CDU)

Dritter Punkt: Die Begründungen, die dafür geliefert wurden, die Einschulungsmodalitäten zu verändern, betrafen in Baden-Württemberg die Thematik: Eltern verhätschelten zunehmend ihre Kinder, Kinder würden nicht genug gefordert, sie würden zu sehr verwöhnt.

Die Stellungnahme der Landesregierung zu Ihrem Antrag entlarvt sich als eine durchsichtige politische Argumentation, um Veränderungen zu erreichen, denn seit 20 Jahren sind die Rückstellungen gleich geblieben, und seit 15 Jahren ist die Zahl der frühzeitigen Einschulungen gleich geblieben. Es hat also keine Entwicklung zur Verhätschelung stattgefunden, es hat in den letzten Jahren, ja sogar in den letzten Jahrzehnten keine Entwicklung hin zu mehr Fürsorge für Kinder stattgefunden, und das trotz der zunehmenden Schwierigkeiten bei den Kindern und trotz der zunehmenden Aufgaben, die den Schulen zugewiesen wurden.

Jetzt wird die frühe Einschulung noch forciert, obwohl die Essener Bildungsforscherin Bellenberg festgestellt hat, dass 30 % der frühzeitig eingeschulten Kinder wiederholen

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

und dass diese dreimal häufiger als regulär eingeschulte Kinder wiederholen.

(Abg. Deuschle REP: Heute Morgen war das kein Thema! – Zuruf des Abg. Göbel CDU)

– Sie sollten vielleicht manchmal einfach auch wissenschaftliche Untersuchungen lesen und nicht nur Landtagsdrucksachen.

(Abg. König REP: Und mir besser zuhören!)

Der vierte, ganz besonders pikante Punkt ist, dass bei den 16-, 17-Jährigen das Kurssystem abgeschafft wird. Die 16-, 17-Jährigen, junge Erwachsene, sollen wieder in den Klassenverband zurückgeführt werden, aber bei den Fünf- und Sechsjährigen schaffen wir den Klassenverband ab und führen den Kursunterricht ein.

(Zuruf des Abg. König REP)

Entlarvend für die eigene Zielsetzung ist schließlich aber, dass die Diskussion immer auf dem Hintergrund geführt wird, dass unsere Kinder zu spät in die Schule kämen, zu lang in die Schule gingen und zu wenig Leistung brächten. Auch das sind Aussagen Ihres Fraktionsvorsitzenden. Es verstärkt sich der Verdacht, dass dem Turbogymnasium eine Turbogrundschule vorgeschaltet werden soll.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen und auch Frau Schavan, wir wollen gerne gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern, gemeinsam mit Ihnen und den vielen vernünftigen Eltern darüber wachen, dass gut gedachte Vorschläge der Kultusministerkonferenz auch gut umgesetzt werden und dass das in Baden-Württemberg nicht zu einer Zunahme des Drucks auf Kinder und Eltern führt, auch nicht zu einer Zunahme des Drucks im Kindergarten. Ich weiß, wovon ich rede; ich bin dort jede Woche einmal. Dazu gehört auch, dass dieser Druck in der Grundschule nicht zunimmt, sondern dass wir eine andere Grundschule, eine kindgerechte Grundschule finden. Dazu gehört die verlässliche Grundschule, wo neben den intellektuellen auch die emotionalen, die sozialen und die kreativen Entwicklungen gefördert werden.

Frau Schavan, Sie haben unsere Unterstützung bei allem, was die positive Grundlage für das lebenslange Lernen der Kinder in Baden-Württemberg schafft, und Sie haben unseren Widerstand bei allem, was die Schule zum Durchlauf-erhitzer macht.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für meine Fraktion, für die Grünen, kann ich sagen: Wir haben das Projekt „Schul-anfang auf neuen Wegen“ von Anfang an unterstützt, weil

(Renate Rastätter)

damit die Eingangsstufe der Grundschule pädagogisch stärker an den Lern- und Leistungsbedürfnissen jedes einzelnen Kindes orientiert wird und weil damit auch die soziale Integration aller Kinder gestärkt und besser gefördert wird.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang insbesondere die Einführung von jahrgangsübergreifenden, altersgemischten Klassen, weil sie große Vorteile für alle Kinder bringen. Diese Vorteile sind ja schon seit vielen Jahrzehnten aus der Reformpädagogik bekannt. Sie werden zum Beispiel bereits jahrzehntelang in Montessori-Klassen in Baden-Württemberg praktiziert und auch in anderen Ländern und in anderen Bundesländern erfolgreich durchgeführt.

Wie mir Lehrerinnen und Rektorinnen von Grundschulen berichten,

(Abg. König REP: Männer hat sie überhaupt keine gefragt!)

gibt es speziell in den altersgemischten Klassen einen großen Schub an selbstständigem Lernen und Arbeiten. Es gibt einen Schub an gegenseitiger Rücksichtnahme der Kinder. Die Kinder arbeiten ruhig, weil sie die anderen nicht stören wollen. Helfen und helfen lassen wird intensiv geübt und praktiziert. Alle Kinder haben bessere Lernchancen: die älteren Kinder mit Lernschwächen, weil sie das bereits Gelernte noch einmal wiederholen können, ohne dass sie sich dabei etwas vergeben, und die jüngeren, schnelleren, weil sie schon mit den älteren mitlernen können und sie, wie die Rektorin Haug in Heilbronn gesagt hat, die Ohren spitzen, wenn die älteren etwas lernen, und schon mitmachen, wenn sie dazu in der Lage sind.

Aus Hessen liegt von Frau Professorin Dr. Faust-Siehl, die ja früher hier in Baden-Württemberg gelehrt hat,

(Abg. Wieser CDU: Ich kenne sie gar nicht! – Abg. König REP: Ich auch nicht!)

jetzt das Ergebnis einer wissenschaftlichen Studie vor mit zwei Fragestellungen zu den Sozialbeziehungen und den Mathematikleistungen. Sie sagt, dass sich die mit diesem pädagogischen Konzept verbundenen Erwartungen, dass sich Beziehungen und Freundschaften zwischen Kindern unterschiedlichen Alters entwickeln, in vollem Umfang bestätigt haben und die Kinder gleichermaßen bei ihren Lernleistungen profitieren, in diesem Fall in Mathematik, weil die jüngeren, die besonders befähigten, schon bei den älteren mitmachen können, aber auch die schwächeren durch die Hilfestellungen der älteren gefördert werden. Allerdings betont sie, dass die besonders begabten Kinder dann zusätzliche Angebote brauchen, weil sie ja nicht mit älteren mitlernen können.

Wir stehen in Baden-Württemberg mit der Reform der Eingangsstufe allerdings noch am Anfang. Zwar sind an den Modellen 12,5 % der Schulen beteiligt, aber die anspruchsvollen Modelle der jahrgangsübergreifenden Klassen finden erst an 2,5 % der Schulen statt. Ich will damit aber nicht das pädagogische Engagement der Lehrerinnen anderer Grundschulen in Abrede stellen oder abwerten. Ich möchte betonen – und das weiß ich von meinen vielen Freundinnen an der Grundschule –, dass gerade an der Grundschule – –

(Abg. Wieser CDU: Freunde haben Sie dort keine?)

– Ich habe nun zufällig Freundinnen an der Grundschule.

(Abg. Wieser CDU: Es sind auch gute Lehrer dort!)

Ich kenne allerdings auch einen hervorragenden Rektor einer Grundschule, muss ich hinzufügen,

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

der übrigens auch bei diesen Modellen mitarbeitet. Ich registriere natürlich auch immer mit Freude, dass es zunehmend Rektorinnen an der Grundschule gibt.

(Abg. Wieser CDU: Hoffentlich sind die gut!)

Ich möchte hervorheben, dass Lehrerinnen an der Grundschule, insbesondere jene mit halbem Deputat, sich sehr engagieren und einbringen, weshalb auch moderne Arbeitsformen an der Grundschule mit am weitesten entwickelt sind, denke ich.

Meiner Meinung nach gibt es zwei Gründe, warum sich erst wenige Schulen an den altersgemischten Klassen beteiligen. Es ist in der Tat ein Paradigmenwechsel. Eltern und Lehrer können sich häufig nicht vorstellen, dass man Kinder in einer altersgemischten Klasse erfolgreich fördern kann. Der zweite Grund ist, dass in den Ballungsgebieten die Klassenstärken mittlerweile bis zum Klassenteiler ausgeweitet werden. Das heißt, bei Klassen mit 28, 29, 31 Kindern sind die Lehrkräfte so belastet, dass sie nicht mehr bereit sind, sich auch neuen pädagogischen Entwicklungen zu öffnen.

Deshalb wird eine wichtige Aufgabe der nächsten Jahre darin liegen, die Klassen an der Grundschule auf maximal 22 bis 24 Kinder zu reduzieren, weil dann Modelle wie jahrgangsübergreifendes Lernen erst wirklich erfolgreich praktiziert werden können.

(Abg. Wintruff SPD: Da schlägt es selbst Wieser die Sprache! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Das ist überall eingeführt, wo die Grünen an der Regierung sind!)

Ich sehe allerdings auch einen Handlungsbedarf für die Weiterentwicklung des Konzepts „Schulanfang auf neuen Wegen“. In der Lehrerbildung und in den Seminaren muss sehr viel intensiver die – –

Stellv. Präsident Weiser: Frau Abgeordnete, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Ja, gut. Dann will ich nur noch eines sagen: Es müssen in der Lehrerbildung die Konsequenzen gezogen werden, denn die jungen Lehrerinnen müssen an der Schule die Reform vorantreiben. Es muss auch bezüglich der Klassen 3 und 4 weitergedacht werden. Warum kann es da nicht auch jahrgangsübergreifende Klassen geben? Vor allem müssen diese selbstständigen Lernformen in die weiterführenden Schulen getragen werden. Denn es kann nicht sein, dass

(Renate Rastätter)

dann ein Kompetenzverlust an Selbstständigkeit stattfindet, weil die weiterführenden Schulen noch nicht diese pädagogische Weiterentwicklung praktizieren.

Stellv. Präsident Weiser: Frau Abgeordnete, der Antrag wird an den Ausschuss überwiesen. Sie können Ihre Ausführungen dort fortsetzen.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Das werde ich gerne tun. – Ich möchte nur betonen:

(Heiterkeit des Abg. Kiel FDP/DVP - Abg. Kiel FDP/DVP: Aufhören oder weitermachen, etwas anderes gibt es doch nicht!)

Im Zusammenhang mit der reformierten Eingangsstufe brauchen wir auch die zuverlässige Halbtagsgrundschule.

Ich bedanke mich und bin gern bereit, im Ausschuss weiter darüber zu diskutieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Kiel FDP/DVP: Das war jetzt wichtig, dass Sie das noch gesagt haben! – Abg. Wieser CDU: Eine Baumschule zu leiten ist leichter, Herr Präsident!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Tagesordnungspunkt passt genau zu einem so schönen Frühlingstag wie heute: Neues Leben sprießt aus alten Wurzeln.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Es ist gut, dass wir mit dieser Beratung öffentlich machen, dass sich unsere Schullandschaft positiv verändert. Fachleute wissen: Im ersten Schuljahr werden die Weichen gestellt, zum Beispiel die Festlegung dafür, ob es einem jungen Menschen in der Schule gefällt und er deshalb für sein Leben aus dem Unterricht Nutzen ziehen kann oder ob sich die Schulpflicht als lästiger Zwang darstellt, die lebenslang die Erinnerung prägt.

Im Einzelnen hebe ich aus der Stellungnahme des Kultusministeriums hervor:

- die positive Entwicklung der Zahl der Zurückstellungen und vorzeitigen Einschulungen,
- den Erfolg des jahrgangsübergreifenden Modells, insbesondere auch bei dem Modell mit variabler Verweildauer in der Eingangsstufe,
- die alternativen Formen der Schülerbeurteilung und des Schulberichts.

Ich möchte dringend darum bitten, dass man das von Praktikern inzwischen statt des Schulberichts vorgeschlagene direkte Gespräch mit den Eltern baldmöglichst prüft und auch einführt. Das scheint mir vielversprechend.

Das große Interesse von Eltern bei der Stichtagsflexibilisierung zeigt, dass hier Handlungsbedarf bestand. Unsere Fraktion hatte übrigens bereits 1993 einen eben solchen Antrag gestellt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die flächendeckende Einführung des zweiten Einschulungstermins sollte nicht zu lange auf sich warten lassen. Sie wäre auch wichtig für die Kommunen, weil man mit diesem zweiten Einschulungstermin eine Überfüllung in den Kindergärten vermiede,

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

die sich dort durch die Aufnahme zum dritten Geburtstag gegen Ende des Schuljahres immer anbahnt. Es wäre eine vernünftige Möglichkeit des Ausgleichs, wenn man Schüler, die reif dafür sind, wirklich auch frühzeitig in die Schule aufnehmen würde.

Gut gefällt mir die besonders genannte verstärkte Möglichkeit des voneinander Lernens bei altersgemischten Gruppen. Die von den Modellen ausgehenden Impulse werden im Übrigen über den Austausch in den Lehrerzimmern auch auf andere Klassenstufen überspringen. Ich kann hier nur auffordern: Join the winning team!

(Abg. König REP: Was heißt das auf Deutsch?)

Veränderte Verfahren beim Schulanfang bringen zugleich die dringend notwendige Weiterentwicklung der Schulverwaltung von der Kontrolle hin zu mehr Beratung, zu einer Aufsicht, die sich nicht am Ablauf, sondern am Ergebnis orientiert.

(Abg. Wieser CDU: Abschaffen! Liberale schaffen Verwaltung ab! Nicht neu aufnehmen!)

Die Aufsicht soll nicht ablauf-, sondern ergebnisorientiert sein, Herr Kollege.

Dass die Konzepte automatisch die Teamarbeit im Kollegium fördern, führt ebenso in die richtige Richtung wie die Tatsache, dass sie Unterrichtsformen verlangen, die die Selbstständigkeit von Schülerinnen und Schülern fördern. Durch entsprechende Aus- und Weiterbildung muss die dafür notwendige hohe Methodenkompetenz einem breiteren Kreis von Lehrkräften zügig vermittelt werden.

Die Beschränkungen des Landeshaushalts machen die Einführung solcher neuen Vorgehensweisen nicht einfacher. Deshalb an dieser Stelle ausdrücklich unser Dank an die engagierten Lehrkräfte jeden Alters;

(Abg. Kiel FDP/DVP: Auch an die über 50!)

denn gerade die von den Älteren eingebrachte pädagogische Erfahrung ist mindestens ebenso wichtig wie die Kenntnis moderner Methoden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Gilt das jetzt auch für die über 50-Jährigen? – Abg. Wieser CDU: Sagen Sie jetzt bitte noch etwas für die 40-Jährigen!)

Die beteiligten Lehrkräfte sahen sich bei überdurchschnittlichem Einsatz häufig mit starker geistiger, seelischer und wahrscheinlich auch körperlicher Herausforderung konfrontiert. Sie haben andererseits dabei auch Erfolgserlebnisse erzielt, die sich offensichtlich in größerer Berufszufriedenheit auszahlen.

(Heiderose Berroth)

Mit den hier erörterten neuen Wegen wurde ein erster inhaltlicher Schritt in Richtung einer verbindlichen Halbtagschule getan. In der nächsten Stufe müssen wir nun auf die verbindliche Einhaltung des Stundenplans hinarbeiten. Ich fordere das Kultusministerium auf, uns baldmöglichst seine Überlegungen vorzulegen, mit welchen – auch organisatorischen – Maßnahmen dies umgesetzt werden soll und an welchen Standorten es weiterführende Modelle hierfür gegeben wird.

Mit der Einführung von Fremdsprachen in die Grundschule – hier geht es mir, wohlgemerkt, vor allem um das Sprechen – wird die nächste Stufe folgen. Wem wirklich an der dauerhaften Einführung einer verbindlichen Halbtagschule gelegen ist, meine Damen und Herren, der muss allerdings sich und anderen Zeit lassen, damit man tragfähige Konzepte entwickeln und erproben kann.

(Abg. Wieser CDU: Die gibt es doch schon in anderen Ländern!)

Wie wir diese dringend notwendigen Weiterentwicklungen finanzieren können, das wird eine der spannendsten Aufgaben in den nächsten Jahren sein.

(Abg. Wintruff SPD: Schon wieder „in den nächsten Jahren“!)

Ich bin auf jeden Fall nicht bereit, mich mit der einfachen Vorhaltung „Das ist alles viel zu teuer“ zufrieden zu geben, sondern ich werde alle Kraft daransetzen, vernünftige, zeitgemäße und zukunftsorientierte Lösungen zu finden und umzusetzen.

Der „Schulanfang auf neuen Wegen“ war bei seinem Start stark umstritten. Die damals geäußerten Befürchtungen sind erfreulicherweise nicht eingetroffen. Die fehlende Fantasie mancher Erwachsener wurde in der konkreten Arbeit schnell von kompetenten Lehrkräften mit aufgeweckten Kindern durch gute Ergebnisse ersetzt und mit Leben erfüllt. Deshalb nochmals Dank an alle, die hieran beteiligt waren.

Ich wünsche mir in diesem Bereich eine möglichst schnelle, gute Ausbreitung der gewonnenen Erkenntnisse.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Wintruff SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Frau Berroth, sagen Sie noch, wie Sie das finanzieren!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abg. Wintruff SPD: Schnell!)

Im Lauf der Diskussion habe ich mich schon sehr über Sie, Frau Kollegin Bregenzer, gewundert. Sie sind nämlich in der Debatte über unseren Antrag heute Vormittag hier an das Pult getreten und haben gesagt, dass es keine Probleme mit Defiziten in der deutschen Sprache an unseren Schulen gebe. Gerade vorhin haben Sie wieder hier gestanden und haben gesagt: Es gibt solche Sprachprobleme. Was ist nun?

Gibt es Sprachprobleme nur, wenn die CDU oder die SPD hier eine Debatte eröffnen, oder gibt es Sprachprobleme auch tatsächlich,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Bei den Republikanern!)

und zwar fraktionsübergreifend?

(Beifall des Abg. Krisch REP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Bei Ihnen auf jeden Fall!)

Meine Damen und Herren, jetzt aber zum Antrag. Ich muss schon sagen, der CDU gehen offensichtlich die Themen aus, um Debatten im Plenarsaal führen zu können. Denn es ist wirklich ein Antrag, der eigentlich gar nichts bringt.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Die Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport enthält einen Vorbericht des Zwischenberichts der wissenschaftlichen Begleitkommission, der wissenschaftlichen Begleitung, sage ich schlicht und einfach einmal. Es ist einfach noch zu kurze Zeit vergangen, seit wir auf diesem neuen Weg zum Schulanfang und der Einschulung sind.

Meine Damen und Herren, für meine Fraktion kann ich hier nur noch einmal wiederholen: Es war uns immer ein Anliegen, die Einschulung etwas früher vorzunehmen, damit das durchschnittliche Einschulungsalter zumindest unter sieben Jahre fällt. Wir haben am 2. Oktober 1996 den Antrag Drucksache 12/472 eingebracht, den Einschulungstichtag vom 30. Juni auf den 30. September zu verlegen. Damals wurde dieses Begehren noch abgelehnt,

(Abg. Wieser CDU: Das war auch keine große Reform! Herr Kollege, das war auch keine große Reform!)

weil seitens der Kultusministerkonferenz in dieser Richtung noch keine Bewegung sichtbar war.

Nun, in der Zwischenzeit – seit 1997 – ist das möglich. Wir begrüßen, dass Eltern jetzt formlos die Einschulung von zwischen dem 1. Juli und dem 1. Oktober geborenen Kindern beantragen können.

Das Zweite, was wir sehr begrüßen und was immer unser Anliegen war, ist, dass auch die begabten Kinder nicht auf der Strecke bleiben. Das Modell A, das wir gerade in der Erprobungsphase haben, ist in der Tat ein Weg in diese Richtung, nämlich der Begabtenförderung schon in der ersten und zweiten Klasse. Nach dem Modell A ist es möglich, dass ein begabter, fähiger Schüler nur ein Jahr in dieser Eingangsklasse, in dieser Eingangsgruppe – sage ich einmal, weil es ja keine Klassen mehr sind – bleibt, während die Schüler, die dieses nicht in zwei Jahren schaffen, sogar ein drittes Jahr bleiben können, ohne den Makel der Nichtversetzung mit sich herumtragen zu müssen. Das ist okay.

Wir begleiten diese Anstrengungen mit unserem Wohlwollen. Wir werden den Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung sehr genau studieren. Wir werden dann auch noch entsprechende Vorschläge machen.

(König)

Was mir im Moment noch etwas Kummer bereitet oder wo ich im Moment noch nicht den richtigen Durchblick gewonnen habe – es geht meiner Ansicht nach verschiedenen Kollegen auch so –, ist das Modell C, das ja ein Sammelsurium verschiedener Möglichkeiten eröffnet und zulässt. Wenn ich es unter dem Gesichtspunkt sehe, dass man hieraus vielleicht noch andere Wege oder Möglichkeiten erkennen und gewinnen will, dann soll mir das recht sein. Aber, wie gesagt, der Zwischenbericht wird uns mehr zeigen und insbesondere dann der Schlussbericht, wenn dieser Modellversuch abgelaufen ist.

So wie es jetzt aussieht, scheint mir das Modell A – da sage ich noch eine kleine Einschränkung dazu – mit e i n e m Einschulungsstichtag das Geeignetste zu sein.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Kuri.

Abg. Ursula Kuri CDU: Frau Kollegin Bregenzer, zuallererst muss ich Folgendes sagen: Wir haben eine sehr kindgerechte Grundschule. Sie ist mitnichten so, wie Sie das beschrieben haben. Ich glaube, Frau Rastätter, wir liegen dabei schon sehr viel näher zusammen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Ich habe keine Beschreibung geliefert, ich habe Befürchtungen geäußert! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Sie haben gesprochen, jetzt sind Sie still! – Gegenruf der Abg. Carla Bregenzer SPD: Ausgerechnet Sie!)

An den Grundschulen gibt es ganz viele sehr engagierte Lehrerinnen und Lehrer aller Altersstufen. Ich möchte dies hier ganz dezidiert festhalten. Die Lehrer an den Grundschulen haben sich auch sehr viel Mühe gemacht, indem sie sich auf neue Methodik und neue Unterrichtsformen eingestellt haben. Das ist einfach Alltag. Eine andere Tatsache ist, dass ihre Arbeit jetzt mit den größeren Klassen manchmal schwieriger ist. In jedem Fall fehlt es in unseren Grundschulen bei allen Beteiligten nicht an Engagement.

Es kann überhaupt nicht die Rede davon sein, dass wir in den Klassen 1 und 2 ein Kurssystem einführen wollten. Die Möglichkeit des Verbleibens von einem, zwei oder drei Jahren in der ersten und zweiten Klasse soll den Kindern die Möglichkeit geben, nach ihren Bedürfnissen in der Grundstufe zu verweilen, solange das notwendig ist – die einen länger, die anderen kürzer. Warum sollten wir die aufhalten, die in der Lage sind, dies schneller zu durchlaufen, die vielleicht ältere Geschwister haben und deshalb schon lesen und schreiben können, wenn sie in die Schule kommen? Warum sollten wir denen nicht die Chance geben, schneller durchzukommen?

(Abg. König REP: Das habe ich ja gesagt!)

Ich freue mich sehr über das, was Frau Rastätter zu diesem Thema gesagt hat.

Stellv. Präsident Weiser: Frau Abg. Kuri, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rastätter?

Abg. Ursula Kuri CDU: Ja, bitte schön.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Frau Kuri, haben Sie festgestellt, dass bei den bisherigen A-Modell-Klassen – es sind insgesamt 64 – nur 16 Kinder, wenn man eine durchschnittliche Klassengröße von 20 bis 25 Schülern annimmt, also 1 % der Kinder, von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, schneller die Eingangsstufe zu durchlaufen? Die Sensibilität der Eltern ist offenbar doch sehr groß, dass sie ihre Kinder lieber im sozialen Verband belassen, selbst wenn sie leistungsmäßig schneller voranschreiten könnten.

Abg. Ursula Kuri CDU: Das ist sicher richtig. Es wird sicher noch ein bisschen Einübung bedürfen. Wir befinden uns noch im ersten Jahr dieser Versuchsphase. Es kann ja noch nicht alles so weit sein. Sicherlich ist auch festzustellen, dass sowohl die soziale wie die intellektuelle Entwicklung des Kindes berücksichtigt werden muss. Das ist ganz klar. Das eine muss mit dem anderen zusammenkommen, wenn das Kind die Grundstufe schnell durchlaufen soll. Aber ich bin in dieser Hinsicht ganz zuversichtlich. Die Zeit wird es bringen, wenn wir ein paar Jahre Erfahrung damit haben. Die wissenschaftliche Beobachtung erfolgt ja. Ich sehe keine Schwierigkeiten und bin in dieser Hinsicht sehr zuversichtlich.

Ich hätte gerne noch ein paar Bemerkungen zur Zurückstellung gemacht. Die Zahl der Zurückstellungen ist gravierend zurückgegangen. Es gibt Zahlen, die dies belegen. Das ist einfach Fakt und beruht darauf, dass mit diesem neuen Modell andere und bessere Möglichkeiten bestehen. Wenn ein Drittel der Eltern von der Möglichkeit der früheren Einschulung ihrer Kinder Gebrauch machen, ist dies, denke ich, auch eine Aussage.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Ein bisschen mehr Enthusiasmus, Herr Wieser! – Abg. Wintruff SPD: Nicht so müde, Herr Wieser!)

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank.

Das Wort hat die Frau Kultusministerin.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In einem anderen Zusammenhang habe ich gesagt: Die Grundschule ist die wichtigste Schulart,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: So ist es!)

weil dort Maßstäbe gesetzt werden, weil sich dort viele Entscheidungen für das Vertrauen der Schülerinnen und Schüler und gleichermaßen ihrer Eltern zur Schule abspielen.

Deshalb gilt auch der zweite Satz: Alles das, was für Grundschulen im Allgemeinen gilt, gilt noch einmal besonders für den Schulanfang und für die ersten beiden Jahre des so genannten Anfangsunterrichts.

Frau Bregenzer, nach dem, was Sie alles gesagt haben, komme ich zum Ergebnis: Sie sind nicht nur wieder dabei, fleißig an dem Etikett zu arbeiten, das Sie mir dann regel-

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

mäßig aufkleben. Daran gewöhnt man sich, nach vier Jahren ist das kein Problem mehr für mich.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das Sie pflegen! Sie pflegen das sorgsam!)

Zweitens stricken Sie jetzt aber auch an Legenden – und deshalb muss ich darauf schon einmal eingehen –: Die Kultusministerkonferenz und das „hinterherhinkende“ Land Baden-Württemberg, die wissenschaftlichen Untersuchungen, der Klassenverband oben, das Kurssystem unten, die Schule als „Durchlauferhitzer“ und schließlich die Conclusio „Was positiv ist, definieren wir, die SPD“.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Oh! Habe ich Sie so getroffen?)

– Das war so die Quintessenz Ihrer Rede.

Im wahren Leben geht das halt ein bisschen anders.

Erster Punkt: Das Hamburger Abkommen hat bis 1997 Veränderungen am Stichtag verhindert. Wir haben wesentlich zur neuen Vereinbarung der Kultusministerkonferenz beigetragen. Wir sind noch zwei Jahre danach das einzige Bundesland, das im Schulgesetz ausdrücklich die Möglichkeit aufgenommen hat, Erleichterungen bei der Einschulung vorzunehmen – Erleichterungen überhaupt nicht im Sinne von „Immer schneller“, sondern im Sinne von kindgerechtem besserem Eingehen

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

auf die größer gewordene Verschiedenheit von Kindern am Schulanfang. Die Kultusministerkonferenz hat diese Möglichkeit im Oktober 1997 verabschiedet,

(Zurufe und Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und bei uns ist die Schulgesetznovellierung im Dezember 1997 verabschiedet worden, also zwei Monate danach. Es gibt derzeit kein Bundesland, in dem sich so viele Schulen – es sind mittlerweile 313 Grundschulen – auf unterschiedliche Weise am Schulanfang auf neuen Wegen beteiligen. Die Untersuchungen, die Frau Professor Faust-Siehl – Sie haben es erwähnt, Frau Rastätter – begleitet, zeigen, dass zum Beispiel in Hessen, wo auch einiges auf den Weg gebracht wurde, weit weniger Schulen beteiligt sind.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Ganz bewusst!)

Ich bin davon überzeugt, dass der Schluss des ganzen Unternehmens eben nicht sein wird, wieder eine Form als für alle verbindlich festzuschreiben, sondern genau diese Spielräume, diese verschiedenen Wege am Schulanfang zu ermöglichen. Damit kommen die Schulen sehr viel besser zurecht. Das ist einerseits sehr viel kindgerechter und andererseits lern- und leistungsgerechter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU zur SPD: Da müssen Sie Beifall klatschen!)

Lassen Sie mich damit zur zweiten Legende kommen. Es kann doch wirklich niemand, der seit langem an bildungspolitischen Diskussionen beteiligt ist, auch im Jahr 1999

immer noch so tun, als schaffe man entweder eine kindgerechte oder eine leistungsgerechte Schule. Wir wissen jetzt aus vielen, vielen wissenschaftlichen Begleitungen von Schulen – das sagen mittlerweile übrigens Vertreter aller Parteien; Sie müssen da überhaupt keine Angst haben; man kann auch dazulernen –,

(Abg. Seimetz CDU: Aber nicht, wenn man bei der SPD ist!)

dass das zwei Seiten einer Medaille sind, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen kind- und jugendgerecht einerseits und lern- und leistungsgerecht andererseits gibt. Hören Sie deshalb auf mit dem Etikett, das mit der Schulwirklichkeit nichts zu tun hat. Der Schulanfang auf neuen Wegen ist nicht eingerichtet worden, um Kinder immer schneller durch die Schule zu schleusen. Von mir aus müssen überhaupt keine Kinder nach drei Jahren die Grundschule verlassen. Aber es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, verbreiterte Möglichkeiten, um der Verschiedenheit von Kindern, der Verschiedenheit von Lernvoraussetzungen gerecht zu werden.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist das Problem! Das kapieren die nie! Die wollen es auch nicht kapieren!)

Wer hier viele Möglichkeiten für Kinder schafft, der schafft auch eine Stabilisierung der Grundlagen, die sich für Kinder und Jugendliche im Bereich der weiterführenden Schulen positiv auswirken.

(Beifall bei der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Machen Sie das mal Ihren CDU-Kollegen in der Fraktion klar!)

Dritte Legende: Sie wissen doch auch längst, dass es überhaupt nicht um die Wiederherstellung des Klassenverbands in der Sekundarstufe II geht.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber klar!)

Hören Sie auf, es immer wieder zu sagen. Es geht einerseits um das Kurssystem, um die Beibehaltung der Stärken des Systems, und es geht andererseits darum, auch für neue Lernformen Strukturen zu schaffen. Und dazu gehört die zumindest partiell stabilere Lerngruppe.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Stabile Lerngruppen! Der Klassenverband!)

Meine Damen und Herren, ich will ein Wort zur Klassengröße sagen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, Gespräche, die dringend geführt werden müssen, nach draußen zu verlegen. Das gilt auch für die Fraktion Die Republikaner.

(Abg. Wieser CDU: Hoi! Das sind ja Schwätzer da drüben! – Abg. Haas CDU: Herr König!)

– Herr König! Interessiert Sie die Debatte nicht?

Bitte.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ich bin auch gleich fertig, Herr König.

Wir haben in den letzten Jahren manchmal über Klassen-
größen diskutiert. Wir wissen um den Stellenwert. Ich gebe
aber auch dem hohen Haus einfach noch einmal zur Kennt-
nis, nur damit wir auch da nicht an Legenden stricken, dass
die durchschnittliche Klassengröße in der Grundschule in
Baden-Württemberg bei 22,3 Kindern liegt. Der Anteil der
Klassen mit etwa 30 Kindern liegt bei 10 %. Ich sage das
nur, damit klar ist, wie die Korrelationen sind. Wir haben
nicht 90 % Grundschulklassen mit 30 Kindern. Das stimmt
einfach nicht. Das sind 10 %. Die Zahlen stagnieren. Sie
gehen in den nächsten Jahren zurück. Deshalb werden wir
noch bessere Rahmenbedingungen bekommen, um den
Schulanfang auf neuen Wegen nicht auf einige Schulen zu
beschränken, um nicht bei der Weiterentwicklung nur der
ersten beiden Jahre zu bleiben. Selbstverständlich hat das
auch Konsequenzen für die Schuljahre 3 und 4, für die Be-
treuung, für das Zusammenspiel von Unterricht und Be-
treuung, für die Fremdsprachen.

Meine Damen und Herren, das ist in anderen Ländern
längst anerkannt. Wenn dort über Grundschule in Deutsch-
land gesprochen wird, wenn über neue Wege am Schulan-
fang gesprochen wird, wenn über Fremdsprachenkonzep-
tionen gesprochen wird, wird gesagt: In Baden-Württem-
berg sind mehr Schulen als irgendwo sonst längst in Ent-
wicklungsprozessen, die vielfältig laufen, die gut laufen,
die wissenschaftlich begleitet werden. Der Zwischenbericht
kommt in diesem Jahr, der endgültige Bericht im Jahr
2001. Das ist überall anerkannt,

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

und deshalb finde ich es gut, dass das auch hier mittlerwei-
le – jedenfalls von einigen – anerkannt wird.

Liebe Frau Bregenzer, irgendwann wird es Ihnen langwei-
lig mit dem Etikett.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wenn Sie sich ein
neues zulegen!)

Dann können wir auch über die Sache diskutieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, in
der Aussprache liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor.

(Abg. Wieser CDU: Oh, das ist aber schade!)

Ich gehe davon aus, dass der Antrag an den zuständigen
Ausschuss überwiesen werden soll. – Sie stimmen der
Überweisung zu.

Punkt 5 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregie-
rung – Gesetz zur Änderung des Landespflegegesetzes –
Drucksache 12/3745**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschus-
ses – Drucksache 12/3842**

Berichterstatter: Abg. Mühlbeyer

Mit aufgerufen sind der Änderungsantrag der Fraktion der
CDU, der Fraktion der FDP/DVP, der Fraktion der SDP
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache
12/3888, sowie der Entschließungsantrag der Fraktion der
SPD, Drucksache 12/3889, und der Entschließungsantrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/3902.

Das Wort hat Herr Abg. Haas.

(Abg. Wacker CDU: Jetzt kommt eine gute Rede!)

Entschuldigung, Herr Abgeordneter, ich darf noch auf die
im Präsidium für die Allgemeine Aussprache festgelegte
Redezeit von fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Re-
dezeiten hinweisen.

Bitte, Herr Abgeordneter.

(Abg. Wacker CDU: Guter Mann!)

Abg. Haas CDU: Herr Präsident, meine Damen und Her-
ren! Ich werde mich bemühen, die Redezeit nicht auszunut-
zen.

Wir haben bei der Ersten Beratung über das Landespflege-
gesetz weitestgehend Einigung erzielt und haben auch,
glaube ich, gemeinsam bedauert, dass wir insbesondere das
Umlageverfahren aus rechtlichen Gründen nicht fortführen
können und deswegen die Aufhebung durch diese Geset-
zesnovellierung zum Tragen kommt. Es ist auf das rechtli-
che Risiko hingewiesen worden. Es tut uns in der Tat Leid,
dass das bewährte Instrument der Ausbildungsumlage nicht
mehr im Gesetz verankert bleiben kann. Es gibt ja auch
entsprechende Anträge von Grünen und der SPD, nach
dem 1. Januar 2000 eine Regelung zu treffen. Wir haben
aber bei der Ersten Beratung schon deutlich gemacht, dass
es auch uns – der FDP/DVP- und der CDU-Fraktion – ein
Anliegen ist, dafür zu sorgen, dass es eben keine Verände-
rung bei der Ausbildungsbereitschaft gibt, dass sie weiter-
geführt wird, dass wir alle ausbildenden Betriebe in ihrem
Anliegen, dafür zu sorgen, dass wir weiterhin qualifizierte
Fachkräfte im Pflegebereich haben, unterstützen.

Dafür werden wir sorgen, und wir werden auch dafür sor-
gen, dass die positive Entwicklung, die sich durch dieses
bewährte Instrument ergeben hat, weitergeführt wird. Es ist
ja eine gute Regelung; darauf ist vermehrt hingewiesen
worden. Wir haben zugesagt, wenn eine Änderung notwen-
dig wird, diese auch vorzunehmen. Insoweit können wir
die Anträge, die wieder vorgelegt wurden, ablehnen. Wir
haben auch deutlich gemacht, dass es gerade für die Aus-
bildung bei den ambulanten Pflegediensten nach wie vor
keine nachhaltige Konzeption gibt. Wir hoffen darauf, dass
der Bundesgesetzgeber mit dem Altenpflegegesetz, das
jetzt, glaube ich, zum 1. August 2000 angekündigt ist, ent-
sprechende grundsätzliche Rahmenbedingungen festlegt,
wie die Ausbildung der Altenpflegekräfte im ambulanten
Bereich aussehen kann und wie sie sich dann in der Zu-
sammenarbeit mit den stationären Einrichtungen darstellen
wird.

Die Anforderungen – das ist auch völlig klar geworden –
sind eben im stationären Bereich etwas anders als im am-
bulanten Bereich, und wir halten nach wie vor sehr viel da-
von, dass die Altenpflegekräfte im stationären Bereich aus-

(Haas)

gebildet und dann im ambulanten Bereich sozusagen zwangsläufig eingesetzt werden. Ich denke, dass wir insgesamt – das zeigt die Entwicklung in den letzten Jahren – auf einem guten Weg sind, was die Ausbildung angeht.

Der zweite Teil des Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes befasst sich aus unserer Sicht nicht mit einem Anhängsel, sondern mit der wichtigen Frage, wie die Weiterbildung geregelt werden soll. Ich freue mich, dass wir heute eine Zusage, die ich der Arbeitsgemeinschaft „Weiterbildung Pflegeberufe“ am 30. Juni 1998 gegeben habe, mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Landespflegegesetzes und dem Inhalt der Weiterbildungsmöglichkeiten für die Pflegeberufe erfüllen können.

Wir haben im Sozialausschuss über die Entbindungspflege, also die Hebammen, diskutiert und sind zunächst zu dem Schluss gekommen, dass wir sie nicht in das Gesetz aufnehmen müssen. Wir haben uns jetzt aber in den Fraktionen darauf verständigt, dass die Entbindungspflege mit einem weiteren Spiegelstrich neben den anderen Pflegeberufen aufgenommen wird.

Ich möchte zu dem Änderungsantrag Drucksache 12/3888 sagen, dass ihn die Fraktion Die Republikaner nicht mit unterschrieben hat, dass das aber nichts mit der Person von Herrn Krisch zu tun hat. Das will ich ausdrücklich sagen, weil er mit mir darüber gesprochen hat, dass die Fraktion Die Republikaner nicht auf dem Änderungsantrag steht.

Ich habe zugesagt, dass ich meine Redezeit nicht ausnutze, und will damit schließen. Ich will mich bei Minister Dr. Repnik und beim Ministerium dafür bedanken, dass der Gesetzentwurf, insbesondere der zweite Teil, in dem es um die Weiterbildung geht, so rasch auf den Weg gekommen ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Müller.

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf basiert in wesentlichen Teilen auf Gesetzentwürfen der SPD aus den Jahren 1997 und 1998. Wir freuen uns über diesen politischen Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Noch mehr freuen wir uns für die Weiterbildungswilligen in der Pflege. Sie erhalten künftig qualitätsgesicherte Angebote, anerkannte Abschlüsse und die Finanzierung nach dem Meister-BAföG. Wir freuen uns auch für die zu Pflegenden, die künftig qualitätsgesicherte Angebote erhalten.

Die SPD-Fraktion hat im Ausschuss noch einige kleine Verbesserungen erreicht. So sind künftig auch die Leitungskräfte qualifikationsgebunden, und wir haben gemeinsam den interfraktionellen Antrag eingebracht, die Entbindungspflege in das Gesetz einzubeziehen.

Wir haben von Ihnen, Herr Minister Dr. Repnik, die Zusicherung erhalten, dass die Weiterbildung Meister-BAföG-

konform sei und dass auch die Frage der nachträglichen Anerkennung und der Übergangsregelungen im Sinne der Betroffenen entschieden werde.

Zu lasch erscheint uns der Bezeichnungsschutz. Wir meinen, wenn man für Qualität in der Pflege plädiert, braucht man auch eine Qualitätssicherung im Bezeichnungsschutz.

Ich komme nun zum negativen Teil des Gesetzentwurfs. Ich meine damit die voreilige Aufgabe der Umlagefinanzierung. Herr Minister, Sie haben bei der Ersten Beratung gesagt, Sie wollten finanzielle Risiken vom Land abwenden. Wir sagen: Änderung ja – sie ist gesetzlich erforderlich –, aber Streichung nein.

Die Kehrseite der Medaille ist, dass sich das Land mit dem Gesetzentwurf aus der Verantwortung für die Pflegeausbildung verabschiedet.

(Abg. Heiler SPD: Ein Skandal!)

Wir haben in Rheinland-Pfalz – mit Beteiligung der FDP, Herr Noll! – ähnliche Regelungen. Dort hat die FDP im Gegensatz zu Baden-Württemberg gesagt: Wir sind dabei.

(Abg. Brechtken SPD: Wenn sie mit uns regiert, ist sie immer vernünftiger!)

Man hat die Umlagefinanzierung auf den ambulanten Bereich ausgedehnt. Sie haben jetzt die Hilfskonstruktion einer freiwilligen Regelung bis zum Jahr 2000. Sie wird aber auf Dauer nicht tragen. Mittelfristig wird sich die Ausbildungsbereitschaft für einen Zukunftsberuf verringern.

(Abg. Haas CDU: Das kann man auch herbeireden! Appellieren Sie doch in die Gegenrichtung und reden Sie nicht so ein Zeug herbei!)

Es wird auch Wettbewerbsnachteile für diejenigen Einrichtungen geben, die ausbilden, weil sie die Kosten selber zu tragen haben.

Meine Damen und Herren, in diesen Tagen kommt in dem Bereich der Altenpflege ein weiterer bedeutsamer Baustein; das ist die bundeseinheitliche Regelung der Altenpflegeausbildung. Während die alte Bundesregierung in diesem Bereich über Jahre das Chaos und die Uneinheitlichkeit hinnahm, hat die neue Bundesregierung in wenigen Monaten gehandelt.

Herr Noll, es gibt einen Kabinettsbeschluss über eine einheitliche Ausbildung in der Altenpflege. Ich halte das für einen sehr bedeutsamen Fortschritt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben nicht mehr, wie in der Vergangenheit, Herr Kollege Haas, 17 verschiedene Ausbildungsgänge, deren Abschlüsse nicht einmal gegenseitig anerkannt werden. Diese Berufe sind inzwischen EU-weit anerkannt. Es gibt einen Rechtsanspruch auf Ausbildungsvergütung. Ich meine, die Bundesregierung hat auch für die Altenpflegeausbildung in Baden-Württemberg einen sehr wesentlichen Baustein gelegt.

(Abg. Haas CDU: Den wir immer gefordert haben!)

(Dr. Walter Müller)

– Sie haben ihn immer gefordert, Herr Haas, haben Ihre Forderung aber nie umgesetzt. Das ist das Problem.

(Abg. Haas CDU: Wir konnten es ja nie machen!)

Sie haben sich immer hinter Bayern versteckt. Die neue Bundesregierung hat gehandelt –

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

im Interesse der Pflegeberufe und der Qualitätssicherung in der Pflege. Meine Damen und Herren, die Aus- und Weiterbildungsangebote in Baden-Württemberg werden sich demnach deutlich verbessern.

Im Land Baden-Württemberg muss der Ausbildung in der Pflege aber noch dringend ein dritter sehr wesentlicher Baustein hinzugefügt werden. Ich meine damit ein zukunftsorientiertes Angebot im Bereich der Fachhochschulen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Hier sind wir unter der Verantwortung der CDU bundesweit leider Schlusslicht.

(Zurufe der Abg. Haas und Wieser CDU – Gegenruf des Abg. Weimer SPD)

Es gibt eine geringe Zahl an Angeboten in Freiburg. Das Wissenschaftsministerium hat bereits 1994 den Bedarf anerkannt, aber getan hat sich auch bis zum Jahr 1999 nichts.

(Abg. Haas CDU: Sie haben ja unsere Konzeption immer abgelehnt!)

Sie können sich da auch nicht mit Geldfragen oder mit Haushaltsansätzen herausreden. Sie haben in der Zwischenzeit Angebote im Bereich der Berufsakademien ausgeweitet, Sie finanzieren Privatunis, aber Ihr Versprechen aus dem Jahr 1994, im Bereich der Fachhochschulen weitere Angebote zu unterbreiten, haben Sie immer noch nicht eingelöst.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, da geht es nicht um finanzielle Fragen. Für mich ist das ein Hinweis dafür, welchen Stellenwert für Sie die zu Pflegenden und die Pflegekräfte in Baden-Württemberg haben.

(Abg. Wieser CDU: Sie kriegen jetzt ein Kilogramm Kreide geschenkt, damit Sie wieder normal werden!)

Die SPD-Fraktion wird dem vorliegenden Gesetzentwurf aus den genannten Gründen zustimmen. Wir sehen dringenden Handlungsbedarf hinsichtlich der Umlagefinanzierung. Sie muss wieder eingeführt werden. Herr Minister Repnik, es gibt auch einen entsprechenden Beschluss des Sozialausschusses. Wir sehen noch größeren Handlungsbedarf, was die Fachhochschulausbildung angeht. Sie dürfen sich nach der Vorlage dieses Gesetzentwurfs also nicht zufrieden zurücklehnen, sondern müssen Ihre Hausaufgaben in den anderen Bereichen, vor allem in Bezug auf die Fachhochschulen, machen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Heiler SPD: Das war klar und deutlich!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wir begrüßen, dass die Weiterbildung in der Altenpflege nunmehr gesetzlich bzw. auf gesetzlicher Grundlage geregelt wird. Es ist gut, dass es damit anerkannte Abschlüsse gibt und auch die Finanzierung über den Weg des Meister-BAföG geregelt ist. Hier liegt ein entscheidender Fortschritt vor. Da der Kollege Müller das Thema des politischen Copyrights bereits aufgemacht hat, möchte auch ich sagen, dass ich darin

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

die Frucht unserer Bemühungen sehe, Herr Wieser, nachdem wir zum Thema „Zukunft der Pflegeberufe“ vor einigen Jahren eine Große Anfrage vorgelegt und in einer großen parlamentarischen Anhörung erörtert haben, welcher Handlungsbedarf auch auf Landesebene bestünde. Das Thema Weiterbildung war dabei sehr wichtig.

Deswegen will ich gleich anfügen – der Kollege Müller hat es schon angesprochen –: Es ist noch nicht alles getan, was geleistet werden müsste,

(Abg. Wieser CDU: Das ist wahr!)

um die Zukunft der Pflegeberufe und die Zukunft in den Pflegeberufen, die wir ja dringend brauchen, zu sichern.

In Baden-Württemberg geht insbesondere das Angebot an Fachhochschulstudiengängen nicht weit genug. Die Forderungen reichen bis hin zur Einrichtung eines universitären Lehrstuhls zur Ausbildung der Lehrkräfte. An diesen Forderungen halten wir fest, und da werden wir auch nicht locker lassen.

Ich finde, dass auch der Erwerb der Fachhochschulreife durch Weiterbildungsgänge, in denen das integriert ist, noch ein Thema sein müsste. Das ist vielleicht möglich, ohne dass man das im Gesetz extra regelt. Auf jeden Fall sollte auch dies angestrebt werden.

Es ist gut, dass wir uns im Ausschuss geeinigt haben, in die Weiterbildungsregelung auch die Hebammen und Entbindungspfleger aufzunehmen. Ein entsprechender interfraktioneller Antrag liegt ja vor.

Das Thema Umlagefinanzierung wurde schon angesprochen. Das ist natürlich kritisch. Wir haben Verständnis dafür, dass die Regierung derzeit das rechtliche und damit auch das wirtschaftliche Risiko nach den Entscheidungen, die ergangen sind, zu hoch ansetzt, um an der Ausbildungsumlage festzuhalten. Wir meinen aber, es wäre auch wichtig, das politische Ziel, eine solche Umlagefinanzierung nach Klärung der rechtlichen Probleme wieder einzuführen, klar zu formulieren. Mir schien im Ausschuss, dass wir da wesentlich näher beim Sozialminister und der CDU-Fraktion liegen als beim Kollegen Noll und der FDP/DVP-Fraktion.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig bemerkt!)

(Birgitt Bender)

Deswegen, Herr Noll, sage ich hier nochmals: Die Situation in den Pflegeberufen ist nicht mit der in anderen Berufen vergleichbar, beispielsweise im Handwerk, denn es ist eben nicht so, dass die öffentliche Hand die Berufsschulen und damit die theoretische Ausbildung vollständig finanziert, sondern ein ungleich größerer Anteil der Ausbildung muss von den Ausbildungseinrichtungen finanziert werden. Deswegen wird man, wenn man keinen Ausbildungsnotstand herbeiführen will, tatsächlich für eine solidarische Finanzierung sorgen müssen.

Stellv. Präsident Weiser: Frau Abg. Bender, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wieser?

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Ja, gern.

Stellv. Präsident Weiser: Bitte.

Abg. Wieser CDU: Frau Kollegin, wie stehen Sie zum dualen System, das sich allseits bewährt hat, in diesem Bereich?

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Diese Frage habe ich schon im Ausschuss angesprochen. Das wird ja immer wieder als Forderung erhoben, besonders aus Gewerkschaftskreisen. Wenn man die Grünen quer durch die Länder betrachtet, so wird das durchaus kontrovers gesehen.

(Abg. Wieser CDU: Das ist mir bekannt!)

Ich selber neige dazu, das nicht für die richtige Perspektive zu halten, sondern eher bei einer Weiterentwicklung der Fachschulen und, wie gesagt, einer Umlagefinanzierung zu bleiben.

(Abg. Wieser CDU: Das ist Ihre private Meinung?)

– Das ist der Diskussionsstand erst einmal hier in der Landtagsfraktion. Ich gestehe Ihnen aber durchaus zu, dass das noch keine Meinung ist, die unbedingt bis ans Ende der Tage gilt.

(Abg. Brechtken SPD: Das dauert auch hoffentlich noch ein bisschen!)

Aber ich nehme an, da die CDU sicherlich nicht für die Einführung des dualen Systems in diesem Bereich ist, dass wir da nicht so weit auseinander liegen.

(Zurufe der Abg. Haas und Wieser CDU)

– Ich freue mich, Herr Kollege Haas, dass Sie den Grünen Lernbereitschaft und Reflexionsbereitschaft attestieren.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Ich glaube, dass wir in der Tat behaupten können, die zu haben.

(Abg. Brechtken SPD: Das wird beim Haas aber nicht eintreten! Da brauchen Sie keine Hoffnung zu haben!)

– Ich sage jetzt nichts dazu, ob das beim Kollegen auch vorhanden ist; meine Redezeit geht ja auch zu Ende.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Deswegen noch einmal klar: Wir legen heute einen Entschließungsantrag vor. Das Parlament sollte klar sagen: Wir wollen, wenn die rechtlichen Probleme ausgeräumt sind und das Umlageverfahren unter den stationären Einrichtungen auf freiwilliger Basis in zwei Jahren ausläuft, auf jeden Fall die Umlagefinanzierung unter Einschluss der ambulanten Einrichtungen wieder einführen. Das ist übrigens auch im Bonner Regierungsentwurf eines Altenpflegeausbildungsgesetzes, der jetzt vorliegt, so angelegt. Demnach müsste die Landesregierung durch Rechtsverordnung das Umlageverfahren einführen. Wir meinen, dieses politische Ziel sollte hier klar definiert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie sich bei der Ersten Beratung und in der Ausschusssitzung gezeigt hat, war es richtig, die Weiterbildung in den Pflegeberufen in einer schlanken Regelung innerhalb des Landespflegegesetzes zu verwirklichen und nicht, Herr Kollege Müller, wie Sie es ursprünglich angedacht hatten, in einem eigenen Weiterbildungsgesetz; denn wir sind nach wie vor der Meinung, dass eine bundeseinheitliche Regelung auch für den Bereich der Fort- und Weiterbildung besser wäre, um einen Flickenteppich zu vermeiden.

(Beifall der Abg. Wieser CDU und Kleinmann FDP/DVP)

Den Hauptanliegen, die eigentlich dieser Regelung zugrunde lagen, sind wir, wie ich meine, gerecht geworden, nämlich erstens einer Attraktivitätssteigerung der Pflegeberufe. Aber ganz wichtig ist auch – das ist mehrfach angesprochen worden –, dass die sich Weiterbildenden Fördermittel nach dem Meister-BAföG erhalten können. Im Sozialausschuss wurde ja von Herrn Sozialminister Repnik ausdrücklich bestätigt, dass mit dieser schlanken Regelung die Voraussetzungen für die Förderung nach dem Meister-BAföG geschaffen worden sind.

Der zweite Teil ist sicher nicht ganz so unproblematisch. Da werden auch die unterschiedlichen Aspekte zum Umlageverfahren deutlich; sie sind auch bei den Ausschussberatungen deutlich geworden. Ich bin schon der Meinung, dass wir Ausbildungsplätze da schaffen, wo wir attraktive Berufsbilder anbieten – das haben wir ja jetzt gemacht –, wo wir zukunftssträchtige Ausbildungsberufe anbieten, und da, wo sie gebraucht werden. Ich habe es schon einmal gesagt: Gebraucht werden sie schon aufgrund der Demographie. Ich denke, wir sollten in keinem Bereich Präzedenzfälle schaffen, denn allein durch das Beschaffen von neuen Geldern werden wir sicherlich keine neuen Ausbildungsplätze schaffen.

Sie wissen auch, dass das Umlageverfahren ganz speziell für die ambulanten Dienste natürlich ein besonderes Problem war, weil auch die Kriterien, nach denen die Umlage erhoben worden ist, die ambulanten Dienste stark benachteiligt haben und sie von den Praktikanten, mit denen sie sich zu ihrer Pflicht zur Teilnahme an der Ausbildungs-

(Dr. Noll)

verantwortung durchaus bekannt haben, nicht so viel profitieren konnten. Das hängt damit zusammen, dass ich beispielsweise einen Unter-18-Jährigen nicht mit dem Auto zu einem Hausbesuch schicken kann, während ich ihn in einer Station durchaus zur Verteilung des Essens oder des Kaffees einsetzen kann. Da gibt es schon deutliche Unterschiede.

Deswegen haben wir von Anbeginn an dem Begehren der ambulanten Dienste nachgegeben und gesagt: Wir sehen ein, dass diese Form der Umlage nicht korrekt ist. Wir befinden uns dadurch, dass wir dieses Umlageverfahren ausgesetzt haben, auch auf rechtlich sicherem Terrain. Ich möchte noch einmal all denen, die jetzt so tun, als würde man mit dem Umlageverfahren mehr Ausbildungsplätze schaffen,

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Sie müssen nicht mich angucken!)

eine kleine Rechnung aufmachen. Das Geld für die Kosten, die durch die Tatsache, dass man ausbildet, in einer Einrichtung entstehen, fällt ja nicht vom Himmel, weder beim Umlageverfahren noch bei dem Verfahren, bei dem jeder ausbildende Betrieb bezahlt.

(Abg. Brechtken SPD: Manchmal fällt es schon vom Himmel! Da kriegt man einen Brief!)

– Nein. Wenn Sie wieder in ein Umlageverfahren gingen, würden Sie das Geld ein bisschen anders verteilen, aber keinen Pfennig zusätzlich für Ausbildungsplätze schaffen. Das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen. Wenn Sie hier so tun, als würden wir mit der Aufhebung des Umlageverfahrens wiederum einen Ausbildungsnotstand schaffen,

(Abg. Wieser CDU: Dann gäbe es nämlich nur noch Maurer! Die haben nämlich das Umlageverfahren!)

– ja, richtig –, dann, denke ich, tun Sie genau das, was wir nicht tun sollten, nämlich eine Möglichkeit, sich im Beruf fortzubilden, schlechtzureden, und das ist genau das Gegenteil von dem, was wir wollen. Wir wollen, dass mehr junge Menschen sich bewusst machen, dass nicht nur das Arbeiten an der Maschine beim Daimler ein gescheiter und schöner Beruf sein kann, sondern dass durchaus auch die Pflege von Menschen, das Umgehen mit Menschen als Dienstleistung ein zukunftssträchtiger und ein schöner Beruf sein kann.

Aus all diesen Tatsachen, denke ich, ist klar geworden: Wir werden dem Gesetzentwurf und auch dem interfraktionellen Antrag zustimmen. Dabei stehe ich nicht an, dem Kollegen Müller zu sagen: Es ist halt gut, wenn man Sachverstand hier im Parlament hat. Er als Gynäkologe hat uns auf das Fehlen der Entbindungspflege hingewiesen. Das haben wir gerne aufgenommen. Dem werden wir zustimmen.

Aber den Entschließungsanträgen von SPD und Bündnisgrünen zur Weiterführung eines Umlageverfahrens werden wir nicht nur aus formalen Gründen, sondern aus Überzeugung nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das spricht nicht für euch!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei der Ersten Beratung hat meine Fraktion den vorliegenden Gesetzentwurf abgelehnt. Unsere Kritik bezog sich damals vor allem auf das wegen des Urteils des Verwaltungsgerichts Mannheim wegfallende Umlageverfahren, welches aus unserer Sicht zur Sicherung ausreichender Ausbildungsplätze erforderlich ist, Herr Kollege Noll. Es geht doch mit dem Umlageverfahren darum, dass jene, die ausbilden, belohnt werden, und jene, die nicht ausbilden, einen Teil zur Ausbildung beitragen.

(Abg. Wieser CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Krisch, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Krisch REP: Ich möchte zuerst das zu Ende führen, was ich zu sagen habe, Herr Kollege Wieser.

Stellv. Präsident Weiser: Gut.

Abg. Krisch REP: Das System des Umlageverfahrens war etwas, mit dem Baden-Württemberg sich innerhalb Deutschlands positiv von anderen Bundesländern unterschied.

Im Gegensatz zu Kollegen der CDU und jetzt auch wieder im Gegensatz zur FDP/DVP hat sich der Minister im Sozialausschuss ausdrücklich für das Umlageverfahren ausgesprochen.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Was?)

Ich möchte Herrn Minister Repnik dafür nochmals danken.

Heute liegt uns wieder ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Wiedereinführung des Umlageverfahrens vor. Kollegin Bender, ich möchte auf Folgendes hinweisen: Im Ausschuss hat meine Fraktion diese Forderung vorgebracht, und dabei hat Herr Minister Repnik die Zusage gemacht, sich für die Wiedereinführung des Umlageverfahrens einzusetzen; denn nur die gegenwärtige Gesetzeslage lässt dies nach Aussage des Herrn Ministers nicht zu. Damit ist Ihr Antrag, Frau Kollegin Bender, der Antrag der Grünen, überflüssig und zurzeit nicht umsetzbar.

Gleiches gilt für den praktisch identischen Änderungsantrag der SPD, Drucksache 12/3889. Auch das ist nur eine Wiederholung des Antrags der Grünen, eine Wiederholung der Diskussion im Ausschuss und eigentlich nicht notwendig.

Der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses ist zu entnehmen, dass die SPD im Sozialausschuss einen Antrag zur Einfügung des Begriffs „Entbindungspflege“ eingebracht hatte. Auch dazu sagte der Herr Minister zu, die von der SPD gewünschte und sinnvolle Änderung des Gesetzentwurfs vorzunehmen. Trotzdem wurde dieser SPD-Antrag im Ausschuss – das können Sie dem Protokoll entnehmen – mit zehn Stimmen abgelehnt.

(Abg. Haas CDU: Der Minister hat eine Prüfung zugesagt!)

(Krisch)

– Herr Kollege Haas, der Antrag der SPD wurde abgelehnt, auch mit den Stimmen jener, die heute in einem Antrag genau dasselbe wieder einbringen und unterstützen.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Wir sind nicht nachtragend!)

Aufgrund der Zusage des Ministers halte ich diesen Vier-Fraktionen-Antrag für ein durchsichtiges und wahltaktisches Manöver. Sie wollen den Betroffenen zeigen,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Überhöhen Sie es doch nicht!)

dass Sie sich für sie einsetzen. Das gilt zum einen für die Aussagen des Kollegen Müller, der zu diesem konkreten Gesetzentwurf über die Fachhochschulangebote sprach, und zum anderen für die Aussagen der Kollegin Bender, die auf den vorliegenden Gesetzentwurf schon das politische Copyright anmahnte.

Wir haben das Wort des Herrn Ministers – meine Fraktion vertraut dem Herrn Minister –,

(Oh-Rufe von der CDU)

und wir sehen in diesen drei Änderungsanträgen einen Affront gegen den Herrn Minister. Das ist kein würdiges Verhalten.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Krisch, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage?

Abg. Krisch REP: Wenn Sie gestatten, Herr Präsident, möchte ich zunächst meine Ausführungen beenden.

Stellv. Präsident Weiser: Ich gestatte fast alles.

Abg. Krisch REP: Bei der Ersten Beratung hat unsere Fraktion Kritik an Formulierungen des Gesetzentwurfs zur Berufsbildung vorgebracht. Unsere Befürchtungen oder unsere Einwände konnten im Ausschuss nicht entkräftet werden. Wir sind immer noch der Meinung, dass Formulierungen des Gesetzes zur Berufsausbildung Gesetzesfolgen und Gesetzesfolgekosten nicht sorgfältig genug beachtet haben. Es ist durchaus möglich, dass hier später Missbrauch geschieht und eine Überbürokratisierung in der Berufsausbildung erfolgt. Das wäre schädlich und sicherlich nicht in der Intention dieses Gesetzentwurfs.

Zusammenfassend: Die Landesregierung war in vielen Sachpunkten bei der Ausarbeitung dieses Gesetzes nicht frei, sondern durch Bundesgesetz und bundesgesetzliche Regelungen eingeengt. Wir können deshalb heute nicht gegen dieses Gesetz stimmen. Aber wir können nicht guten Gewissens einem Gesetz zustimmen, das mit einem wichtigen Fehler behaftet ist, das das Umlageverfahren nicht enthält und das frühere und bessere Lösungen ersetzen soll. Deshalb müssen wir uns, auch wenn es unbefriedigend ist, heute bei der Abstimmung enthalten.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Nagel SPD: Wir werden es überleben!)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Krisch, gestatten Sie eine Frage des Herrn Abg. Haas?

(Abg. Wieser CDU: Ich habe viel früher gefragt!)

Abg. Krisch REP: Ja, gerne.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Haas, Sie haben das Wort.

Abg. Haas CDU: Herr Kollege Krisch, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir im Ausschuss die Zusage des Ministers hatten, zu prüfen, ob die Entbindungspflege/Hebamme – damals war das Wörtchen „Hebamme“ noch dabei – eingefügt werden könnte. Die Prüfung ist erfolgt, und das Ministerium hat daraufhin mitgeteilt, dass das Wort „Hebamme“ nicht aufgenommen werden soll, weil es ein Herausgreifen einer speziellen Berufsgruppe gewesen wäre. Zweitens kann die Regierung in der zweiten Lesung keine Änderungsanträge einbringen, und deswegen war es notwendig, dass die Fraktionen diese Änderung eingebracht haben. Sind Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen?

Kollege Wieser hat auch noch eine Zwischenfrage.

Abg. Krisch REP: Ich nehme das gerne zur Kenntnis. – Herr Kollege Wieser.

Stellv. Präsident Weiser: Moment! Das Wort erteile ich Herrn Kollegen Wieser, Herr Kollege Haas.

(Heiterkeit – Abg. Krisch REP: Mea culpa!)

Sie haben das Wort, Herr Abg. Wieser.

Abg. Wieser CDU: Vielen Dank, Herr Präsident.

Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, dass bei den Bauberufen seit Jahren ein Umlageverfahren eingeführt ist und die Zahl der Ausbildungsplätze dort in den letzten drei Jahren trotzdem massiv gesunken ist?

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Das ist eure Wohnungsbaupolitik! – Weitere Zurufe von der SPD: So ist es!)

– Moment. Sie sagen: „Umlageverfahren gleich Ausbildungsplätze“. Jetzt bitte ich einmal um eine Antwort. Ja, die Wahrheit passt Ihnen nicht. Das ist Ihr Problem.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das war eine gute Zwischenfrage, vielen Dank! Ich hätte sie nämlich ähnlich gestellt! – Zurufe von der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Moment, Moment! Die Verhandlungsleitung wird von hier aus vorgenommen.

Herr Krisch, bitte.

Abg. Krisch REP: Herr Kollege Wieser, zum ersten Teil: Das ist bekannt.

Zum zweiten Teil: Wir leben hier in einer anderen Welt. Das Bauwesen ist nicht das Pflegewesen. Wenn Sie mit den Trägern und mit den Verantwortlichen für die Ausbildung im Pflegewesen sprechen, dann werden Sie feststellen, dass jene, die ausbilden und die durch die dort entstehenden Kosten ihre Pflegesätze erhöhen müssen, gegenüber denjenigen, die nicht ausbilden, einen Wettbewerbsnachteil haben. Das ist der Grund dafür, dass dieses Umlageverfahren für mehr Gerechtigkeit

(Abg. Wieser CDU: Aber nicht für mehr Ausbildungsplätze!)

(Krisch)

und damit für mehr Chancen sorgt, neue Ausbildungsplätze anzubieten.

(Abg. Wieser CDU: Das ist halt nicht wahr!)

– Wir haben zwei verschiedene Meinungen. Ich bestehe auf meiner.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Wieser CDU: Bitte schön, Herr Kollege!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Sozialminister.

(Abg. Brechtken SPD: Und der hat jetzt seine Meinung! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und bedankt sich für das Vertrauen!)

Sozialminister Dr. Replik: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Meinung, deine Meinung – in diesem Fall können wir sagen: unsere Meinung. Ich habe selten ein Gesetz erlebt, das in einem so großen Konsens – natürlich mit ein paar unterschiedlichen Meinungen – auf den Weg gebracht und auch besprochen worden ist wie dieses Gesetz zur Änderung des Landespflegegesetzes. Insofern sollten wir uns jetzt eigentlich nicht auseinander dividieren lassen, sondern schlichtweg sagen, was wir getan haben. Mir ist es völlig Wurscht, wer hier die Erstgeburt hat und wer da was verändert hat. Gemeinsam haben wir etwas auf den Weg gebracht, was seit Jahren nicht möglich war, weil auch Bonn weder in früheren Jahren noch im letzten halben Jahr das eine oder andere auf den Weg gebracht hat.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf schaffen wir die gesetzliche Basis für die Weiterbildung in den Pflegeberufen. Damit hat eine jahrelang geführte Diskussion ein, meine ich, gutes Ende gefunden. Das war nur möglich, weil man sich in der Sache weitgehend einig war. Das hat auch die Diskussion im Sozialausschuss gezeigt.

Die Anregung des Sozialausschusses kam in der Tat vom Hebammenverband und wurde eingebracht von der SPD. Ich will niemandem das Erstgeburtsrecht nehmen. Dieser Anregung, auch die Hebammen/Entbindungspfleger in den Gesetzentwurf einzubeziehen, bin ich gern nachgekommen. Wir könnten dem heute also auch zustimmen. Es kann sicher nicht schaden, wenn wir eine gesetzliche Grundlage für die Weiterbildung in der Entbindungspflege haben.

Den Erlass der einzelnen Rechtsverordnungen wird das Sozialministerium zügig in Angriff nehmen. Ich hoffe dabei auf die tatkräftige Unterstützung der Berufsverbände und der baden-württembergischen Krankenhausgesellschaft.

Inzwischen hat das Bundeskabinett – auch hier Lob, Herr Müller – am 10. März 1999 den Regierungsentwurf

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

eines Gesetzes zur bundeseinheitlichen Neuordnung der Altenpflegeausbildung beschlossen. Der Entwurf folgt im Grundsatz auch dem von Baden-Württemberg unterstützten Bundesratsentwurf aus der letzten Legislaturperiode. Im Bundesrat wird der Gesetzentwurf ab 12. April 1999 in den

Ausschüssen und am 30. April 1999 im Plenum beraten werden. Weiterbildungsregelungen enthält der Gesetzentwurf allerdings nicht. Das Gesetz des Handelns liegt hier in der Hand des Landes.

Der zweite Teil der Änderung des Landespflegegesetzes betrifft das Umlageverfahren. Nach den geltenden Bestimmungen – –

(Unruhe)

– Herr Präsident! – Nach den geltenden Bestimmungen, Herr Präsident – –

(Unruhe)

Nach den geltenden Bestimmungen, Herr Präsident,

(Unruhe – Abg. Wieser CDU: Ja, Herr Präsident, es ist Unruhe! Der Präsident ist jetzt da! – Glocke des Präsidenten)

haben die Träger der praktischen Ausbildung in der Altenpflege einen Anspruch auf Erstattung von 50 % ihrer Aufwendungen, die durch die Bezahlung von Ausbildungvergütungen entstehen. Umlagepflichtig sind alle Einrichtungen, die überwiegend alte Menschen pflegerisch versorgen. Die Einführung des Verfahrens im Jahr 1995 entsprach den Wünschen der Verbände. Die Umlage hat sich – ich sage das auch hier noch einmal, Herr Krisch; Sie haben das richtig gehört und haben das richtig gesagt – in meinen Augen bewährt, da die Ausbildungsbereitschaft in den Pflegeheimen schlichtweg zugenommen hat. Nur aus Gründen der Rechtssicherheit kann das Umlageverfahren nicht weitergeführt werden. Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim bezweifelt die Rechtmäßigkeit der Umlage. Auch unser Verfahren steht nicht im Einklang mit dem Bundesgesetz.

Die angehörten Verbände und die Kostenträger schätzen die Rechtslage aber realistisch ein und wollen deswegen ein freiwilliges Umlageverfahren auf den Weg bringen. Es wurde von den Verbänden schon paraphiert, und die Kostenträger treten ihm gerade bei. Ich hoffe, dass dieses Beitrittsverfahren auch Erfolg hat.

Allerdings werde ich, wenn die Gerichtsverfahren abgeschlossen sind, noch einmal grundsätzlich überprüfen, ob man nicht das Umlageverfahren wieder einführen kann oder soll. Im Übrigen bitte ich um Zustimmung zum Gesetz.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Haas und Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Allgemeinen Aussprache keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Sozialausschusses auf Drucksache 12/3842.

Ich rufe auf

Artikel 1

und innerhalb des Artikels 1 die Nummer 1 und dazu den Änderungsantrag Drucksache 12/3888 zu § 19.

(Stellv. Präsident Weiser)

Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Der Änderungsantrag ist einstimmig angenommen.

Wer dem § 19 mit der eben beschlossenen Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

In § 20 Abs. 1 schlägt der Sozialausschuss eine Neufassung der Nummer 1 vor. Wer dem § 20 Abs. 1 mit dieser Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. § 20 ist mit der vom Sozialausschuss vorgeschlagenen Änderung angenommen.

Aufgerufen sind die §§ 21 und 22. Änderungsanträge dazu liegen nicht vor. – Ich stelle fest, dass Sie diesen Paragraphen ohne förmliche Abstimmung zustimmen. Damit ist auch Artikel 1 Nr. 1 zugestimmt.

Ich rufe Artikel 1 Nr. 2 auf. Hier geht es um die Anpassung der Inhaltsübersicht. – Das Haus stimmt der Nummer 2 des Artikels 1 zu.

Ich rufe auf

Artikel 2

– Ich stelle Zustimmung fest.

Ich rufe auf

Artikel 3

und stelle ebenfalls die Zustimmung fest.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 25. März 1999 das folgende Gesetz beschlossen:“.

(Abg. Haas CDU: Die Änderungsanträge!)

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landespflegegesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz insgesamt zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Stimmt jemand gegen das Gesetz? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das Gesetz einstimmig angenommen.

(Abg. Wieser CDU: Endlich durch! – Abg. Brechtken SPD: Unsere Unterlagen werden immer einstimmig angenommen!)

Ich stelle jetzt die eingebrachten Entschließungsanträge zu diesem Tagesordnungspunkt zur Abstimmung, und zwar zunächst den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/3889. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Der Entschließungsantrag Drucksache 12/3889 ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/3902, ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Haas CDU: Das Anliegen ist aufgenommen!)

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umwandlung des Badischen Elektrizitätsverbandes – Drucksache 12/3723

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 12/3840

Berichterstatter: Abg. Hackl

Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Wem darf ich in der Zweiten Beratung das Wort erteilen? – Das Wort erhält Frau Abg. Brenner.

(Zuruf von der SPD: Eine Schwäbin!)

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir führen heute die Zweite Beratung des Gesetzes zur Umwandlung des Badischen Elektrizitätsverbandes durch. Im Prinzip handelt es sich dabei nicht um ein energiepolitisches Problem, sondern eher um ein Rechts- und Steuerproblem. Deshalb können wir Energiepolitiker uns für diese Debatte darauf einigen, dass der Strom nach wie vor aus der Steckdose kommt, und über die Art der Erzeugung werden wir bei nächster Gelegenheit wieder reden.

Mit diesem Gesetz, meine Damen und Herren, wird es möglich, dass der Badische Elektrizitätsverband, der zurzeit ein Zweckverband aus 79 Gemeinden, einer AG und drei GmbHs ist, in die Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung wechselt. Für diesen Formwechsel ist ein Landesgesetz nötig.

Die Finanzverwaltung hat am vorgelegten Umwandlungskonzept mitgearbeitet. Das Regierungspräsidium Karlsruhe, das bisher die Rechtsaufsicht über den Zweckverband führte, wird den Wechsel genehmigen.

Zugestimmt haben dem Gesetzentwurf der Badische Elektrizitätsverband selbst, der Gemeindegtag, der Städtetag und der Landkreistag.

Die Beteiligten erwarten vom Wechsel aus einer öffentlich-rechtlichen Zusammenarbeit in eine privatrechtliche Form –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal darum bitten, unbedingt notwendige Gespräche nach außerhalb des Plenarsaals zu verlegen.

Bitte.

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Es handelt sich auch um einen etwas komplizierten Sachverhalt.

Es geht also darum, aus einer öffentlich-rechtlichen Zusammenarbeit in eine privatrechtliche Form der Kooperation zu wechseln. Man erwartet sich hiervon Vorteile, und wir sollten diesem Wunsch entsprechen.

Die CDU-Fraktion stimmt diesem Gesetzentwurf zu und wird sich nach angemessener Zeit darüber informieren lassen, ob die Zielvorstellungen auch erreicht worden sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Redling.

Abg. Redling SPD: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Die Kollegin hat den Inhalt des Gesetzentwurfs kurz und prägnant dargelegt. Die Anregungen für die Änderungen kamen wohl aus dem Zweckverband. Dies muss man jedenfalls den Stellungnahmen zum Gesetzentwurf entnehmen.

Es ist nicht ehrenrührig, wenn eine Organisation den Gesetzgeber bittet, ihr die Möglichkeit zu eröffnen, in eine andere Rechtsform zu wechseln. Es ist auch nichts Außergewöhnliches, wenn dies geschieht. Im Gegenteil, das ist etwas Alltägliches.

Wir als Gesetzgeber, als Landtag sind dazu verpflichtet, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass Änderungen in der Lebenswirklichkeit in den organisatorischen Einheiten nachvollzogen werden können, in denen dies Auswirkungen hat. Wir als Gesetzgeber sollten uns nicht in die Diskussion einmischen, ob eine solche Änderung gut oder schlecht ist, sondern einfach die erforderlichen rechtlichen Möglichkeiten zur Verfügung stellen, damit die Umwandlung vorgenommen werden kann. Wir handeln dabei entsprechend dem Prinzip „Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut“.

Dem wollen wir Rechnung tragen. Wir stimmen dieser Gesetzesänderung zu. Die Betroffenen, die Gesellschafter der künftigen GmbH haben das Beste daraus zu machen. Wir werden uns dann, wenn die Rechtsform umgewandelt ist, informieren – wie es auch die Frau Kollegin gesagt hat –, was daraus wurde und welche Vorteile die Änderung hat, um dann daraus Schlüsse zu ziehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Dr. Carmina
Brenner CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Müssen wir denn da eine solche Aussprache führen?)

Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Gegensatz zu der Vorrednerin der Fraktion der CDU und dem Vorredner der Fraktion der SPD wollen wir uns vorher informieren und nicht, nachdem wir das Gesetz beschlossen haben. Ich darf die Auffassung meiner Fraktion begründen, meine Damen und Herren.

Das Umwandlungsgesetz, ein Bundesgesetz, sieht vor, dass solche Umwandlungen eines Zweckverbands, also einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, in die Rechtsform einer GmbH, also des Privatrechts, eines Landesgesetzes bedürfen. Jetzt unterstelle ich einmal – das kann man nicht nur unterstellen, sondern auch nachlesen –, dass es dafür auch Begründungen gibt. Der Bundesgesetzgeber, im Übrigen noch in der alten Zusammensetzung, also nicht rotgrün, sondern schwarz-gelb, hat dieses Gesetz so geändert und diese Vorschrift dort aufgenommen. Jetzt kann man sich fragen, welchen Sinn es hat, dass man dafür ein Landesgesetz braucht. Den Sinn für dieses Landesgesetz und diese gesetzliche Regelung im Umwandlungsgesetz kann man nur darin sehen, dass der Landesgesetzgeber dieses Umwandlungsregularium auch überprüfen können soll. Der Kollege Hackl hat bei den Beratungen im Innenausschuss genau dieses Umwandlungskonzept, das dieser Umwandlung zugrunde liegt, eingefordert. Darauf hat er vom Innenminister die Antwort bekommen: Das Umwandlungskonzept liegt nicht einmal der Landesregierung vor.

Meine Damen und Herren, wenn wir als Landtag, als Landesgesetzgeber über eine Frage entscheiden sollen, in der uns der Bundesgesetzgeber die Kompetenz zuweist, meines Erachtens ausschließlich dafür, dass wir auch das Umwandlungskonzept und die Umwandlungsmechanismen, die dort vereinbart worden sind, kontrollieren können, brauchen wir als Abgeordnete dieses Hauses auch umfassende Informationen. Zum Argument, das uns dann der Innenminister entgegengehalten hat, das unterliege dem Steuergeheimnis und deswegen könne man Informationen nicht öffentlich geben, muss ich sagen, meine Damen und Herren: Deswegen tagen Ausschüsse dieses Landtags nicht öffentlich. Folglich hätte man das auch im Ausschuss darlegen können. – Herr Innenminister, Sie lachen. Ich halte mich peinlichst genau an die Verschwiegenheitspflicht, die sich aus der Geschäftsordnung dieses Landtags ergibt. Deswegen kann meines Erachtens diese Begründung nicht gelten.

Ein weiterer Punkt ist zu diesem Gesetzentwurf der Landesregierung anzusprechen: Wenn wir über die Umwandlung in die Privatrechtsform, die im Übrigen weitergehen soll, wenn das richtig ist, was in der Begründung steht – Umwandlung in eine GmbH, Umwandlung in eine Personengesellschaft, dann die Realteilung, also ein äußerst komplexes Verfahren –, entscheiden sollen, brauchen wir in diesem Haus Informationen. Ich weiß nicht, warum dieses Haus von vornherein das grenzenlose Vertrauen haben soll, das ausgerechnet der Bundesgesetzgeber den Kommunen und den Zweckverbänden nicht entgegengebracht hat, über dieses Gesetz ohne jede Information über dieses Umwandlungskonzept zu entscheiden.

(Oelmayer)

Ein weiterer und letzter Aspekt: Die Umwandlung führt natürlich auch dazu – das wissen wir aus vielen Umwandlungen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften in privatrechtliche Rechtsformen wie die einer GmbH –, dass darunter auch Öffentlichkeitsvorschriften leiden. Zweckverbände tagen in der Regel öffentlich. Die Aufsichtsräte von GmbHs tagen in der Regel nicht öffentlich, meine Damen und Herren. Auch diese Beschneidung von Öffentlichkeit wollen Sie akzeptieren, indem Sie sagen, Sie würden zu gegebener Zeit einmal fragen, was aus dem Vorgang geworden sei. So verstehe ich die Aufgabe dieses Hauses und des Landesgesetzgebers nicht. Wir als bündnisgrüne Fraktion wollen in den Details über diesen Umwandlungsvorgang informiert sein. Dann können wir entscheiden. Dann können wir auch sagen: Wir tragen diese Umwandlungskriterien, die hier genannt worden sind, in die Privatrechtsform hinein mit.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Brechtken SPD: Wir haben keine Möglichkeit! Wir sind nicht Unternehmen! Das war völlig falsch!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Fauser.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Misstrauen des Herrn Kollegen Oelmayer in allen Ehren, aber wir sind der Auffassung, dass dies wirklich zu weitgehend ist, zumal die an diesem Gesetz Beteiligten – der Gemeindetag, der Städtetag, der Landkreistag und der Badische Elektrizitätsverband – keineswegs Vereinigungen sind, die irgendwo in einem grauen Raum arbeiten, sondern auch ihrerseits wieder demokratisch kontrollierte Instanzen sind. Die Umwandlung des Zweckverbandes, meine Damen und Herren, des Badischen Elektrizitätsverbandes in eine GmbH wird aufgrund der Verschmelzung des Badenwerks und der EVS notwendig. Deshalb stimmen wir dem Gesetzentwurf zu.

Um es noch einmal klarzustellen: Alle Beteiligten sind sich darüber einig, dass dies für die Zukunft, für die Handhabung und für die Arbeit in dieser Organisation von großem Nutzen sein wird. Ich denke, dem steht nichts entgegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hauser.

Abg. Hauser REP: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Zweckverband des Badischen Elektrizitätsverbandes wurde mit der Bestimmung gegründet, die Belange seiner Mitglieder auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung wahrzunehmen, in jeder Weise zu fördern.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Er verwaltet für 79 Gemeinden die erworbenen Badenwerk-Aktien in der Rechtsform eines Zweckverbandes

treuhänderisch. Der Aktienanteil am Badenwerk betrug 11 %, und nach der Fusion mit der EVS zur Energie Baden-Württemberg AG entspricht dieses Aktienpaket noch einem Anteil von 6 %. Durch die fortschreitende Liberalisierung des Strommarkts gelten für die Energielieferanten zumindest bei mittleren Abnehmern und Großabnehmern die Gesetze der Marktwirtschaft. Weiter hat die neue Bundesregierung beschlossen, die Rücklagen der Energieunternehmen zu versteuern. In der Landesregierung gibt es Kräfte, die die Landesanteile am neuen Energieunternehmen Energie Baden-Württemberg AG privatisieren wollen.

Aus diesen Gründen und aus Gründen der Haftung erscheint es uns sinnvoll und konsequent, den Zweckverband Badischer Elektrizitätsverband in die Rechtsform einer GmbH umzuwandeln. Meine Fraktion Die Republikaner stimmt dem hierzu erforderlichen Gesetz zu.

Abschließend möchte ich eine Klarstellung treffen. Nach einem Bericht in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 17. März 1999 wird eine Frankfurter Investmentbank die Landesregierung bei der Privatisierung der Landesbeteiligung an der Energie Baden-Württemberg AG beraten.

(Abg. Brechtken SPD: Die ist doch beratungsresistent!)

Dieser Anteil beträgt 25,1 %. Sollte dieser Anteil an ein anderes großes Energieunternehmen wie die Bayernwerk AG, RWE oder an ein Unternehmen in Frankreich gehen und dieses andere Unternehmen dadurch bestimmend werden, würde dies auch einen Abbau von Arbeitsplätzen bedeuten, wie wir aus der Erfahrung wissen.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das ist alles gar nicht Thema!)

Weiter würde die Landesregierung dadurch ein Steuerinstrument zur Mitgestaltung der Stromtarife für kleinere Stromabnehmer aus der Hand geben. Diesen Weg gehen wir Republikaner allerdings nicht mit.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Zustimmung der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion der SPD. Ich bin Herrn Kollegen Oelmayer dankbar, dass er für die Fraktion der Bündnisgrünen eine solche herzerfrischende Rede gehalten hat. Das Plenum war, glaube ich, gerade am späten Nachmittag dabei – ich will nicht sagen: schläfrig zu werden –,

(Abg. Brechtken SPD: Vorsicht, Vorsicht!)

etwas ruhiger zu werden. Da ist also die Rede von Herrn Oelmayer zum richtigen Zeitpunkt erfolgt.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das versuche ich immer, Herr Minister!)

Also: gut gebrüllt. Allerdings darf ich Sie auf Folgendes aufmerksam machen: Es geht hier nicht um irgendwelche

(Minister Dr. Schäuble)

obskuren Vorgänge, die man dem Parlament nicht mitteilen will. Der Zweckverband hat bisher die Interessen insbesondere der Mitgliedsgemeinden gegenüber dem früheren Badenwerk und danach gegenüber der EnBW vertreten und vor allem das Aktienpaket dieser Gemeinden in der Gesamtheit verwaltet. Jetzt geht es um das Verhältnis gegenüber der EnBW.

Mit der Umwandlung soll vor allen Dingen erreicht werden, dass die Kommunen, wenn sie es denn wollen – das muss jede Gemeinde selber entscheiden –, im ersten Schritt die Verfügungsgewalt über die Aktien erhalten, die sie bisher eben nicht haben.

Wenn Sie das noch einmal in aller Ruhe durchdenken, werden Sie so, wie ich Sie einschätze, auch nichts dagegen haben können. Wahrscheinlich hat Ihnen das Herr Kollege Hackl – Sie waren ja in der Ausschusssitzung nicht dabei – ein bisschen falsch gesagt.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das steht im Protokoll!)

Zum Steuergeheimnis, Herr Kollege Oelmayer, darf ich Ihnen als einem tüchtigen Anwalt, der Sie ja sind, auf den Weg mitgeben: Sie können doch nicht im Ernst sagen, dass das Steuergeheimnis in einem Ausschuss deshalb gelüftet werden könnte, weil der Ausschuss nicht öffentlich tagt. Sie sind doch auch in einem nicht öffentlich tagenden Ausschuss zum Beispiel zur anwaltlichen Schweigepflicht verpflichtet. Das würde ich an Ihrer Stelle nicht mehr vertiefen.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist richtig!)

Meine herzliche Bitte: Es wäre schön, wenn alle zustimmen könnten.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m u n g**. Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen mit der Beschlussempfehlung Drucksache 12/3840, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe § 1 auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe § 2 auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 25. März 1999 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Umwandlung des Badischen Elektrizitätsverbandes“. – Das Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz insgesamt zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mit großer Mehrheit zugestimmt.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD mit der Antwort der Landesregierung – Weiterbildung – Drucksache 12/1297

(Abg. Haasis CDU: Verweisung in den Ausschuss!
Das können wir doch im Ausschuss behandeln! So etwas gehört in den Ausschuss!)

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Besprechung fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, für das Schlusswort fünf Minuten.

Das Wort erhält Frau Abg. Rudolf.

Abg. Christine Rudolf SPD: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Bildung und Wissen sind die Standortfaktoren in Baden-Württemberg. Ein Land der Tüftler und Denker kann nur Bestand haben, wenn Bildung, Ausbildung und Wissensvermittlung für Erwachsene vorangetrieben werden. Die allgemeine, politische und berufliche Weiterbildung hat in Baden-Württemberg einen hohen Stellenwert. Sie ist sogar in der Landesverfassung verankert.

Grundlage unserer Großen Anfrage von vor zwei Jahren war die Zukunft der Weiterbildung in Baden-Württemberg. Die Antwort der Landesregierung lässt sich grob in zwei Richtungen fassen. Den Bereich der Pflege und des Sozialministeriums will ich heute weglassen, weil sich der vorletzte Tagesordnungspunkt mit diesem Thema befasst hat

(Abg. Zeller SPD: Der Sozialminister ist gar nicht da!)

und dieses Thema mit der Mehrheit der Fraktionen im Parlament auch erfolversprechend abgehandelt wurde.

Bei den zwei anderen großen Bereichen der Weiterbildung, die das Wirtschaftsministerium und das Kultusministerium betreffen, kann man eine solche positive Bilanz leider nicht ziehen. Alle Fragen, die konkret mit der beruflichen Weiterbildung zu tun haben, sind, im Wesentlichen vom Wirtschaftsministerium, ohne Konzept und ohne Ideen beantwortet worden.

Neben der Aufzählung der Träger taucht in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zur beruflichen Weiterbildung am häufigsten der Satz auf: „Mittel stehen dann zur Verfügung, wenn es die Haushaltslage erlaubt.“ Das ist umso bedauerlicher nach einer Broschüre, die gestern von der IHK verteilt wurde. Vielleicht haben Sie die gelesen oder zumindest einen Blick in sie gewor-

(Christine Rudolf)

fen. Darin ist in der kurzen Zusammenfassung auf Seite 11 deutlich nachzulesen:

Weiterbildung sichert den Arbeitsplatz. Die Quote der Arbeitslosen in Ost und West liegt weit unter dem Durchschnitt bei denjenigen, die eine berufliche Weiterbildung mitgemacht haben, insgesamt bei 2,5 % und in den neuen Ländern bei 4,3 %.

Es ist dringend notwendig, dass das Wirtschaftsministerium auch eine Konzeption zur beruflichen Weiterbildung vorlegt, eine Konzeption, aus der hervorgeht, mit welchen Zielen, welchen Methoden und welchen Partnern das Wirtschaftsministerium die berufliche Weiterbildung in Baden-Württemberg vorantreiben will.

Der zweite Schwerpunkt der Antwort liegt auf den Trägern für das Gesetz zur Weiterbildung. Hier handelt die Antwort der Landesregierung hauptsächlich davon, dass sie eine Umstrukturierung, eine Verwaltungsvereinfachung und eine Konzeption ankündigt. Heute, nach zwei Jahren, muss man leider sagen: Außer Ankündigungen in diesem Punkt nichts gewesen, zum Teil Gott sei Dank,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

weil der Versuch des Dreisäulenmodells letztes Jahr „beerdigt“ worden ist. Denn das Modell war nicht tragbar, weil es im Wesentlichen zu einer Mittelkürzung bei den Trägern und nicht zu einer Zukunftsentwicklung der Weiterbildung geführt hätte. Wir sind schon seit Beginn dieser Legislaturperiode mit der Ankündigung einer Stiftung zur Weiterbildung befasst. Sie ist bis heute nicht mit einer Konzeption, einem Fördertopf und dem, was eine Stiftung sonst noch benötigt, ausgestattet. Es sind drei Jahre vergangen. Ich glaube, es wird allmählich Zeit, diesen sicherlich guten Weg, der auch auf Antrag der Grünen bei den Beratungen des Haushalts 1997 besprochen werden sollte, endlich zu gehen und für Zukunftskonzepte in der Weiterbildung – zum Beispiel eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, hinsichtlich der Baden-Württemberg ja einiges zu wünschen übrig lässt – einen Schritt voranzukommen.

Darüber hinaus besteht – seit der vorletzten Schulausschusssitzung vom 3. Februar auch schriftlich – die Zusage auf Fortführung des Lehrerprogramms. Auch hier wäre es wünschenswert, etwas konkreter zu werden. Wir haben bald das Jahr 2000, Frau Schavan. Das Lehrerprogramm ist für die Weiterbildungsträger eine langfristige Konzeption, auf der sie Personalstrukturen aufbauen. Deswegen ist es notwendig – wir haben bald das Jahr 2000 –, endlich längere Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Was ist für diesen Bereich im Doppelhaushalt konkret vorgesehen, und was ist vor allem darüber hinaus darin enthalten? Denn Leute, die aus dem Schuldienst kommen und zu den Weiterbildungsträgern gehen, wollen Klarheit. Wir kennen ja die Zahlen und die Aussagen vor allem im ländlichen Raum, wonach das Lehrerprogramm dort ein Standpfeiler der Weiterbildung ist. Ohne das Lehrerprogramm könnte die Weiterbildung gerade im ländlichen Raum eigentlich gar nicht mehr stattfinden. Auch hier bitte – Sie haben ja nachher die Möglichkeit, zu antworten – noch einmal konkreter: Was planen Sie da für die Zukunft?

Ich stelle an dieser Stelle die Fragen noch einmal konkreter. Die Anfrage ist ja zwei Jahre alt. Wir haben uns weiterbewegt. Es ist wünschenswert, auch hier zu erfahren, was hinsichtlich der Weiterbildung passiert und was von Ihrer Seite aus für die Zukunft geplant ist.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Lazarus.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Weiterbildung ist ein weites Feld. Diesen Eindruck gewinnt man, wenn man im Landeshaushaltsplan auf die Suche geht, in welchen Einzelplänen Mittel für die Weiterbildung etatisiert sind – Frau Rudolf hat das eben angeführt –: beim Staatsministerium für die Landeszentrale für politische Bildung, beim Wirtschaftsministerium für die überbetriebliche berufliche Weiterbildung, beim MLR für die ländliche Erwachsenenbildung – das Sozialministerium haben wir heute schon behandelt –, beim Ministerium für Umwelt und Verkehr unter anderem für die Umweltakademie. Aber auch die Justizvollzugsanstalten betreiben Weiterbildung,

(Abg. Wieser CDU: Die bilden auch weiter? Zu welchem Thema? – Gegenruf des Abg. König
REP: Kassendiebstahl!)

die Hochschulen bzw. die Akademien betreiben wissenschaftliche Weiterbildung, das Innenministerium ist federführend für die Fortbildung der gesamten Landesverwaltung, und letztlich sind Mittel für die Weiterbildung beim Kultusministerium etatisiert. Ich habe das Kultusministerium an letzter Stelle genannt, weil es den in der Öffentlichkeit bekanntesten Zweig der Weiterbildung verfolgt,

(Abg. Brechtken SPD: Braucht auch am meisten!)

nämlich das, was an Volkshochschulen, an kirchlichen und gewerkschaftlichen Institutionen an Weiterbildung betrieben wird; auch die Jugendbildung ist dort angesiedelt.

Es ist also ein weites Feld. Ich habe – wenn Sie mitgezählt haben, werden Sie es gemerkt haben – immerhin neun Ministerien genannt.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Es ist immer wieder die Frage aufgeworfen worden – und es wurde auch das Ziel gesetzt –, ob man nicht eine Bündelung vornehmen könnte, ob das nicht Synergieeffekte bringen würde.

(Abg. Brechtken SPD: Jawohl! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Legen Sie alle Ministerien zusammen! Dann haben wir die Weiterbildung in einer Hand!)

Es ist schwer, das durchzusetzen. Das haben schon alle gemerkt, die drangegangen sind. Denn dann müssten wesentliche Kompetenzen abgegeben werden. Dabei muss ich sagen: Natürlich muss das Fachwissen tatsächlich eingeholt werden.

(Ursula Lazarus)

In allen Bundesländern ist diese Differenzierung bisher immer noch eingehalten worden. Deswegen glaube ich, dass wir noch eine ganze Weile brauchen werden, bis es zu einer Bündelung kommt.

Kritikpunkte gab es in den letzten Jahren – auch das ist eben angesprochen worden – vor allem immer wieder im Kultusbereich, unter anderem deshalb, weil man Mitte der Neunzigerjahre die finanziellen Mittel gekürzt hat, aber auch, weil die Ansätze zur Strukturierung einer Finanzierung geändert werden sollten.

Wir besprechen eine Große Anfrage, die zwei Jahre alt ist. Insofern ist inzwischen einiges überholt. Man hat damals in den Ansätzen gewollt, dass neben einer Basisförderung, wie sie jetzt vorhanden ist, die sich nach Bereichen richtet, auch besondere inhaltliche Schwerpunkte gesetzt werden. Im Unterschied zu Ihnen, Frau Rudolf, muss ich sagen, dass damit keine finanzielle Einsparung verbunden gewesen wäre, sondern lediglich eine neue Strukturierung.

In den Gesprächen mit den freien Bildungsträgern, es sind ja im Wesentlichen freie Bildungsträger – auch die CDU-Fraktion hat dazu eine Anhörung durchgeführt –, sind Bedenken erkennbar geworden. Man ist nicht mit dem Kopf durch die Wand gegangen, sondern hat erkannt, dass das ein mühsamer Weg ist, der sehr stark gutachterlich unterlegt werden müsste. Ich denke aber, man sollte diesen Weg durchaus gehen und ihn auch weiter beschreiten.

Weiter verfolgt werden muss auf jeden Fall – diese Aussage mache ich für den Arbeitskreis Bildung der CDU-Fraktion – das Ziel einer Stiftung Weiterbildung. Das war – damit haben Sie Recht – in der Regierungserklärung von 1996 enthalten. Das heißt, wir haben bis Ende der Legislaturperiode – und das sieht die CDU-Fraktion so – durchaus noch eine Aufgabe zu lösen. Wir haben uns dies vorgenommen.

Bleibt das Lehrerprogramm. Frau Ministerin Dr. Schavan hat bereits im vorigen Sommer bei der Mitgliedertagung des Volkshochschulverbandes eine Aussage dazu gemacht, nämlich dass sie zu dem Lehrerprogramm stehe und dieses Programm über das Jahr 2000 hinaus verlängert werden soll. Ich denke, das ist ein Wort.

Einen besonderen Aspekt der Weiterbildung, der jetzt zunehmend hineinkommt, möchte ich noch hervorheben, nämlich die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit. Diese muss angestrebt und umgesetzt werden. Die CDU-Fraktion sieht gerade in der Kooperation der Weiterbildungseinrichtungen über die Grenzen hinweg durchaus einen wesentlichen Teil der Zukunftsentwicklung in allen Bereichen der Weiterbildung.

Kurz gesagt: Wenn auch die Große Anfrage schon vor zwei Jahren eingebracht wurde, so sind die Fragen und die Antworten durchaus noch aktuell. Es bleibt noch einiges zu tun.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bedeutung von Weiterbildung und die Notwendigkeit von lebenslangem Lernen bestehen darin, den gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel zu bewältigen. Die Verfallszeiten des Wissens werden immer kürzer. Das ist so weit unbestritten und wird von allen auch immer betont.

Doch, meine Damen und Herren, es besteht eine offenkundige Diskrepanz zwischen dieser Einsicht, Sonntagsreden über Weiterbildung und dem tatsächlichen Stellenwert von Weiterbildung als Teil von Bildungspolitik. Ein Konzept für Weiterbildung – das macht auch die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD deutlich – fehlt dieser Landesregierung. Weiterbildungspolitik – das muss man so hart sagen – ist zunächst einmal Kürzungspolitik. Zwischen 1995 und 1999 sind die Fördermittel für die Weiterbildungsträger um fast 40 % gekürzt worden. Zum Teil ist dabei die kritische Masse unterschritten worden, die für die Erhaltung eines landesweiten Angebots der Erwachsenenbildung notwendig ist. An den Volkshochschulen tragen mittlerweile die Teilnehmer über 50 % der Kosten – so viel wie in keinem anderen Bundesland. Der Bundesdurchschnitt, meine Damen und Herren, liegt bei 37 %.

Das Einzige, was man in diesem Bereich loben kann – das wurde hier schon angesprochen –, ist, dass Sie, Frau Ministerin, wenigstens das Lehrerprogramm an den Volkshochschulen zunächst über das Jahr 2000 hinaus weiterführen.

(Abg. Wieser CDU: Wie viel Deputate sind da drin?)

Was ist in den letzten drei Jahren geschehen? Nach den vollmundigen Ankündigungen der Landesregierung und der Betonung des Stellenwerts der Weiterbildung zu Beginn dieser Legislaturperiode ist es um die Weiterbildung ziemlich ruhig geworden, zu ruhig, meine ich. Mit Ihrem Versuch, Frau Ministerin, ein neues Konzept der Förderung von Weiterbildung einzuführen, sind Sie gescheitert. Das muss man, denke ich, so klar formulieren. Sie sprechen wahrscheinlich von Wiedervorlage und „Gut Ding will Weile haben“. Aber Ihr Konzept war a) nicht ausgegoren und war deshalb b) nicht durchsetzbar. Insofern ist es ja klug, dass das in Ihrem Haus ausgedachte Dreisäulenmodell bislang nicht auf kaltem Wege gegen den Widerspruch aller – ich betone: wirklich aller – Weiterbildungsträger durchgedrückt wurde, und ich hoffe, dass Sie das auch weiterhin nicht tun werden.

Dennoch ist es, denke ich, wichtig, sich die Gegenargumente und Befürchtungen der Träger hier noch einmal in Erinnerung zu rufen. Das war erstens die Sorge, dass das Kultusministerium durch dieses neue Fördermodell in die Arbeit der Träger hineinregiere und so gegen das wichtige und richtige Prinzip der Subsidiarität verstoße. Es war zweitens die Sorge, dass das anvisierte Modell nur eine Scheinpartizipation der Träger und Gruppen zulasse, und drittens die Befürchtung, dass das Modell die ohnehin knappe Grundversorgung der Weiterbildung gefährde, weil zusätzliche Schwerpunkte eingeführt und neue Säulen eingezogen werden sollten, die dann die ohnehin nicht ausreichenden Mittel noch zusätzlich schwächen würden.

(Dr. Salomon)

Ein schlüssiges Konzept, meine Damen und Herren, für Weiterbildung muss Qualitätssicherung über Standards und Evaluierungen zum Ziel haben – das ist Ihre Aufgabe – und nicht Überregulierungen, wie Sie sie in Ihrem Konzept vorgedacht hatten.

Ruhig ist es auch geworden – das hat Frau Kollegin Rudolf schon angesprochen – um das zweite Vorhaben der Landesregierung, nämlich die von Ministerpräsident Teufel in seiner Regierungserklärung angekündigte Stiftung Weiterbildung. Von dieser schönen Absicht ist nichts mehr zu hören. Offensichtlich kommen da das Wirtschaftsministerium und das Kultusministerium nicht mehr weiter oder nicht miteinander klar; ich weiß es nicht. Vielleicht können Sie sich, Frau Ministerin, mit Herrn Döring nicht so recht einig werden, was Sie mit dieser Stiftung eigentlich wollen, oder – das kann man aus Ihren bisherigen Stellungnahmen auch entnehmen – Sie haben noch gar keine Idee zur Finanzierung dieser Stiftung. Das ist wahrscheinlich auch ein gewichtiger Punkt.

(Abg. Hauk CDU: Wir warten auf die Erbschaft!)

– Sehr richtig. Es kann aber auch sein, dass Herr Döring – Herr Kollege Hauk, Sie nehmen mir das Wort aus dem Mund – mit seiner unverhofften Erbschaft vielleicht die Grundlage für dieses Stiftungsvermögen bilden will.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Wieser CDU)

Ich weiß es nicht. Meine Fraktion hat auf jeden Fall wiederholt vorgeschlagen, zum letzten Mal bei der Einbringung des Doppelhaushalts vor einem Jahr,

(Abg. Wieser CDU: Sprechen Sie aus Neid?)

aus Privatisierungserlösen einen Grundstock für eine Stiftung Weiterbildung zu finanzieren. Das wären wirklich gut angelegte Gelder für Zukunftsinvestitionen, mit denen Sie es ja immer haben.

Meine Damen und Herren, unberücksichtigt von der eher konzeptionslosen Weiterbildungspolitik boomt der Weiterbildungsmarkt: kommerzielle Anbieter, freie Träger, das heißt Volkshochschulen, Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Unternehmen mit ihrer betrieblichen Fortbildung, die Arbeitsverwaltung und staatliche Institutionen – alle, alle. Es gibt eine Vielzahl von Angeboten, Kursen, Lehrgängen, Workshops und anderen Maßnahmen. Das ist Ausdruck des hohen Bedarfs an Weiterbildung in unserer Wissensgesellschaft. Ich nenne zum Beispiel nur das Themenfeld neue Medien. Da ist ein eigener riesiger Markt entstanden.

(Abg. Wieser CDU: Wann kommt jetzt das Konzept der Grünen? Sie sprechen viel, aber Sie sagen nichts! – Abg. König REP: Er hat keine Redezeit mehr! Da kann nicht mehr viel kommen!)

– Sofort, Herr Kollege Wieser.

Ich will nur sagen: Auch wir legen Wert auf diese Vielfalt in der Bildungslandschaft. Die Frage ist nur – jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Kollege Wieser –: Was ist in dieser Bildungslandschaft die Rolle des Staates? Diese Frage ist für mich in der Antwort auf die SPD-An-

frage ebenfalls nur unzureichend beantwortet. Die Aufgabe des Staates ist meines Erachtens – ich wiederhole es gerne –, für Qualitätssicherung und Transparenz auf dem Markt der Weiterbildung zu sorgen, die Standards festzulegen, die Informationen über Angebote und Standards der Öffentlichkeit klar darzulegen und damit die Vergleichbarkeit von Prüfungen und Abschlüssen zu gewährleisten. Das wäre dann auch Ordnungspolitik im besten Sinne, und zwar im Interesse der Nachfrager nach Weiterbildung, das heißt im Interesse des Verbraucherschutzes.

Staatliche Förderung von Weiterbildung und Erwachsenenbildung geschieht nicht vorrangig, wie ein landläufiges Vorurteil besagt, um einen Ikebanakurs der Zahnarztgattin zu subventionieren.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wo diese Kurse von den Volkshochschulen angeboten werden – das wissen wir alle –, lassen sie sich über die Gebühren am einfachsten refinanzieren. Sie sind überhaupt nicht das Problem.

Nein, meine Damen und Herren, staatliche Förderung hat da einzusetzen, wo kein privates Angebot besteht, weil es seitens der Nachfrager nicht bezahlbar ist, aber wo es dennoch ein gesellschaftliches Interesse an dieser Art von Weiterbildung gibt. Zum Beispiel hat der Staat ein besonderes Augenmerk auf Gruppen zu legen, die nicht ohne weiteres von dem Angebot erreicht oder angesprochen werden, für die aber Weiterbildung die entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe sein kann, zum Beispiel für Arbeitslose, für Analphabeten, für ältere ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ungenügenden Deutschkenntnissen usw., das heißt schlechter Qualifizierte, die von betrieblicher Aufstiegsfortbildung nicht erreicht werden können.

Zu unserem Konzept, Herr Kollege Wieser: Lassen Sie mich drei kurze Beispiele nennen, wie ein Konzept für Weiterbildung aussehen kann.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

(Abg. Hauk CDU: Jetzt kommt doch das Konzept!)

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Jawohl, Herr Präsident. Ich komme zum Ende.

Ein Punkt wäre die Bündelung von Weiterbildung in Regionen, dass zum Beispiel in Mannheim eine Bildungsregion anders zu definieren wäre als zum Beispiel im Schwarzwald-Baar-Kreis. Der Staat hat die Aufgabe, das zu bündeln, um Doppelstrukturen, Mehrfachstrukturen usw. zu unterbinden.

Bildungsgutscheine, wie sie die Hans-Böckler-Stiftung neulich vorgestellt hat, wären ein Thema, das man im Weiterbildungsbereich aufgreifen könnte.

Zum Dritten muss die geschlossene Gesellschaft von Weiterbildungsträgern geöffnet werden. Es gibt schon seit Jah-

(Dr. Salomon)

ren alternative Träger von Weiterbildungseinrichtungen, die auch Anspruch auf Förderung haben.

Lassen Sie mich mit einem Zitat des österreichischen Soziologen Leopold Rosenmayr schließen:

Der Wohlstand wird in Zukunft nicht mehr davon abhängen, was man gelernt hat, sondern wie schnell man umlernen kann.

Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Vorab eine Bemerkung, Frau Kollegin Rudolf: Lebenslanges Lernen wird in der Tat immer wichtiger, aber die Verpflichtung zur beruflichen Weiterbildung liegt nach meiner und unserer Sicht vor allem in der Verantwortung der Betriebe, deren Kammern und Fachverbände und wird von diesen auch wahrgenommen. Die berufliche Weiterbildung an sich kann nicht Landesaufgabe sein.

Herr Kollege Salomon, zu den Kürzungen: Es ist ein uraltes Lied, aber auch Sie müssten eigentlich inzwischen wissen, dass die Zahl 95 durch einen erweiterten Zuschuss im Nachtragshaushalt kam und nur deshalb so hoch ist. Sie können bei einem einmaligen Nachschlag nicht plötzlich sagen, wir hätten anschließend so viel weggenommen.

Zu dem größeren Eigenanteil als in anderen Ländern muss ich erhebliche Zweifel anmelden. Als ich letztes Jahr in Schleswig-Holstein in Urlaub war, habe ich dort mit der Leiterin einer Volkshochschule gesprochen. Sie hat gesagt: Wir stehen leider so gut da, dass wir vom Land überhaupt keinen Zuschuss bekommen. Auch das gibt es in anderen Ländern. Jawohl. Das ist eindeutig bewiesen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Die erhalten halt eine Grundförderung!)

Dann kommt natürlich noch eines dazu: Wir haben gerade bei den Volkshochschulen in Baden-Württemberg

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Können Sie uns sagen, wo das war? Das würde uns interessieren!)

– das sage ich Ihnen nachher – ein sehr, sehr umfangreiches Angebot. Dass dies dann auch etwas teurer ist, was es den Teilnehmern aber offensichtlich auch wert ist, darf man durchaus sagen.

Dass uns das Thema Weiterbildung und die vierte Säule des Bildungswesens wichtig sind, sehr geehrte Damen und Herren, haben wir bei der Plenardebatte über unseren Fraktionsantrag Drucksache 12/1367 am 16. Juli 1997 bereits ausführlich dargelegt. Zur Erinnerung für diejenigen, die damals vielleicht nicht dabei waren: Wir hatten, völlig unabhängig von der SPD, einen umfangreichen Antrag mit sehr ähnlichen Fragen eingereicht.

(Abg. Wieser CDU: Hat die SPD beschrieben bei Ihnen?)

– Nein. Unser Antrag wurde später eingereicht. Er lag aber lange in der Schublade und ist nicht beschrieben; das sieht man deutlich.

Aber deswegen ist das Thema Weiterbildung hier im Haus schon intensiv diskutiert worden. Deshalb will ich hier bloß die wesentlichsten Punkte wiederholen: Uns ist es wichtig, dass kein Eingriff in die Programmgestaltung erfolgt und dass die Eigenverantwortung der Träger erhalten bleibt. Wir sind für eine Sicherung eines landesweiten Grundangebots, und wir meinen, dass die Weiterbildung, wie schon dargestellt, nicht vorrangig berufsbezogen sein soll, sondern dass der staatliche Auftrag vor allem der Persönlichkeitsbildung, aber auch einer neutral ausgerichteten politischen Bildung dient. Kultur- und Gesundheitsthemen sollten ebenso bearbeitet werden.

Die Umstrukturierung – Sie haben das zu Recht gesagt – ist zurückgestellt worden. Ich denke, eine Neuregelung muss dann kommen, wenn – was wir uns natürlich alle wünschen würden – im Haushalt wieder mehr Spielraum zur Verfügung steht. Dann sollten wir aber auch andere Dinge überlegen, zum Beispiel: Welche Möglichkeit gibt es, bisher nicht berücksichtigte Träger mit einzubeziehen? Und wie gehen wir denn damit um, dass im Moment geförderte Weiterbildungseinrichtungen mit diesen Subventionen in direktem Wettbewerb zu wirtschaftlich tätigen Unternehmen, zum Beispiel Sprachinstituten, stehen?

Eines aber wäre mir vor allem wichtig, wenn wir eine Novellierung vornehmen: dass wir uns überlegen, wie wir den Bereich der Familienbildung, das heißt, Erziehungsfragen und, und, und, besonders fördern können. Das ist nämlich ein Bereich, den man an den primären Bildungsinstitutionen nur bedingt lehren kann, weil die nötige Reife dazu und auch das Interesse daran bei Schülern noch nicht vorhanden sind. Weil das aber ein Thema ist, das für die gesamte Gesellschaft außerordentlich wichtig ist, denke ich, dass man da eine besondere Förderung haben muss.

Es gibt in unserer Fraktion einen Beschluss darüber, welche Anforderungen wir an eine Neustrukturierung stellen. Er enthält zwei ganz klare Aussagen: Diese Neustrukturierung muss den Freiraum für die Träger erhalten. Sie sollte aber vor allem auch den Bürokratieaufwand verringern und nicht erhöhen. Daran wird sich ein neues Konzept messen lassen müssen. Wenn es vorliegt, werden wir wieder darüber reden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. König.

(Abg. Wieser CDU: Der König redet doch jede Stunde!)

Abg. König REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir alle sind uns darüber einig, dass Weiterbildung in der heutigen Zeit notwendiger ist denn je. Das wurde auch von verschiedener Seite schon gesagt. Dem will ich nicht noch etwas hinzufügen.

(König)

Doch über eines müssen wir uns auch klar sein: Wir müssen gemeinsam versuchen, eine Definition für Weiterbildung zu finden, an der entlang wir dann versuchen können, dieses weite und bisher auch noch völlig unübersichtliche Feld der Weiterbildung transparent zu machen. Das ist der erste Punkt, der sein muss: dass wir wirklich einen Überblick bekommen über all das, was bisher unter dem Überbegriff der Weiterbildung im Land läuft.

Wir haben eine Vielzahl von Trägern der Weiterbildung. Wir haben aber auch eine Vielzahl von Zuständigkeiten. Das wurde alles schon erwähnt. Aber wir haben auch eine große Unübersichtlichkeit bei der Finanzierung und bei der Förderung der Weiterbildung.

Wir haben in manchen Bereichen EU-Finanzierung, wir haben Bundesfinanzierung, wir haben Länderfinanzierung, und wir haben die Finanzierung durch Landkreise, Städte und Gemeinden. All dieses konnte in der Antwort auf diese Große Anfrage nur dahin gehend beantwortet werden, dass die Landesregierung keine Übersicht über die tatsächlich aufgewendeten Mittel, in welchen Bereichen auch immer, hat. Und das kann so nicht sein.

Wir müssen – ich habe das bei einer Rede früher schon mal vorgeschlagen – versuchen, eine Stelle in einem Ministerium einzurichten, die über die Ministerien hinweg, also interministeriell, auch mit den kommunalen Landesverbänden zusammenarbeitet.

Der erste Ansatz könnte meiner Ansicht nach sein, den interministeriellen Arbeitskreis, der seit zwei Jahren eingerichtet ist, auszuweiten, ihm aber auch Kompetenzen zu geben, die in der Mittelverteilung, in der Mittelüberwachung und in der Verwirklichung oder in der Überwachung der Angebote liegen.

Meine Damen und Herren, wenn wir eine Weiterbildung, die übersichtlich sein soll, wollen – und das brauchen wir –, dann kommen wir um die Einrichtung einer solchen Stelle nicht herum.

Die Einrichtung einer Stiftung für die Weiterbildung ist in Ordnung. Aber da kommt nur ein weiterer Finanzierungsgeber hinzu, ein weiterer Finanztopf, und damit wird die Sache nicht übersichtlicher, sondern noch unübersichtlicher.

Meine Damen und Herren, was seit drei Jahren über das Kultusministerium gemacht wurde, nämlich einen Tag der Weiterbildung durchzuführen, wurde noch gar nicht angesprochen. Das ist auch ein Weg, um Transparenz reinzubringen. Der diesjährige Tag der Weiterbildung stand unter dem Motto, Kooperation unter den Trägern, unter den vielen, verschieden ausgerichteten Trägern herbeizuführen.

Das sind Wege zum Ziel, eine Übersicht zu kriegen und eine Transparenz darzustellen. Dann können wir ansetzen, bestehende Strukturen zu reformieren bzw. neue Strukturen zu finden, die allen Ansprüchen der Weiterbildung so weit wie möglich entgegenkommen können.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Weiterbildung boomt in Baden-Württemberg, hat Herr Salomon gesagt.

(Abg. Brechtken SPD: Wie immer! Bei uns ist alles Klasse! Bei uns ist alles so gut, dass wir uns überhaupt nicht mehr anstrengen müssen!)

Es ist doch toll, dass er das gesagt hat und nicht ich. In der Tat ist dieser Satz aus allen Festtagsreden über die Bedeutung lebenslangen Lernens in dieser Gesellschaft längst begriffen, und viele Einrichtungen, auch öffentliche Einrichtungen beteiligen sich längst am Aufbau einer Infrastruktur. Dazu gehören unsere Hochschulen, dazu gehört die Wirtschaft, dazu gehören viele Verbände. Dazu gehört übrigens auch, wenn ich das noch hinzusagen darf – wir haben ja in den letzten Jahren in der Tat auch Kürzungen hinnehmen müssen, die natürlich niemandem, der in der Weiterbildung tätig ist, recht waren –: Wir können dennoch feststellen, dass wir bis in das letzte Jahr hinein ein Unterrichtseinheiten-Volumen von annähernd 3 Millionen hatten, keinen Rückgang, sondern nach wie vor einen leichten Aufschwung.

Wenn die Weiterbildungslandschaft tatsächlich immer bunter wird, sich immer mehr Institutionen daran beteiligen – einige Vorredner haben diese Frage angesprochen –, stellt sich die Frage: Worin besteht dann die Rolle des Staates?

Für mich war interessant, dass einige von Ihnen sagten: Gott sei Dank hat sie das Dreisäulenmodell vom Tisch genommen. Gleichzeitig begannen einige von Ihnen, genau diejenigen Fragen und Kriterien zu nennen, die beim Dreisäulenmodell eine Rolle gespielt hatten. Sie versuchten nämlich zu definieren, was denn von vorrangigem öffentlichem Interesse sei. Die Prozesse laufen ja in einzelnen Bundesländern ab. Man sagt: Es gibt eine vielfältige Bildungslandschaft, die mitten in dieser Gesellschaft entsteht. Das, was seitens des Staates in diesem gesamten Bereich der Weiterbildung getan wird, ist letztlich ein Ausschnitt, kann auch Moderation sein, können auch ergänzende Maßnahmen sein, um Strukturen zu schaffen, die gesellschaftlich noch nicht existieren, die sich auf dem freien Markt nicht halten können.

Nur, wer genau nachgelesen hat, stellt fest: Genau das war die Begründung für die so genannte zweite Säule unseres Entwurfs. Wir haben gesagt: Es gibt Maßnahmen, von denen wir aus der Sicht des Staates heraus sagen, sie gehörten in eine zukunftsfähige Weiterbildungslandschaft der Länder. Das ist wichtig. Sie haben die Stichworte „Alphabetisierung“ und „politische Bildung“ genannt. Das betrifft manches, was sich auf dem Markt nicht von selbst trägt.

Wir haben gesagt: Wenn das so ist, dann ist es eigentlich wichtig, eine Struktur zu schaffen, bei der uns die Möglichkeit gegeben ist, das in besonderer Weise zu fördern.

Sie kennen alle Debatten. Diese sind nicht zu Ende geführt. Aber ich bin sicher – und ich sage Ihnen auch gleich, warum ich das vom Tisch genommen habe –: Niemand von

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

uns wird um die Beantwortung der Frage herumkommen, wie wir die Rolle des Staates in der Weiterentwicklung der Weiterbildung definieren.

Wir werden auch erleben, dass es, sobald wir zu definieren beginnen – man fängt immer bei Zielen zu definieren an –, auf der Zielebene noch ganz einfach ist. Da kann man sich wunderbar einigen. Sobald Sie aber die Zielebene auf konkrete Förderstrukturen herunterbrechen, wird es natürlich problematisch, wird es schwierig, gibt es unterschiedliche Ansätze. Das haben wir erlebt.

Wir haben die Diskussionen erlebt, und deshalb habe ich es als richtig empfunden, das nicht einfach konsequent weiterzuführen. Wir haben das in einer Situation erlebt, in der es für die Träger finanziell eng wurde.

Ich sage deshalb: Die Diskussion bleibt uns nicht erspart. Aber um diese Diskussion sinnvoll zu führen, müssen wir gleichzeitig auch, was die finanzielle Entwicklung angeht, einen Boden bereiten, der eine sinnvolle Weiterentwicklung von Förderstrukturen möglich macht. Das habe ich mit den Trägern ganz offen besprochen. Das ist auch bei den letzten Zusammenkünften des Landeskuratoriums mit Respekt aufgenommen worden.

Das heißt: Natürlich geht es jetzt darum, bezüglich der finanziellen Investitionen des Landes eine sinnvolle Grundlage für gute, zukunftsfähige Förderstrukturen zu schaffen. Zukunftsfähige Förderstrukturen heißt eben, dass der Staat nicht in allem herumrührt, dass er nicht in jedem Segment des Weiterbildungsmarktes herumrührt, sondern dass er in der Lage ist, die Rolle des Staates zu definieren: In einem Entwurf aus Nordrhein-Westfalen ist von „vorrangigem öffentlichem Interesse“ die Rede.

Zweitens muss eine Öffnung für Einrichtungen erfolgen, die nicht im Fördersystem sind. Jeder von uns weiß: Wenn ich Einrichtungen habe, die sich nicht im Fördersystem befinden, und wenn ich nicht erheblich aufstocken kann – und das werden wir natürlich nicht schaffen –, bedeutet das Konsequenzen für die, die im System sind. Dabei geht es um viel Ausgleich, der geleistet werden muss, um Neues möglich zu machen, um zu definieren, was unser Beitrag zum Ganzen ist. Letztlich darf man nicht so tun, als sei das, was der Staat tut, das Einzige, was in Sachen Weiterbildung existiert.

Frau Lazarus – lassen Sie mich das auch ansprechen –, Sie haben die Frage der Verteilung auf neun Häuser angesprochen. Das ist auf der einen Seite schon ein Problem; auf der anderen Seite macht es aber auch keinen Sinn, zu meinen, man könne diese ganz unterschiedlichen „Weiterbildungsgeschichten“ in ein Haus bringen. Die interministerielle Arbeitsgruppe sorgt für Koordination.

Für wichtig halte ich – und da sind wir beim Stichwort Stiftung –, dass wir generell bei den Ansätzen, die es schon gibt – zum Beispiel im Bereich der Hochschulen –, zu einer Verknüpfung, zu einem stärkeren Zusammenwirken der verschiedenen Bildungssäulen am Thema Weiterbildung, vorankommen.

Wir haben Konzeptansätze zu einer Stiftung. Ich werde damit aber erst dann das öffentliche Gespräch und auch das Gespräch mit den Trägern suchen, wenn wir andererseits

eine genaue Vorstellung davon haben, wie eine solide und langfristige Finanzierung des Ganzen aussieht. Es hat keinen Sinn, sich jetzt über ein paar Hunderttausend oder eine Million Mark zu unterhalten, sondern da muss schon eine solide Finanzierung her, ein Fonds, aus dem sich langfristig etwas entwickeln soll. Was sich langfristig entwickeln kann, hat mit Innovationen zu tun, die im Feld des Zusammenwirkens von Hochschulen und Schulen beruflicher Bildung, also den verschiedenen Säulen des Bildungswesens, angelegt sind, weil wir wissen, dass es an Bedeutung gewinnen wird, dass zum Beispiel die Orte der Erstausbildung auch zunehmend Weiterbildungsangebote machen. Wir wissen aber etwa aus dem beruflichen Schulwesen – wir wollten es ja ins Schulgesetz nehmen –, dass es natürlich auch erhebliche Widerstände etwa in diesem Bereich vonseiten der Wirtschaft gibt.

Die Überlegungen zur Stiftung werden in dieser Legislaturperiode kommen. Sie haben sich verschoben. Das ist wahr. Darum rede ich auch gar nicht herum. Das hat mit Geld zu tun. Das darf man heute auch öffentlich zugeben. Aber ich denke, wir werden ein wirklich tragfähiges Konzept vorlegen.

Das Lehrerprogramm – ich bin danach gefragt worden; ich habe es sowohl bei der Mitgliederversammlung des Volkshochschulverbandes angekündigt als auch im Schulausschuss noch einmal bestätigt – ist verlängert, und zwar wiederum um fünf Jahre. Das waren immer die vorgesehenen Verlängerungsphasen. In den Rückmeldungen, die ich seitens der Träger bekommen habe, wird dies begrüßt. Für uns bedauerlich war die Anhebung des Personalkostenanteils der Träger auf 50 %, aber die Träger melden zurück, das sei für sie noch verkraftbar, die Tatsache der Fortführung des Lehrerprogramms sei in der Abwägung der Güter für sie wichtiger als die Frage des Personalkostenanteils.

Ich habe auch das Gefühl, dass der jährliche Tag der Weiterbildung, die Woche der Weiterbildung als gemeinsame Initiative für Bund und Länder in diesem Jahr und auch die Informationstagung, die über die Neugestaltung der Förderprogramme der Europäischen Union geplant ist, Stationen in einem kontinuierlichen Gespräch sind, das ein fruchtbares Gespräch zwischen den Trägern und uns ist, und zwar im gemeinsamen Wissen um finanzielle Grenzen, aber auch im gemeinsamen Wissen darum, dass trotz der Finanzprobleme längst Innovationen auf dem Weg sind.

Ich denke, die nächste Innovationsphase wird von zweierlei geprägt sein, um es noch einmal zu sagen, nämlich erstens davon, dass wir wirklich diese Rolle des Staates klar und zukunftsfähig definieren und nicht so tun, als sei alles von uns abhängig, aber auch nicht unterlassen, das zu tun, was im Blick auf bestimmte Bereiche, die sich auf dem Markt allein nicht halten, notwendig ist. Zweitens sind zukunftsfähige Entwicklungen geprägt von der Kooperation aller am Bildungswesen Beteiligten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Rudolf.

(Abg. Haas CDU: Ach nein! – Abg. Hauk CDU: Draußen scheint die Sonne!)

Abg. Christine Rudolf SPD: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich bedaure sehr, dass vom Wirtschaftsministerium zu diesem Tagesordnungspunkt keine Aussagen gemacht wurden.

(Abg. Brechtken SPD: Der Minister kümmert sich gerade um Erbschaftsteuer!)

Frau Berroth, Sie haben vorhin ausgeführt, die berufliche Weiterbildung sei allein Aufgabe der Betriebe.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Vorrangig!)

– Oder vorrangig, Entschuldigung. – Zwar haben – das wissen wir ja – vor allem große Betriebe erkannt, dass die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auch für sie selber eine Zukunftsperspektive darstellt, aber leider haben noch viele Betriebe, vor allem die kleineren und ein Teil des Mittelstandes, diese Erkenntnis noch nicht. Dadurch gibt es eine riesige Diskrepanz zwischen Stammbeschaftungen, die gute berufliche Fortbildungsmöglichkeiten und auch Freistellungsmaßnahmen haben – wir haben ja in Baden-Württemberg kein Weiterbildungsgesetz in Form eines Weiterbildungsurlaubsgesetzes; das fehlt ja leider immer noch –, und einem großen Teil der Menschen in Baden-Württemberg, die von beruflicher Weiterbildung ausgeschlossen sind. Ich glaube schon, dass das Wirtschaftsministerium eine Konzeption entwickeln kann, die dieser Diskrepanz, die ich gerade aufgezählt habe, entgegenwirkt, wenn das auch nicht mit Geldmitteln sein muss. Das habe ich überhaupt nicht angesprochen.

Zu Ihnen, Frau Schavan: Es ist schon klar, dass sich eine Neukonzeption der Förderung der Weiterbildung nach dem Weiterbildungsgesetz im Spannungsfeld zwischen Aufsicht und Subsidiarität oder Freiheit der Träger, eigene Veranstaltungen zu machen, bewegt. Ich glaube Ihnen gern, dass es auch schwierig ist, sich da letztendlich festzulegen, weil man das ein Stück weit zur Diskussion bringen kann, aber die Träger der Weiterbildung natürlich zu Recht versuchen, ihre Mittel auch in Zukunft so frei wie möglich zu verwenden. Es bringt eigentlich nichts, noch länger daran herumzumachen; fast alle anderen Bundesländer – darauf hat ja die Große Anfrage auch ein Stück weit gezielt – haben eine Grundförderung in der Weiterbildung, die zum Beispiel von der Einwohnerzahl des Kreises oder der Stadt abhängig ist.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Es gibt also durchaus Modelle, die eine Grundförderung vorsehen und in diese Grundförderung auch die Personalförderung einbeziehen. Ich denke, das ist eigentlich der einzige Weg, wohin es auch in Baden-Württemberg gehen sollte. Denn ich traue mich, einmal die Frage zu stellen, ob die Mittel zur Aufsicht im Ministerium wegen des Aufwands beim Abgleich der Unterrichtseinheiten irgendwann einmal die Mittel der Ausschüttung an die Träger übersteigen. Im Moment ist das sicherlich noch nicht der Fall, aber wenn man sieht, wie viel Weiterbildung erfolgt und wie viel im Haushaltsplan drinsteht, muss man sich einfach die Frage stellen, welches Recht das Ministerium noch hat, so viel Aufsicht führen zu wollen, wenn die Teilnehmenden

und die Landkreise wirklich den größten Teil der Mittel für die Weiterbildung zur Verfügung stellen. Diese Frage müssen wir in dieser Legislaturperiode noch beantworten. Sie stehen ja auch hinsichtlich der Stiftung im Wort, genauso wie mit der Konzeption. Ich hoffe, dass wir gemeinsam mit den Trägern weiterkommen, damit eine befriedigende Lösung für alle gefunden werden kann.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Die Große Anfrage der Fraktion der SPD ist mit dieser Debatte erledigt.

Tagesordnungspunkt 8 ist damit abgeschlossen.

Die Fraktionen haben mir mitgeteilt, dass **Tagesordnungspunkt 9** einvernehmlich von der heutigen Tagesordnung abgesetzt wird.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/3851, 12/3864, 12/3865

Sie stimmen den Beschlussempfehlungen mit dem gleichen Abstimmungsverhältnis wie im Petitionsausschuss zu.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 12/3837

Sie stimmen diesen Beschlussempfehlungen mit dem gleichen Abstimmungsverhältnis wie im Ausschuss zu.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Kleine Anfragen – Drucksachen 12/3725, 12/3760, 12/3799, 12/3800

Meine Damen und Herren, die Kleinen Anfragen wurden in der Zwischenzeit schriftlich beantwortet. Damit ist Punkt 12 der Tagesordnung erledigt.

Aufgerufen ist **Tagesordnungspunkt 13:**

Abgeordnetenbriefe

Auch die Abgeordnetenbriefe wurden zwischenzeitlich schriftlich beantwortet, sodass auch dieser Punkt, der letzte Punkt unserer heutigen Tagesordnung, erledigt ist.

Meine Damen und Herren, die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, 28. April 1999, 10:00 Uhr statt. Die Tagesordnung wird vom Präsidium aufgestellt und Ihnen rechtzeitig zugesandt werden.

Ich wünsche Ihnen allen schöne und erholsame Osterfeiertage.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Gleichfalls!)

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:49 Uhr